

Stenographisches Protokoll.

17. Sitzung der Konstituierenden Nationalversammlung für Deutschösterreich.

Mittwoch, den 21. Mai 1919.

Tagesordnung: Bericht des Ausschusses für Handel und Gewerbe, Industrie und Bauten über den Antrag der Abgeordneten Partik, Heintl, Kollmann und Genossen (48 der Beilagen), betreffend den schleunigen Abbau der Zentralen (222 der Beilagen).

Inhalt.

Personalien.

Abwesenheitsanzeige (Seite 369).

Mitteilung des Präsidenten, betreffend die Niederlegung der Mandate als Mitglieder der Konstituierenden Nationalversammlung seitens der Abgeordneten Robert Freußler und Johann Mayer (Seite 369).

Zuschrift der Staatsregierung,

Betreffend einen Gesetzentwurf über die Rückstellung von Kunst- und historischen Wertgegenständen an Italien (238 der Beilagen [Seite 369] — Zuweisung der Vorlage an den Justizauschuß [Seite 369]).

Erklärung der Staatsregierung,

Betreffend die beabsichtigte Sozialisierung von Betrieben, abgegeben durch den Vizekanzler Fink (Seite 382).

Verhandlung.

Beantwortung der in der 2. Sitzung vom 5. März l. J. gestellten Anfrage der Abgeordneten Dr. Dinghofer, Dr. Schurff und Genossen, betreffend die Vorsorgen für die Volksernährung — seitens des Staatssekretärs für Volksernährung Dr. Loewenfeld-Ruß (Seite 369).

Bericht des Ausschusses für Handel und Gewerbe, Industrie und Bauten über den Antrag der Abgeordneten Partik, Heintl, Kollmann und Genossen (48 der Beilagen), betreffend den schleunigen Abbau der Zentralen (222 der Beilagen — Redner: Berichterstatter Kollmann [Seite 383], die Abgeordneten Friedmann [Seite 386], Stocker [Seite 393], Freundlich [Seite 396]).

Ausschüsse.

Mitteilung des Präsidenten, betreffend die Zurücklegung des Mandates als Ersatzmann im Sozialisierungsausschuß seitens des Abgeordneten Leuthner (Seite 402).

Ersatzwahl des Abgeordneten Weber als Ersatzmann im Sozialisierungsausschuß an Stelle des Abgeordneten Leuthner (Seite 402)

Zuweisungen:

1. 14, 235 und 236 der Beilagen an den Finanz- und Budgetausschuß (Seite 402);
2. 234 der Beilagen an den Ausschuß für Handel und Gewerbe, Industrie und Bauten (Seite 402);

3. 237 der Beilagen an den Ausschuß für Heerwesen (Seite 402);

4. 233 der Beilagen an den Ausschuß für soziale Verwaltung (Seite 402);

5. 231 der Beilagen an den Verfassungsausschuß (Seite 402);

6. 230 der Beilagen an den Ausschuß für Verkehrs- wesen (Seite 402).

Verzeichnis

der in der Sitzung eingebrachten Anträge und Anfragen.

Anträge

1. des Abgeordneten List und Genossen, betreffend die Verwendung der Kriegaanleihe im Rahmen der Vermögensabgabe und Heranziehung entsprechender Personen bei der Schätzung häuerlicher Liegenschaften (240 der Beilagen);
2. des Abgeordneten Thanner und Genossen, betreffend die endliche Regelung der Bezüge der Witwen und Waisen nach aktiven Offizieren und Mannschaften (241 der Beilagen);
3. des Abgeordneten Kraft und Genossen, betreffend die Außerkräftsetzung des Gesetzes vom 24. Juli 1917, mit welchem die Regierung ermächtigt wird, aus Anlaß der durch den Krieg verursachten außerordentlichen Verhältnisse die notwendigen Verfügungen auf wirtschaftlichem Gebiete zu treffen (242 der Beilagen);
4. der Abgeordneten Stocker, Birchbauer, Altenbacher, Schöchtner, Grahamer, Krözl, Josef Mayer, Thanner, Wimmer, Egger, Größbauer und Genossen, betreffend die sofortige Wiedereinführung des freien Viehverkehres mit Schlachtrindern und Schlachtschweinen an Stelle des Monopols (243 der Beilagen).

Anfragen

1. der Abgeordneten Farrer, R. Gruber, Kollmann und Genossen an den Staatssekretär für Finanzen, betreffend die Vermögensaufnahmen in den niederösterreichischen Landgemeinden (Anhang I, 82/I);

2. des Abgeordneten Johann Gürtler und Genossen an den Staatssekretär für Finanzen, betreffend die Ausbezahlung von Anschaffungsbeiträgen für Staatsbeamtenpensionisten (Anhang I, 83/I);

3. des Abgeordneten Johann Gürtler und Genossen an den Staatssekretär für Finanzen, betreffend die bevorstehende Vermögensabgabe (Anhang I, 84/I);

4. der Abgeordneten Dr. Wutte, Dr. Straffner und Genossen an die Gesamtregierung, betreffend die Behandlung der Personen deutscher Volkszugehörigkeit in den Sukzessionsstaaten und den besetzten Gebieten (Anhang I, 85/I);

5. der Abgeordneten Dr. Wutte, Dr. Straffner und Genossen an die Gesamtregierung, betreffend die Behandlung von Unternehmungen und des Vermögens deutschösterreichischer Staatsbürger in den Sukzessionsstaaten und den besetzten Gebieten (Anhang I, 86/I);

6. des Abgeordneten Heini und Genossen an den Staatssekretär für Außeres, betreffend die Bericht- erstattung über die Vorgänge bei den Friedens- verhandlungen (Anhang I, 87/I);

7. der Abgeordneten Dr. Schürff, Wedra und Genossen an den Staatssekretär für Heerwesen, betreffend die Waffen- und Munitionslieferungen an fremde Staaten (Anhang I, 88/I);

8. des Abgeordneten Dr. Schürff und Genossen an den Staatskanzler, betreffend die Wahlen in die Arbeiterräte der Staatsbeamtenschaft (Anhang I, 89/I).

Anfragebeantwortung.

Beantwortung der in der 2. Sitzung vom 5. März l. J. gestellten Anfrage der Abgeordneten Dr. Dinghöfer,

Dr. Schürff und Genossen, betreffend die Vorjorgen für die Volksernährung — seitens des Staatssekretärs für Volksernährung Dr. Loewenfeld-Ruß (Seite 369).

Zur Verteilung gelangen am 21. Mai 1919:

die Regierungsvorlage 238 der Beilagen;

die Anfragebeantwortungen 14, 15, 16, 17, 18 und 19/I;

der Bericht des Ausschusses für soziale Verwaltung 232 der Beilagen und der Bericht des Finanz- und Budgetausschusses 239 der Beilagen;

die Anträge 230, 231 und 233 bis 237 der Beilagen.

Beginn der Sitzung: 3 Uhr 20 Minuten nachmittags.

Vorsitzender: Präsident **Seitz**, zweiter Präsident **Hausser**.

Schriftführer: Dr. **Angerer**, Dr. **Gimpl**, **Schönsteiner**.

Vizekanzler: **Fink**.

Staatssekretäre: Dr. **Bratusch** für Justiz, **Stückler** für Land- und Forstwirtschaft, **Hausch** für soziale Verwaltung, Dr. **Bauer**, betraut mit der Leitung des Staatsamtes des Äußern, Dr. **Deutsch** für Heerwesen, Dr. **Loewenfeld-Ruß** für Volksernährung, **Eldersch** des Innern.

Unterstaatssekretäre: **Miklas** für Kultus, Dr. **Ellenbogen** für Handel und Gewerbe, Industrie und Bauten, Dr. **Wais** für Heerwesen, Dr. **Tandler** für Volksgeundheit.

Präsident: Ich erkläre die Sitzung für eröffnet.

Die Protokolle über die Sitzungen vom 14. und 15. Mai sind unbeanstandet geblieben und gelten daher als genehmigt.

Die Mitglieder der Nationalversammlung Robert Preußler und Johann Mayer haben ihre Mandate niedergelegt. Wegen Einberufung der Ersatzmänner werde ich das Erforderliche veranlassen.

Der Herr Abgeordnete Unterkircher hat sein Fernbleiben von der heutigen Sitzung entschuldigt.

Es ist eine Zuschrift eingelangt, mit welcher die Einbringung einer Vorlage der Staatsregierung angekündigt wird. Ich ersuche um die Verlesung.

Schriftführer **Schönsteiner** (liest):

„Auf Grund des Kabinettsratsbeschlusses vom 13. Mai l. J. beehrt sich das Staatsamt für Äußeres in der Anlage der deutschösterreichischen Staatsregierung den Gesetzentwurf, betreffend die Rückstellung von Kunst- und historischen Wertgegenständen an Italien, samt Motivenbericht (238 der Beilagen) mit der Bitte zu übermitteln, ihn der verfassungsmäßigen Behandlung zuführen zu wollen.“

Wien, 15. Mai 1919.

Der Staatssekretär:
Bauer.“

Präsident: Ich werde diese Vorlage dem Justizausschuß zuweisen.

Zur Beantwortung einer Anfrage hat sich der Herr Staatssekretär für Volksernährung zum Worte gemeldet; ich erteile ihm das Wort.

Staatssekretär für Volksernährung Dr. **Loewenfeld-Ruß**: Hohes Haus! Die Herren Abgeordneten Dinghofer, Dr. Schürff und Genossen haben vor einiger Zeit an mich die Anfrage gestellt: „Welchen Vorforgesplan hat die Regierung für die nächste Zeit, besonders bis zur nächsten Ernte? Wie groß war bisher die Ernährungshilfe des Auslandes? Auf welche Mengen von Lebensmitteln seitens des Auslandes, insbesondere Amerikas, kann gehofft werden, und welche Preise finden für sie Anwendung?“

Meine Herren! Sie gestatten, daß ich im Rahmen der Beantwortung dieser Interpellation eine kurze Darstellung der gegenwärtigen Ernährungslage und der Aussichten für die nächste Zeit gebe. Der Komplex, der hier zu behandeln ist, ist allerdings ein so großer, daß ich bitten muß, mir einige Minuten länger Gehör zu schenken.

Es ist selbstverständlich, daß ein Versorgungsprogramm im normalen Sinne des Wortes von uns nicht aufgestellt werden kann und konnte. Wir konnten einen Bedarfsplan aufstellen, bei dessen Festsetzung wir natürlich in Rücksicht ziehen mußten, daß er voraussichtlich nicht vollkommen eingehalten werden kann. (*Präsident Hausser übernimmt den Vorsitz.*) Die Deckung können wir zum Teil in der inländischen Produktion, zum Teil — darauf werde ich noch ausführlich zurückkommen — in auswärtigen Zuschüben finden. Was die inländische Produktion anbelangt, so ist leider nicht zu leugnen, daß wir bei der Ernährung derzeit auf die inländische Produktion nur mehr sehr wenig oder gar nicht rechnen können. Unsere Produktion, und zwar sowohl die landwirtschaftliche als die industrielle Lebensmittelproduktion ist durch die lange Dauer des Krieges sehr zurückgegangen. Außerdem ist, das ist ja allgemein bekannt, der Verwaltungsapparat heute nicht derart, daß wir das, was vielleicht noch zur Verfügung stünde, vollkommen aufbringen können. Es ist also unser Bedarf nur zum geringsten Teil durch die heimische Produktion zu decken.

Ich möchte ganz kurz darauf hinweisen, daß wir, was Getreide anbelangt — es ist ja das allgemein bekannt —, heute mit den Ergebnissen der Ernte

fast zu Ende sind. Es ist allerdings die heimische Aufbringung nicht so schlecht gewesen als dies oft in der Öffentlichkeit dargestellt wird. Wir haben in Innerösterreich, in Deutschösterreich, aus der Ernte 1918 bis 15. Mai aufgebracht: 1.655.000 Meterzentner Brotgetreide, also Weizen, Roggen und Gerste, welsch letztere wir ja auch zum Brotgetreide rechnen, gegen rund 1.900.000 Meterzentner im Vorjahre. Trotzdem also der Verwaltungsapparat seit dem Umsturz nicht mehr entsprechend funktionierte und uns die Machtmittel nicht zur Verfügung standen, haben wir nicht gar so viel weniger aufgebracht als im Vorjahre. Wir haben von dem vorgeschriebenen Kontingent, welches die einzelnen Länder aufzubringen hatten, insgesamt 67 Prozent aufgebracht, auf die geschätzte Ernte sind es gegen 30 Prozent, wobei zu berücksichtigen ist, daß von der Ernte der Bedarf der Selbstversorger usw. in Abzug kommt. Am besten aufgebracht hat das Land Tirol, welches fast 100 Prozent des vorgeschriebenen Kontingents aufgebracht hat. Es spielt dies allerdings für die Gesamtheit keine besondere Rolle. Dann kommt Niederösterreich mit 77 Prozent. Alle anderen Länder sind ziemlich zurückgeblieben. In Salzburg, Steiermark, Oberösterreich, Kärnten schwankte die Aufbringung zwischen 30 und 58 Prozent. Was heute noch aufgebracht werden kann, spielt für die Versorgung gar keine Rolle. Selbst Oberösterreich, bringt heute bei einem Tagesbedarf von zirka 150 Tonnen kaum 25 Tonnen für den eigenen Bedarf auf. Ebenso verhält es sich in Niederösterreich, wo einem Tagesbedarf von 250 Tonnen eine Aufbringung von 10 bis 15 Tonnen gegenübersteht. Die heimische Aufbringung spielt also keine Rolle mehr. Wir sind mithin bei Getreide auf auswärtige Zufuhren angewiesen.

Ganz ähnlich ist es bei den Kartoffeln. Ich brauche nicht besonders anzuführen, daß wir früher die Kartoffeln aus den jetzigen Sukzessionsstaaten bezogen haben und die heimische Produktion für die Versorgung des Konsums nur wenig in Frage kommt, was bedauerlicherweise dadurch in Erscheinung kommt, daß wir seit Monaten eigentlich nirgends die Bevölkerung mit Kartoffeln genügend versorgen können.

Ein wenig erfreuliches Kapitel ist die Versorgung der Bevölkerung mit Fleisch. Die Versorgung mit Fleisch ist allerdings in den Ländern sehr verschieden, obwohl ich sagen muß, daß auch in den Ländern die Fleischversorgung vielfach schon sehr schlecht ist. Es sind nicht nur in Wien, wo die Sache eine katastrophale Wendung angenommen hat, sondern auch in vielen Städten der Länder, insbesondere in den Hauptstädten, wiederholt fleischlose Wochen eingeführt worden — ich sage da ja nichts Unbekanntes —, und es ist die heimische Viehau-

bringung auf einer Stufe angelangt, welche eine Versorgung nicht mehr gewährleistet. Alle Versuche, die Viehaufringung zu bessern, sind aus allen möglichen Gründen, die Ihnen auch nicht unbekannt sind, gescheitert. Die Aufbringungswilligkeit der Landwirtschaft ist aus begreiflichen Gründen, insbesondere was das Vieh anbelangt, keine sehr große, weil die Viehbestände sehr heruntergegangen sind, und was speziell Wien betrifft, war Wien immer auf ausländische, vor allem ungarische Bezüge angewiesen, die jetzt vollkommen aufgehört haben. Wie die Situation in Wien steht, ist den Wienern bekannt. Wir sind heute soweit, daß wir nur turnusweise 10 Dekagramm Rindfleisch pro Kopf und Woche ausgeben können und dieser Turnus nimmt bereits eine derartige Länge an, daß wir etwa nur alle 8 bis 10 Wochen diese 10 Dekagramm verteilen können. Das ist begreiflich, meine Herren, wenn ich Ihnen bekanntgebe, wie sich die Vieh- und Fleischbelieferung Wiens gestaltet hat. Ich brauche für Wien pro Woche, ohne die Mindestbemittelten, die einen großen Teil der Bevölkerung ausmachen, rund 400.000 Kilogramm oder für den Monat 1,670.000 Kilogramm mit Einbeziehung des Bedarfes der Spitäler und Anstalten. Gekauft habe ich bekommen im Jänner 790.000, im Februar 750.000, im März 470.000 und im April 400.000 Kilogramm; im April habe ich also für Wien nur einen Wochenbedarf gedeckt bekommen. Während wir von Ungarn vor dem Umsturz pro Woche 8000 bis 9000 Stück Vieh bezogen haben, bekommen wir jetzt von Ungarn gar nichts mehr und sind daher auf die Belieferung seitens der Länder angewiesen. Von den Ländern leistet aber nur noch das Land Niederösterreich ein nennenswertes Quantum. Niederösterreich trägt seiner Verpflichtung hinsichtlich der Belieferung Wiens noch Rechnung, und das, was überhaupt noch an Fleisch aus den Ländern nach Wien kommt, kommt aus Niederösterreich. Alle anderen Länder liefern eigentlich soviel wie gar nichts mehr. Wenn wir selbst diese kleinen Quoten überhaupt noch aufrecht erhalten können, rührt das daher, daß wir aus Dänemark etwas Fleisch beziehen, Mengen allerdings, die sich in der letzten Zeit auch sehr verringert haben.

Was die Fettituation anlangt, ist auch hier die heimische Aufbringung gleich Null. Um den Wochenbedarf in Deutschösterreich zu decken — und ich rechne da eine Quote von zwölf Dekagramm, die nicht überall ausgegeben wird — wären 750 Tonnen pro Woche erforderlich. Davon werden in Innerösterreich nur 64 Tonnen aufgebracht, so daß auch hier die heimische Produktion zur Deckung des Bedarfes nicht herangezogen werden kann.

Eines der traurigsten Kapitel ist die Milchversorgung. Sie lesen es täglich in den Zeitungen. Allein nicht nur Wien ist in dieser Beziehung in

einer entsetzlichen Situation, sondern auch alle anderen Städte und Industrieorte. Der Rückgang in der Milchproduktion ist in erster Linie auf den Rückgang des Viehstandes, auf das Schlachten der Kühe, den Mangel an Futter usw. zurückzuführen, Ursachen, auf die ich heute nicht eingehen will, da sie ja allgemein bekannt sind. Mit herbeigeführt wird aber die schlechte Milchversorgung auch dadurch, daß die Milchaufbringung seit dem Umsturz eigentlich ganz in Trümmer gegangen ist, auch die Milchgenossenschaften funktionieren fast gar nicht und je weniger Milch produziert wurde, desto größeren Umfang hat der Schleichhandel angenommen, der speziell, was Wien anbelangt, die Milchversorgung auf einen Stand gebracht hat, der überhaupt gar nicht mehr zu beschreiben ist. Es ist schon wiederholt darauf hingewiesen worden, daß Wien 900.000 Liter pro Tag brauchen würde — das ist der Friedenskonsum — und daß wir jetzt nur sage drei bis vier Prozent des Bedarfes durch die Milchlieferung decken können. Wir haben heute zum Beispiel eine Anlieferung von kaum 40.000 Litern. Damit sollen wir die Kinder und die Kranken versorgen, wir sind aber heute kaum in der Lage, die einjährigen Kinder und die Kranken mit frischer Milch zu versorgen. Ich möchte mitteilen, daß es allerdings in den Städten der Provinz, also in den deutschösterreichischen Ländern, auch nicht viel besser ist, selbst in jenen Ländern, von denen man noch manchmal behauptet, daß dort Milch und Honig fließt. So stehen zum Beispiel zur Belieferung von Urfahr bei Linz mit Milch, das einen Bedarf von 12.000 Liter hat, nur 2600 Liter zur Verfügung, Klagenfurt hat anstatt 14.000 Liter nur 1500 Liter, Graz anstatt 64.000 nur 4000 Liter Milchlieferung. Diese Situation ist speziell, was die Kinder anlangt, eine so erschütternde, daß wirklich alle Bemühungen gemacht werden müssen, um sie zu bessern. Von unserer Seite fehlt es nicht daran, aber es ist nicht anzunehmen, daß abgesehen davon, daß in Bälde, sobald die Grünfütterung anfängt, vielleicht eine kleine Steigerung wird erzielt werden können, mit Rücksicht auf den Rückgang der Vieh- und Milchproduktion in absehbarer Zeit eine Besserung zu erwarten ist. Wir müssen uns daher dadurch helfen, daß wir Kondensmilch aus dem Auslande, soweit unsere Kräfte reichen, importieren. Allerdings müßten auch Vorkehrungen getroffen werden, um die Aufbringung draußen zu verbessern. Wir bemühen uns auch in dieser Hinsicht. Hier spielt aber wieder eine Rolle, daß der Milchpreis trotz der vorgenommenen Erhöhung vielleicht noch immer ungenügend ist. Auf der einen Seite kann der Verkaufspreis nicht weiter erhöht werden, auf der anderen Seite sind die Preise bei der Milch für den Produzenten vielleicht doch nicht genügend.

(Abgeordneter Dr. Schürff: Die lokale Absperrung bei einzelnen Orten spielt auch mit!) Der Schleichhandel in Milch läßt sich nur unterdrücken, wenn man ihm am Produktionsorte beikommen könnte. Da man aber nicht die nötigen Machtmittel und auch nicht den nötigen Apparat hat, so ist es sehr schwer, ihm beizukommen.

Was die Eier anlangt, so erzähle ich Ihnen nichts neues, wenn ich sage, daß wir unter einer vollkommenen Eiernot leiden, was allerdings auch darauf zurückzuführen ist, daß unsere eigene Produktion an Eiern uns nie genügt hat. Niederösterreich, Oberösterreich und Steiermark haben zur Not eine eigene Produktion, was aber die großen Städte anlangt, speziell Wien und Niederösterreich, dann auch Tirol usw., waren wir immer auf auswärtige Zufuhren angewiesen, die aus verschiedenen Gründen, worauf ich noch zu sprechen kommen werde, heute fast gänzlich versagen. Ich möchte zur Illustration nur folgendes sagen, daß wir in Wien, wenn wir pro Woche ein Ei pro Kopf ausgeben, 2000 Kisten brauchen, was pro Monat 8000 Kisten ausmacht. Mit den Bedürfnissen der anderen Länder würden wir außerdem noch weitere 5000 Kisten brauchen. Alles, was wir bisher heuer aus den Entzessionsstaaten importiert haben, hat 5000 Kisten betragen. Es ist also die Versorgung mit Eiern fast unmöglich geworden. Ich möchte hier einschalten, daß wir uns bemüht haben, Eier aus den Entzessionsstaaten, speziell aus der Ukraine, aus Jugoslawien und aus Ungarn zu bekommen, mit Einschaltung des legitimen Handels, das heißt wir haben alle Händler, die überhaupt je mit Eiern gehandelt und Eier importiert haben, eingespannt und es sind auch viele Waggons Eier gekauft worden, die in Belgrad oder in der Westukraine oder in Ostgalizien liegen, es ist aber nicht möglich, sie herauszubekommen. Der Grund sind teils Transporthindernisse, teils die Anarchie in diesen Staaten, teils alle möglichen Kompensationsforderungen, die immer lange Verhandlungen notwendig machen und doch häufig nicht zum Ziele führen, da auf der anderen Seite die Gegenleistung nicht durchgeführt werden kann. Es ist bisher nicht gelungen, eine entsprechende Menge Eier zu bekommen, und die heimische Produktion genügt keinesfalls.

Alle anderen Nebennahrungsmittel, wenn ich sie so bezeichnen kann, sind leider auch in ganz ungenügender Menge im Inlande vorhanden. Sie wissen, daß wir nie ein Land waren, daß Hülsenfrüchte in großen Mengen produziert hat. Wir haben keine oder nur wenig Fische, die großen Teiche liegen im tschechischen Gebiete, und das, was in unseren Inlandsgewässern habhaft ist, genügt kaum, um den Bedarf von zwei Feiertagen von Wien zu decken. Unsere Marmeladeproduktion kann nicht weiter gebracht werden, weil wir

keinen Zucker haben; ich habe darüber bereits in der letzten Sitzung ausführlich gesprochen. Das einzige was wir noch halbwegs haben, ist Gemüse. Und was die Rüben anlangt, so hat die Bevölkerung davon schon mehr als genug (*Zustimmung*), um so mehr als ohne Fett damit nicht viel anzufangen ist.

Im Zusammenhang mit der Ernährungssituation steht selbstverständlich die Futterituation, die bei uns auch eine derartige ist, daß wir kaum in der Lage sind, die für Approvisionierungszwecke notwendigen Pferde zu ernähren.

Ich möchte kurz resumieren und sage: unsere heimische Produktion reicht zur Befriedigung unseres Bedarfes derzeit kaum aus und alles, was wir aus dem Inlande ausbringen können, ist ungenügend, um den Ernährungsbedarf der Bevölkerung zu befriedigen. Wir sind also jetzt unbedingt auf den ausländischen Import in erster Linie angewiesen.

Das Naheliegendste ist natürlich, daß wir unseren Bedarf von dorthier beziehen sollten, von wo wir ihn bisher bezogen haben, also aus dem Gebiete der nunmehrigen Sukzessionsstaaten. Ich habe das schon gestreift und gesagt, daß dies den allergrößten Schwierigkeiten begegnet, weil diese Staaten seit dem Beginn des Umsturzes — ganz abgesehen davon, das dies schon früher geschehen ist — sich abgesperrt haben und nur unter allen möglichen Bedingungen, gegen Kompensationen usw. uns Waren zur Verfügung stellen. Ich komme da neuerlich auf das Kapitel Zucker, das der sprechendste Beweis dafür ist; obwohl wir die Waren bezahlt haben, obwohl wir Verträge haben, obwohl wir alles getan haben, um diesen Zucker zu bekommen, ist heute die Situation so, daß wir noch für den Februar und selbst für den Jänner in manchen Gebieten den Zucker nicht haben. Wir sind in ununterbrochenen Verhandlungen mit den Sukzessionsstaaten, es sind momentan wieder Missionen von uns in Warschau und in Belgrad, um von dort Nahrungsmittel zu bekommen, Verträge zu schließen, Nahrungsmittel gegen Industrieartikel zu beziehen. Es ist Aussicht vorhanden, daß diese Verhandlungen zu einem günstigen Resultat führen und hoffentlich werden wir von dort Nahrungsmittel bekommen, insbesondere durch Unterstützung der Vertreter der hiesigen Ententemissionen, welche selbst mit unseren Missionen hinreisen, um uns dort zu helfen. Allerdings bemerke ich da gleich: daß unser Bedarf von dort aus gedeckt werden kann, ist ein Zertum. Auch dort sind die Zustände nicht so, daß großer Überfluß herrscht. Abgesehen davon, sind die Verhältnisse des Transportes so entsetzliche, daß, wenn ich Ihnen die Geschichte eines Transportzuges erzählen würde, eines Transportzuges, der unter Begleitung englischer Mannschaft und eines Herrn von uns aus Belgrad hierher

geführt worden ist, Sie sich in Ihre Jugendzeit zurückversetzt glauben würden; Sie würden sich an irgendeine Indianergeschichte erinnern. Obwohl dieser Zug bewacht war, obwohl er begleitet war, sind während der Fahrt trotzdem drei Waggons in Verlust geraten (*Heiterkeit*) und es mußte ununterbrochen förmlich achtgegeben werden, daß nicht in jeder Station wo der Zug aufgehalten wurde, irgend etwas abhanden kommt.

Was die neutralen Staaten anbelangt, so ist die Situation eine solche, daß wir ununterbrochen Verbindungen anzuknüpfen versuchen, um von dort Lebensmittel zu bekommen. Da erhebt sich aber schon die eine große Schwierigkeit, daß die Valuta vorhanden sein muß, um die Lebensmittel zu bezahlen, und das sind Schwierigkeiten, die manchmal unüberwindlich sind. Sehr entgegengekommen ist uns und sehr geholfen hat uns die Schweiz. Abgesehen davon, daß sie früher Tirol und Vorarlberg und jetzt wieder Vorarlberg mit Mehl versorgt, hat die Schweiz durch Überwindung besonderer Hilfsaktionszüge speziell für Wien Großes geleistet. Aus Dänemark bekommen wir Fleisch; es ist auch möglich, daß wir in absehbarer Zeit wieder Butter von dort bekommen. Aus Holland haben wir Kartoffeln bezogen, aber mit Rücksicht auf den Mangel an Saatgut weniger für den Konsum als für Saatwecke. Aus Norwegen haben wir Fische bezogen. Aber das alles ist nur wie ein Tropfen auf einen heißen Stein. In großen Mengen haben wir aus den neutralen Staaten Lebensmittel nicht beziehen können, wenn dieselben auch immerhin eine Erleichterung geboten haben. Deutschland, welches uns während des Krieges immer zur Seite gestanden ist, ist selbst in großer Not und kann uns nicht helfen; trotz seiner Not hat es uns aber Saatkartoffeln zur Verfügung gestellt und wir haben einen Teil derselben auch bereits hereinbekommen.

Unsere ganze Rettung — das muß man offen sagen — liegt momentan bei der Entente. Wir stehen mit den Ententestaaten in ununterbrochenen Verhandlungen. Zuerst sind die Verhandlungen in Bern begonnen worden, dann sind sie in Wien geführt worden, dann in Paris und dann in Triest und wieder in Wien. Die Ergebnisse dieser Verhandlungen haben unsere Lebensmittelversorgung überhaupt ermöglicht.

Die Ententemächte haben in Wien ständige Missionen, die untereinander in Verbindung sind und ich kann nicht umhin, die Gelegenheit zu benutzen, den Vertretern dieser Missionen, die hier in Wien sind, persönlich für die wirklich ununterbrochene Mühe zu danken, die sie in unserem Interesse entfalten. Es kann nicht in Abrede gestellt werden, daß diese persönlichen Bemühungen der Herren hier uns wiederholt in manchmal fast verzweifelt erscheinenden Situationen geholfen haben.

Ich möchte hier auch speziell einschalten, daß in den letzten Tagen Herr Hoover eine eigene Aktion zugunsten unserer Kinder eingeleitet und daß Amerika 800.000 Dollar gespendet hat, um Nahrungsmittel unentgeltlich an unsere Kinder abzugeben.

Was die Ententezuschübe anbelangt — und das ist der wesentliche Inhalt der Anfrage, die an mich gerichtet ist — so ist den Herren bekannt, daß uns zunächst einmal im Jänner eine einmalige Aushilfe zugesagt wurde, die ursprünglich auf einen Monat begrenzt war und 24.000 Tonnen Mehl, 2000 Tonnen Fett und 750 Tonnen Kondensmilch betragen hat. Seitdem hat sich die Hilfe der Entente in sehr ausgiebiger Weise geltend gemacht. Wir haben vom 3. Jänner angefangen bis zum 15. Mai insgesamt an Lebensmitteln 175.000 Tonnen, bezogen. Davon entfallen auf Mehl 127.000 Tonnen, 20.000 Tonnen auf Fett und Fleischwaren, 3200 Tonnen auf Kondensmilch, 1100 Tonnen auf Öl, 9190 Tonnen auf Reis, 3500 Tonnen auf Bohnen und eine Reihe anderer weniger belangreicher Artikel.

Was speziell die Belieferung mit Mehl anbelangt, so können Sie das Ansteigen der Lieferungen am besten konstatieren, wenn ich mitteile, daß wir im Jänner durchschnittlich pro Tag 270 Tonnen Mehl bezogen hatten, im Februar 650 Tonnen, im März 970 Tonnen, im April 1400 Tonnen und in den ersten 16 Tagen des Mai 1850 Tonnen. Es ist also unseren ununterbrochenen Bemühungen und den Verhandlungen sowie der Intervention der hiesigen Ententevertreter gelungen, diese Zuschübe langsam aber fortwährend auf eine größere Höhe zu bringen. In den ersten beiden Monaten des Jahres und auch noch im März waren diese Ententezuschübe immer unter dem Tagesbedarf, so daß wir nur mit Hilfe unserer eigenen Produktion zur Not durchkommen konnten. Ich sage zur Not, weil wir effektiv vielfach nicht in der Lage waren, in allen Gebieten die damalige Brot- und Mehlquote auszugeben. Seit kurzem wird unser Tagesbedarf durch die Ententezuschübe schon überschritten, und es ist dadurch gelungen, zu Ostern die Mehlquote, die, wie bekannt, gekürzt war, auf die normale Höhe, auf ein halbes Kilogramm pro Woche, also um ein Viertelfilogramm pro Woche zu erhöhen.

Ich möchte bei dieser Gelegenheit folgendes feststellen. Es ist dem Amte für Volksernährung und mir insbesondere der Vorwurf gemacht worden, daß wir mit der Erhöhung der Mehlquote so langsam vorgegangen sind, obwohl die Zuschübe schon eine Zeit lang den Bedarf überschritten haben. Ich möchte sagen, daß es unverantwortlich gewesen wäre, wenn wir die Mehlquote früher erhöht hätten. Man kann die Quote doch erst erhöhen, wenn man die Sicherheit hat, daß die Erhöhung eine

Zeitlang aufrecht bleibt. Trotz aller Angriffe, die in dieser Angelegenheit gegen uns gerichtet worden sind, möchte ich noch einmal sagen, daß ich es nicht unternehmen werde, eine Quote zu erhöhen, bevor ich nicht die Sicherheit habe, daß ich sie durch längere Zeit aufrechterhalten kann. Es kommt noch dazu, daß wir damals das bekannte Gesetz über die Brotaufgabe und die Erhöhung der Mehlpreise angenommen hatten und mit dem Moment der Erhöhung der Mehlquote die Erhöhung der Preise in Geltung trat. Welchen Eindruck hätte es auf die Bevölkerung gemacht, wenn wir die Quote erhöht hätten, die Preise erhöht hätten, und eventuell zwei Wochen später die Quote wieder hätten reduzieren müssen. Ich glaube also, daß der damalige Vorgang ein vollkommen gerechtfertigter war.

Nun sind die Zuschübe in einer Weise weiter gestiegen, daß ich in der Lage bin, vom nächsten Sonntag angefangen auch die Brotquote zu erhöhen (*Beifall*), und zwar in der Weise, daß ein Viertellaib Brot pro Woche mehr ausgegeben wird, ein Viertellaib des normalen Laibbrotes. Hier, meine Herren, möchte ich allerdings folgendes sagen: Ich bin zwar auf Grund der derzeitigen Zuschübe in der Lage, zu sagen, daß ich ungefähr für die nächsten 14 Tage bis drei Wochen unbedingt sowohl die Quote decken als auch die erhöhte Quote ausgeben lassen kann. Aber es ist immerhin möglich, daß die Zuschübe wieder etwas zurückgehen und daß es vielleicht nicht ganz sicher ist, daß diese erhöhte Brotquote bis zur nächsten Ernte unbedingt aufrechterhalten werden kann. Das hängt zu einem Teile auch mit der Frage der Finanzierung der Ententeimporte zusammen. Diese Finanzierung macht bereits jetzt große Schwierigkeiten und es ist vielleicht möglich, daß — die Angelegenheit wird bei der Friedenskonferenz in Paris verhandelt werden — wenn diese Frage nicht günstig erledigt werden könnte, wir vielleicht aus diesem Grund einen Rückgang der Importe zu befürchten haben werden. Trotzdem habe ich mich entschlossen, die Quote zu erhöhen, weil ich es nicht für praktisch finde, Reserven in einem Momente anzusammeln, wo die Bevölkerung hungert, somit insbesondere in dem Hauptartikel, im Rückgrat unserer Ernährung, im Brote, eine Erhöhung eintreten muß. Für die nächste Zeit kann ich die Aufrechterhaltung der Erhöhung garantieren, kann aber nicht mit Bestimmtheit sagen, ob diese Aufrechterhaltung bis zur neuen Ernte bleiben kann.

Diese Erhöhung der Brotquote hat immerhin, wenn Sie die Verhältnisse betrachten, wie sie im Jänner und Feber waren, doch eine ziemlich ausschlaggebende Bedeutung. Mit der Erhöhung der Mehlquote und der jetzt bevorstehenden Erhöhung der Brotquote stellt sich gegenüber den 165 Gramm

Mehl, welche die gewöhnliche Bevölkerung, soweit sie nicht zu den Schwerarbeitern gehört, noch im Februar und März als Tagesration hatte, die erhöhte Quote auf 236 Gramm pro Tag Mehl, Mehl und Brot zusammengerechnet; die Schwerarbeiter bekommen 338 Gramm Mehl und Brot pro Tag. Wenn der normale Konsum im Frieden ungefähr mit 400 Gramm pro Kopf der Bevölkerung angenommen werden kann, so kommt immerhin beim Schwerarbeiter der jetzige Konsum an Mehl und Brot zusammen dem Friedenskonsum, wenn auch noch nicht nahe, so doch immerhin schon entgegen. Ich weiß selbstverständlich, daß das noch immerhin keine zufriedenstellende Ernährung ist, weil die Bevölkerung unterernährt ist und eine höhere Ernährung braucht — ich bin selbst damit nicht zufrieden, glauben Sie das, auch wenn ich die Verbesserung heute hier konstatiere —, und wir werden trachten, soweit es in unseren Kräften liegt, diese Ernährung weiter zu verbessern; aber eine kleine und in diesem Artikel immerhin schon etwas fühlbare Verbesserung der Ernährung ist immerhin eingetreten, ohne daß ich daraus irgendeine Schlußfolgerung ziehen will, daß die Sache irgendwie zufriedenstellend wäre. Das weiß ich selbst.

Die Ententezuschübe haben es auch ermöglicht, daß in anderen Artikeln immerhin eine kleine Besserung zu konstatieren ist. Wenn wir nicht von der Entente das Fleisch bekommen hätten, so würde in Wien bereits eine ganz unmögliche Situation eingetreten sein, weil die Bevölkerung schon wochenlang kein Fleisch gehabt hätte. Es war immerhin möglich, zuerst ein Achtel- und jetzt ein Viertelkilogramm amerikanisches Fleisch pro Woche auszugeben. Dieses Fleisch geht zum Teile auch in die Provinz. Ebenso war es möglich, beim Fett, wo wir im Jänner und Februar auf einer Quote von 4 Dekagramm pro Woche standen, jetzt auf eine Quote von 12 Dekagramm zu kommen. Wenn das in den Ländern nicht ganz gleich ist, so möchte ich bitten, darauf Rücksicht zu nehmen, daß die Zuschübe nicht so gleichmäßig einlaufen, daß sie überall gleichzeitig zu Geltung kommen. Aber die Zuteilungen an die Länder gehen, speziell was Fett anlangt, genau so wie an Wien. Nur besteht hier die Schwierigkeit, daß wir zumeist nicht effektives Fett, sondern teils Speck, teils fettes Fleisch, teils Öl bekommen. Da über die Transporte bei unseren Grenzstationen die Disposition von Wien aus erteilt wird und dabei die Art und Qualität der Ware nicht immer gleich konstatiert werden kann, weil die Waren vielfach ungenau oder unrichtig deklariert sind, ist es möglich, daß Salzburg fettes Fleisch und Steiermark zum Beispiel Speck bekommt. Das muß sich im Laufe der Zeit aber ausgleichen. Eine ganz gleiche Beteiligung der Länder ist aus diesem Grunde bei Fett nicht möglich. Auch hier kann ich sagen, daß die Fettquote von 12 Dekagramm bis in die

erste Hälfte Juni gesichert ist, und ich hoffe, daß wir sie aufrecht erhalten können.

Was die anderen Artikel anlangt, die wir von der Entente bekommen, Reis und Bohnen, so können sie immer nur von Fall zu Fall verteilt werden, je nachdem das Einlangen der Mengen vor sich geht. Wenn ich zum Beispiel in ganz Deutschösterreich ein viertel Kilogramm Reis austeilen will, brauche ich dazu 161 Waggons. Wenn ich also den Reis, sofort, wie er kommt, verteilen würde, würde wahrscheinlich das Land, das ihn noch nicht hat, mit mehr oder weniger Recht schreien, deshalb warte ich, bis ich eine gewisse Menge von Reis beisammen habe, um ihn dann auf einmal in ganz Deutschösterreich gleichzeitig zu verteilen.

Ähnlich ist es mit den Bohnen, die wir allerdings zum großen Teile in Wien als Ersatz für das Fleisch zu jener Zeit verteilen, wo kein Fleisch vorhanden ist.

Die Kondensmilch ist vornehmlich für Kinder und Kranke bestimmt, und auch hier muß ich immer sehr vorsichtig mit der Austeilung vorgehen, weil die Mengen ziemlich unregelmäßig und nicht immer genügend einlangen.

Immerhin haben die Ententezuschübe nicht nur diese allgemeine, ich sage noch einmal sehr geringe Verbesserung herbeigeführt, sondern wir waren in der Lage, gewisse Nebenaktionen durchzuführen, speziell die Kinderaktion, wonach wir den Kindern gewisse Zubußen an Gries, Mehl usw. zubilligen konnten. Dann konnten wir den Eisenbahnern gewisse Zubußen, die sie verlangt haben, gewähren, speziell auch den Forstarbeitern, an denen wir wegen der Schlagerung des Holzes, welches wir für den Export zur Bezahlung unserer Importe brauchen, ein großes Interesse haben; ähnlich ist es mit den Bergarbeitern usw.

Über die Verteilung, meine Herren, habe ich schon kurze Andeutungen gemacht. Wir legen im Amte für Volksernährung unbedingtes Gewicht darauf, die Lebensmittelimporte gleichmäßig auf Wien und die Länder zu verteilen. Ich möchte das deshalb unterstreichen, weil von den Ländern oft die Frage aufgeworfen wird, ob sie im selben Verhältnisse wie Wien beteiligt werden. Ich bitte, meine Herren, wenn Sie daran zweifeln sollten, in mein Amt zu kommen, ich lege Ihnen dann die Tabellen vor, aus denen Sie ersehen werden, daß ganz Deutschösterreich aus den Ententeimporten gleichmäßig, wenn es auch nicht immer mit Rücksicht auf die Transporte zur gleichen Zeit geschehen kann, beteiligt wird.

In Deutschland, meine Herren, hat man, obwohl dort die Importe von der Entente nicht, weder relativ noch absolut, die Höhe erreichen wie bei uns, eigene Einfuhrzufuhrarten ausgegeben und hat wenigstens in den großen Städten — und nur auf

Diese erstreckt sich eigentlich vorläufig die Verteilung der Ententeimporte in Deutschland — größere Mengen auf einmal verteilt. Deutschland konnte das tun, weil es selbst noch immer eine eigene Produktion hat und diese Ententeimporte sozusagen als Zubußen ausgeteilt hat. Wir aber, die wir gar nichts haben und rein auf diese Zuschübe angewiesen sind, müssen von diesen Ententelieferungen zur Gänze leben; dieser Vorgang, daß wir homöopathische Portionen, daß wir hier kleinweise ausgeben und in Deutschland größere Mengen auf einmal ausgegeben werden, ist oft kritisiert worden. Das konnten wir aber aus dem angeführten Grunde nicht so machen, wie es in Deutschland war.

Wenn auch, meine Herren, eine quantitative Verbesserung vielleicht bis zu einem gewissen Grade zu konstatieren war, so ist leider nicht zu leugnen, daß ein großer Teil der Bevölkerung aus dieser Verbesserung vielleicht nicht ganzen Nutzen ziehen kann, weil die Preise zu hoch sind. Ganz entgegengesetzt den Hoffnungen, die man gehabt hat, indem man glaubte, wenn der Krieg zu Ende sein wird, werde ein Abbau der Preise erfolgen, macht sich eine Wellenbewegung der Preise nach aufwärts bemerkbar. Meine Herren, ich glaube nicht, daß da die Regierung eine Schuld hat, sondern die Hauptursache liegt, nachdem wir auf Importe angewiesen sind, am ungünstigen Stand unserer Valuta.

Daß die fortwährende Steigerung der Preise wirklich entsetzliche Dimensionen angenommen hat, möchte ich Ihnen, meine Herren, aus einer kleinen Zusammenstellung dartun. Wir sind uns vollkommen dessen bewußt, daß die Erhöhung der Preise etwas ist, was von der Bevölkerung wirklich schon kaum mehr ertragen werden kann. Denn meisten Herren wird bekannt sein, daß das Arbeitsstatistische Amt unmittelbar vor Kriegsbeginn eine Erhebung der Lebensverhältnisse in einer ganz großen Anzahl von Wiener Arbeiterfamilien angestellt hat. Es wurden damals die Lebensverhältnisse von 120 Arbeiterfamilien untersucht, die hauptsächlich der Metall- und Maschinenindustrie angehört haben. Die Verbrauchsausgaben einer solchen Familie haben im Durchschnitt 2480 K betragen, davon entfielen ungefähr 50 Prozent, genau 1253 K im Durchschnitt jährlich auf Nahrungsmittel. Auf die Woche umgerechnet betragen also die Ausgaben einer Arbeiterfamilie mit dem erhobenen Durchschnittseinkommen für Nahrungsmittel 24 K 10 h. Ich habe mir ausgerechnet, was heute eine vierköpfige Familie für die rationierten Artikel, also Mehl, Brot, Fleisch und Fett, zahlen muß, habe 3 Büchsen Kondensmilch nach den jetzigen Preisen und 1 Kilogramm Reis dazu gerechnet und komme auf eine Wochenausgabe von zirka 72 K. Da sind nicht gerechnet die Frischmilch, das Gemüse, der Zucker, der Kaffee und alle sonstigen Zutaten. Ich kann also

wohl ruhig sagen, daß heute eine Familie für ihre Nahrungsmittel mindestens das Vierfache ausgeben muß, selbst wenn sie nur auf das angewiesen ist, was sie an staatlich rationierten Artikeln bekommt und was sie — wie Gemüse — sonst zu kaufen bekommt — Brennmaterial usw. natürlich gar nicht gerechnet —, und wenn sie sich gar nichts im Schleichhandel beschafft.

Das sind natürlich, meine Herren und Damen, ganz unerträgliche Verhältnisse. Sie werden die Sache aber andererseits verstehen, wenn ich ihnen sage, wie die Preise sind, mit denen wir bei Einfuhr rechnen müssen. Es ist Ihnen bekannt, daß wir ja auch bei denjenigen Artikeln, die wir nicht aus Übersee beziehen, sondern von den Sukzessionsstaaten erhalten, ganz bedeutende Preise zahlen müssen. Das beste Beispiel bildet ja der Zucker. Nicht nur, daß die Tschechen uns den Zucker absolut im Preise erhöht haben, müssen wir ihn in tschecho-slowakischer Valuta bezahlen und hierin liegt ja auch ein Grund dafür, daß die Zuckerpreise nicht nur hoch sind, sondern trotz ihrer Höhe heute bereits einen Verlust für den Staat bedeuten, wenn sie auf demselben Niveau bleiben.

Was nun die Preise anlangt, die wir der Entente zahlen, das heißt, die wir vorläufig schuldig bleiben, so ist uns zum Beispiel — das ist ja den Herren vielleicht aus den Beratungen gelegentlich der Erhöhung der Mehlpreise bekannt — der Weizenpreis mit 300 K angegeben worden, das heißt, wir zahlen 300 K loco Genua oder Triest, je nachdem, von wo wir den Weizen beziehen; dazu kommt noch Fracht usw. Gerechnet wurde seinerzeit dabei ein Vorkurs von 2 K 50 h, der heute ja nicht mehr besteht. Das Weizenmehl — und wir beziehen ja jetzt in der letzten Zeit zum großen Teile Weizenmehl — kostet 160 Lire, das heißt, es wird uns zu diesem Preise verrechnet. Nun, meine Herren, rechnen Sie die Lire, wie Sie wollen, zu 2½ oder zu 3 K — effektiv steht ja die Lire höher —, so kommen Sie zu einem Mehlpriese, der jedenfalls viel höher ist als der Brotmehlpriese von 1 K 50 h, zu dem wir heute das Brotmehl abgeben.

Wenn oft die Behauptung aufgestellt wird, daß die Entente uns ganz besonders hohe Preise macht, so möchte ich dieser Meinung entgegentreten. Die Preise sind nicht billig, aber sie sind doch ungefähr den Preisen entsprechend, wie sie eben tatsächlich in den Ententeländern herrschen, aber unsere Valuta ist so entsetzlich schlecht. Gestatten Sie, meine Herren, daß ich Ihnen eine effektive Kalkulation des derzeitigen nordamerikanischen Weizenpreises gebe. In Amerika besteht bekanntlich ein Minimalpreis, der noch für 1½ Jahre in Geltung ist und 237½ Cents pro Bushel — das ist das amerikanische Einheitsgewicht — beträgt. Umgerechnet ab New-York, also

im Hafen von New-York, kommen 100 Kilogramm auf 978 Dollar und bei Umrechnung des Dollars zum Kurse von 28 $\frac{1}{4}$ K — das war vor einigen Tagen der offizielle Kurs, es gibt auch andere Kurse — kostet der Weizen in New-York 274 K 65 h. Dazu kommt die Fracht. Die Fracht war Ende 1918 sehr gesunken gewesen und hat zum Beispiel 80 Schilling pro Tonne betragen; sie ist seit Aufhebung der Blockade enorm gestiegen und betrug in den letzten Tagen 240 Schilling, das Dreifache von dem, was sie im Jänner betrug. Den Schilling zu 6 bis 7 K gerechnet, kostet der Meterzentner Fracht 157 K 75 h, das heißt, Weizen kostet in Triest zirka 432 K. Ganz ähnlich ist es bei einer ganzen Reihe anderer Artikel.

Ich möchte nun einige Worte über die Fleischpreise erwähnen, die eine so große Unruhe hervorgerufen haben. Das amerikanische Fleisch hat verschiedene Preise, es sind verschiedene Qualitäten und verschiedene Sorten. In Triest sind uns Preise angegeben worden, die zwischen 810 bis 1155 Dollar pro Tonne betragen. Einen Teil dieses Fleisches haben wir effektiv gekauft — es war uns möglich, in Triest zu kaufen — abgesehen von der Menge, die wir auf Kredit bekommen. Für diese Menge haben wir den Dollar zu einem sehr hohen Kurs kaufen müssen. Dazu kommt, daß die Sorten sehr verschiedene sind. Es kam weiter dazu, daß wir kolossale Gewichtsunterschiede zu verzeichnen hatten, die auf unnatürliche Weise dadurch entstehen, daß uns ein Teil der Waggons geraubt wird, und ich möchte feststellen, daß uns selbst in Wien auf dem Transport vom Lagerhause nach St. Mary — ich will die Ziffer lieber nicht nennen — manchmal täglich so und so viele Kilogramm abhanden kamen. Wenn man heute Lebensmitteltransporte befördert, möchte man fast glauben, daß es überhaupt keine ehrlichen Menschen mehr in Deutschösterreich gibt. (Heiterkeit.) Dazu kamen die großen Kosten der Verpackung, das Kalo usw. Dann wird der Speck vom Fleische abgeschunden; nachdem nun der Speck einen minderen Preis hatte als das Fleisch, sind auch dadurch größere Kosten entstanden. Der Preis ist nicht von Beamten am grünen Tisch, sondern von Fachleuten gemacht worden, und es waren hierbei alle möglichen unsicheren Faktoren in Betracht zu ziehen, in erster Linie die Valuta. Einen Teil der Ware haben wir effektiv bezahlt, den anderen haben wir kreditiert bekommen, ohne daß man wissen kann, mit welchem Kurs man den Dollar oder die Lire einstellt. Auf diese Weise kamen wir zu einem Preis von 40 K, um gegen alle Eventualitäten gewappnet zu sein. Der Herr Staatssekretär für Finanzen ist nicht da, er hat mir aber immer wieder an die Seele gelegt, nachdem wir schon beim Mehl ohne Zweifel Verluste erleiden, den Staatschatz bei den anderen Artikeln

nicht noch weiter zu belasten. Wenn ich rechne, daß von diesem Fleische in Wien ein Viertelfilogramm pro Woche und pro Kopf ausgegeben wird, beträgt das 800.000 Kilogramm pro Woche und eine Krone Differenz macht 800.000 K aus. Es ist ein ziemliches Maß von Verantwortlichkeit gegenüber dem Staatsamt für Finanzen und der Gesamtheit, wenn man hier mit diesem Preis unvorsichtig kalkuliert. (Abgeordneter Friedmann: War das der kalkulierte Selbstkostenpreis?) Ich habe schon gesagt, daß der Selbstkostenpreis schon wegen der Valuta ungemein schwer zu ermitteln ist. Mit 37 K ist es abgegeben worden, 40 K war der Detailpreis. Bei der Preisermittlung ist berücksichtigt worden, daß wir, wie erwähnt, einen Teil des Fleisches effektiv zu einem sehr hohen Dollarkurs gekauft hatten und wir daher das Verhältnis zwischen dem gekauften und kreditierten Fleisch nicht genau wußten.

Ganz ähnlich steht die Sache bei der Kondensmilch. Wir kauften die Kiste — das heißt, sie ist uns kreditiert worden — mit 90 Lire, die Kiste hat 48 Dosen. Wenn Sie das umrechnen, kostet die Dose 1 Lire 90. Rechnen Sie wie immer die Lire und wir verkaufen die Dose zu 5 K im Detail — zu 4 K 60 h bekommt sie der Detailverschleißer — so ist das — ich möchte das nicht laut sagen — wahrscheinlich ein Verlust. Beim Reis ist der heutige Verschleißpreis von 4 K geringer als der Verschleißpreis in London.

Wir haben uns, meine Herren, mit Rücksicht darauf, daß eben die Bevölkerung diese Preise nicht mehr zahlen kann, und mit Rücksicht darauf, daß wir die Erfahrung gemacht haben, daß uns die Waren effektiv liegen geblieben sind — Fleisch oder Milch ist in den Schleichhandel gegangen — entschlossen, die Preise herabzusetzen, und zwar konnten wir uns dazu dadurch entschließen, daß wir den größten Teil der Waren eben kreditiert bekommen. Nachdem wir hoffen, daß die Friedensverhandlungen uns langfristige Kredite bringen werden, so war die Herabsetzung dadurch möglich, daß der Staat das Valutarisiko übernimmt, das heißt, daß wir eben nicht mehr mit dem heutigen Kurse der Lire oder des Dollars rechnen, sondern daß wir mit einem niedrigeren Kurse rechnen. Auf diese Weise sind wir zur Herabsetzung der Preise gelangt. Diese Preisherabsetzung haben wir durchgeführt bei Fleisch, Reis, Milch, Bohnen, nur nicht beim Mehl, denn beim Mehl ist die Sache so, daß, wie immer man die Lire rechnet, der Preis niedriger oder fast niedriger ist — bei Brotmehl wenigstens, voraussichtlich nicht bei Kochmehl — als den effektiven Ausgaben entspricht. Ich möchte hier gleich ein kleines Detail einschalten. Die Zeit, wo uns das Fleisch infolge des hohen Preises liegen geblieben

ist, wo also allgemein Fleisch sozusagen zu bekommen war, hat bewiesen, daß in dem Moment, wo ein Artikel zu bekommen ist, der Schleichhandelspreis sofort heruntergeht. (Sehr richtig!) Es ist damals der Fleischschleichhandelspreis — wenn ich ihn so nennen darf — sofort gesunken und ich habe den Ausdruck eines soliden Schleichhändlers (Heiterkeit) — es gibt nämlich auch solide Schleichhändler — gehört, daß er zu jener Zeit nicht mehr auf eigenes Risiko Schleichhandel betreibe, sondern nur mehr auf feste Ordre, das heißt, daß eben das Risiko des Schleichhändlers dadurch, daß das Fleisch vorhanden war, wesentlich gestiegen ist. (Ruf: Daher weg mit den Zentralen!) Das ist eine ganz andere Frage. (Ruf: Dann wird der Schleichhandelspreis billiger!) Es steht ja heute ein anderer Gegenstand noch auf der Tagesordnung und es wird ja dann Gelegenheit sein (Unterbrechungen und Zwischenrufe.)

Präsident **Hauser**: Ich bitte die Herren um Ruhe und ersuche, den Redner nicht zu unterbrechen.

Staatssekretär **Dr. Loewenfeld - Ruf** (fortfahrend) . . . es wird dann die Möglichkeit sein, über diese Frage auch noch zu sprechen.

Nun, meine Herren, bezahlen können wir diese Lebensmittelimporte der Entente vorläufig überhaupt nicht; es ist gar keine Rede davon, es ist ausgeschlossen, daß wir diese Lebensmittel bar bezahlen können, wir sind auf Kredit angewiesen. Es war eine der schwierigsten Sachen, zunächst einmal von der Entente einen Kredit zu bekommen. Es ist den Herren bekannt und erinnerlich, daß der erste Kredit, denn wir bekommen haben, 30 Millionen Dollars betragen hat.

Die Detailverhandlungen über diesen Kredit sind noch nicht geführt worden, wir wissen also eigentlich nicht und wir haben eigentlich auch selbst kein Interesse, uns besonders darum zu reizen, daß die Bestimmungen, welche Verzinsung, welche Amortisation, welche Rückzahlung und welche Langfristigkeit dieser Kredit hat, festgesetzt werden. Tatsache ist jedenfalls eines: daß dieser Kredit bereits so ziemlich erschöpft ist und daß wir jetzt vorläufig die Waren ohne Kredit beziehen. (Ruf: Wie groß sind die Gesamtkosten der bisher bezogenen Importe — vorläufig?) Das kommt natürlich darauf an, wie man die Valuta rechnet, aber ich schätze, daß sie jetzt mindestens eine Milliarde bereits überschritten haben. Wenn ich den Dollarpreis nehme und den Bedarf so rechne, wie wir ihn zuletzt als Programm den Ententevertretern aufgegeben haben, der also ungefähr den Sendungen entspricht, wie wir sie jetzt bekommen, so betragen die Ausgaben monatlich 17 bis 20 Millionen Dollars. Nun können Sie, wenn Sie den Dollarkurs berücksichtigen, sich ungefähr

berechnen, was das unter Zugrundelegung des derzeitigen Kursstandes kosten würde.

Die Verhandlungen, die in Paris geführt werden, gehen natürlich dahin, die Fortsetzung dieser Kredite zu erlangen. Ob dies möglich sein wird, kann ich heute nicht beurteilen, da spielt eine ganze Reihe anderer, auch politischer Fragen mit. Jedenfalls ist es unbedingt notwendig, denn ohne Kredite würden wir sofort zusammenbrechen, wenn die Lebensmittelimporte dann gekürzt würden.

Meine Herren! Es ist wiederholt die Anregung gegeben worden, diese hohen Preise in der Weise erträglich zu machen, daß man einem bestimmten Teile der Bevölkerung höhere Preise vorschreibt und den Minderbemittelten und dem Mittelstande, niedrigere Preise rechnet. Schon gelegentlich der Erhöhung der Mehlpreise wurde darauf hingewiesen, daß das bei uns fast undurchführbar ist. Abgesehen von den technischen Schwierigkeiten ist die soziale Schichtung unserer Bevölkerung so, daß der größte Teil der Bevölkerung leider nicht zu den Bemittelten gehört, wobei ich ganz außer Betracht lasse, wie schwer es ist, feststellen zu wollen, bei welchem Einkommen bei den derzeitigen Verhältnissen die Bemittelten überhaupt anfangen. Es ist das auch bei anderen Artikeln als beim Mehl kaum durchführbar. Ich möchte noch einmal das Beispiel vom Fleisch heranziehen. Wir haben, wie gesagt, 800.000 Kilogramm pro Woche allein in Wien auszugeben. Nehmen wir an, daß ein Viertel, also 25 Prozent, der Bevölkerung einen höheren Preis zahlen könnte und sollte und daß ich für den Rest der Bevölkerung den Preis von 30 K, wie er jetzt ist, auf 20 K heruntersetze, so zeigt sich folgendes Beispiel: Diese 800.000 Kilogramm à 30 K repräsentieren einen Wert von 24 Millionen Kronen die Woche. Wenn ich 600.000 Kilogramm zu 10 K verkaufen lassen wollte, habe ich einen Eingang von 6 Millionen Kronen. Ich muß also 18 Millionen Kronen von den restlichen 200.000 Kilogramm hereinbringen, das heißt ich muß das Kilogramm um 90 K verkaufen. Um 90 K bekomme ich aber auch Fleisch im inländischen Schleichhandel, die bemittelte Bevölkerung wird also dieses Fleisch zu 90 K gar nicht kaufen, es bleibt liegen oder es wird nur ein kleiner Teil verkauft und der Effekt ist nicht erzielbar, das heißt, ich kann das Fleisch nicht verbilligen, weil ich auf der anderen Seite die Eingänge nicht habe und so hohe Preise nicht stellen kann, daß überhaupt ein Ergebnis aus dieser ganzen Manipulation möglich ist.

Die ganze Erleichterung, die wir bieten können, ist nur durch die sogenannte Mindestbemitteltenaktion möglich, von der der Versammlung bekannt ist, daß wir durch Zuschüsse, die das Staatsamt für Finanzen trägt, gewisse Lebens-

mittel verbilligen. Wir haben in Deutschösterreich in den $\frac{3}{4}$ Jahren des Bestandes 56 Millionen Kronen für diesen Zweck ausgegeben und in der letzten Zeit auch die Arbeitslosen, die in Wien schon über 130.000 Menschen betragen, in diese Aktion einbezogen. Die Schwierigkeit ist hier vielleicht nicht so sehr in Geld gelegen, als darin, daß wir die nötigen Waren nicht haben, um die Mindestbemittelten in den verbilligten Genuß dieser Waren zu bringen. Die Aktion wurde früher hauptsächlich durch Verbilligung von Fleisch betrieben. Das ist nicht mehr möglich und es wird nun den Mindestbemittelten eine Reihe anderer Artikel, die aber nur in geringer Menge vorhanden sind, zur Verfügung gestellt. Daneben läuft eine Unterstützung des Mittelstandes, der mindestens so bedürftig ist wie diejenigen, die als Mindestbemittelte gelten. Für den Mittelstand haben wir seit dem Bestande Deutschösterreichs auch schon 31 Millionen ausgegeben.

Meine Herren! Auch wenn wir Kredite bekommen, so können wir durch Kredite allein selbstverständlich unsere Saluta nicht bessern. Wir bekommen nicht mehr Devisen in die Hand. Das einzige Programm, das für die Verbesserung unserer Ernährungsverhältnisse aufzustellen ist, ist, daß wir produzieren. (*Sehr richtig!*) Ich muß das auch hier von meinem Standpunkt aus deshalb sagen, weil ich nicht glaube, daß wir ewig auf Pump Lebensmittel beziehen können. Wir müssen unbedingt erzeugen, um die Lebensmittel mit Ware bezahlen zu können.

Ich habe jetzt von den Importen gesprochen und möchte noch einmal kurz auf unsere eigene Produktion zurückkommen. Es ist in der Öffentlichkeit vielfach die Meinung verbreitet, daß wir die ganze Importaktion nur bis zur neuen Ernte zu machen brauchen. Ich bitte, sich dieser Illusion nicht hinzugeben. Es ist ein grundlegender Irrtum, der auch von Fachgelehrten und Professoren in der letzten Zeit häufig vertreten wird, daß Deutschösterreich sich aus der eigenen Ernte erhalten könnte. Vielleicht wird das in zehn Jahren bei einer starken Intensivierung der Produktion der Fall sein — so wie die Verhältnisse heute liegen, werden wir die Produktion von heute auf morgen und für das nächste Wirtschaftsjahr unmöglich auf eine solche Höhe bringen können, das wir aus der eigenen Produktion leben können. Das gilt nicht nur für Getreide, das gilt für die meisten anderen Lebensmittel auch.

Was Getreide für sich anbelangt, so schätze ich die Möglichkeit der Deckung unseres Bedarfes im nächsten Wirtschaftsjahre aus der eigenen Ernte auf höchstens vier Monate. Wir müssen also unbedingt weiter importieren, wozu noch kommt, daß wir ja in Österreich keinen Großgrundbesitz, sondern Mittel- und Kleinbesitz haben und die Ernte, selbst

wenn sie vollständig abgeliefert wird, nur nach und nach hereinkommen kann. Über diese Frage der Bewirtschaftung der neuen Ernte werde ich mir erlauben, voraussichtlich schon in der nächsten Sitzung der Nationalversammlung einen Gesetzentwurf vorzulegen, worin die Regelung der Bewirtschaftung der neuen Ernte für das nächste Jahr der Beschlußfassung des hohen Hauses unterbreitet wird.

Meine Herren! Gestatten Sie mir, im Rahmen dieser Darstellung noch auf eine aktuelle Frage zurückzukommen. Es wird uns oft der Vorwurf gemacht, daß wir importhindernd tätig sind, das heißt, daß wir durch Festhalten an gewissen Maßnahmen zur Regelung des Importes des Import erschweren oder verhindern. Da möchte ich einmal ganz offen die Stellungnahme des Staatsamtes für Volksernährung kennzeichnen. Es ist ja selbstverständlich, daß wir uns mit der Frage beschäftigen müssen, nach welchen Grundsätzen die Wareneinfuhr nun, nachdem der Krieg und die Blockade aufgehört haben, zu organisieren ist, ob sie überhaupt organisiert werden oder ob der freie Handel unbeschränkt in seine Rechte eingesetzt werden soll. Der letztere Standpunkt wird insbesondere in der letzten Zeit mit mehr oder weniger Lebhaftigkeit vertreten. Es wird angeführt, daß die Beziehungen des Kaufmannes im Auslande, seine Verbindungen, seine Kreditmöglichkeiten, seine Zindigkeit, die Ware aufzuspüren usw., einen viel größeren Import ermöglichen könnten, als zustandekommt, wenn der Handel gefesselt oder kontrolliert ist oder wenn der Staat selbst in zentralisierter Form die Einfuhr durchführt.

Ich bin nicht dieser Anschauung, wenigstens nicht, soweit der Import von Lebensmitteln in Frage kommt. Ich bin überzeugt und ich halte vorläufig, solange ich das Vertrauen der Nationalversammlung genieße, daran fest, daß auf dem Gebiete der Lebensmittel — und auf diese beschränke ich mich in meinen Anschauungen, denn was die Einfuhr von Rohstoffen und Industrieartikeln anlangt, so fallen diese nicht in mein Ressort und dort liegen ja die Dinge vielleicht anders — daß auf dem Gebiete der Lebensmittel für eine längere Übergangsperiode die sofortige und überstürzte Rückkehr zur freien Wirtschaft, wie sie vor dem Kriege war, sowohl vom Standpunkte der heimischen Interessen wie vom Standpunkte der heimischen Produktion nicht möglich ist. (*Sehr richtig!*) Ich will durchaus nicht einer übermäßigen Drosselung des Handels und der Kaufmannschaft das Wort reden. Aber unbedingt notwendig erscheint mir, daß die Einfuhr für die nächste Zeit gewissen Beschränkungen und Kontrollen — ich spreche immer von Lebensmitteln — unterworfen bleibt und daß auch gewisse Beschränkungen und staatliche Maßnahmen auf dem Gebiete der Verteilung aufrecht bleiben. Ich glaube, daß die Anhänger des freien Handels, die übrigens,

wie aus einer gestern abgehaltenen Massenversammlung hervorgeht, nicht immer Anhänger des freien Wortes sind, (*Sehr gut!*) denn sie haben gestern gegnerische Anschauungen nicht zu Worte kommen lassen — daß also die Anhänger des freien Handels, wenn sie besonnen sich die Sache überlegen, mir recht geben werden. Es ist zu hoffen, daß es uns nach einer hoffentlich kurzen Zeit gelingen wird, Auslandskredite zu bekommen und unsere Währung wieder in Ordnung zu bringen. Es ist aber sehr fraglich, ob das gelingt, wenn man die Einfuhr ohne Kontrolle freigibt. Es ist unvermeidlich, daß man die Bezüge aus dem Auslande mit der Zeit durch eigene Produktion wird bezahlen müssen, und insoweit die eigene Produktion nicht ausreicht — und das wird für einige Zeit noch der Fall sein —, muß eine Regulierung durch Einschränkung des eigenen Bedarfes stattfinden. Der Selbstregulierung, dem freien Handel diese Anpassung an den Bedarf und die Deckung des Bedarfes zu überlassen, halte ich für die nächste Zeit nicht für möglich.

Meine Herren! Ich habe vor einiger Zeit in einem nationalökonomischen Buch nachgelesen, weil ich eine Äußerung eines unserer älteren hervorragenden Nationalökonomien über den wirtschaftlichen Anschluß an Deutschland eruiieren wollte, der sich schon vor fast 100 Jahren für den wirtschaftlichen Zusammenschluß mit dem Deutschen Reiche ausgesprochen hat, Friedrich List. Und da habe ich in einem Kapitel über den Manufakturhandel und den Kaufmannsstand, also über den Handel, folgende Sätze gefunden — ich darf sie Ihnen vorlesen (*liest*):

„Ihm“ — nämlich dem Handel — „ist es gleichgültig und nach der Natur seines Geschäftes und seinem Bestreben kann er sich auch wohl darum nicht kümmern, in welcher Weise die von ihm importierten Waren auf die Moralität, den Wohlstand und die Macht der Nation wirken. Es geht ihn als Geschäftsmann nichts an, wenn nur seine Bilanz gewinnt, und es ist klar, daß das Interesse des einzelnen Kaufmannes und das Interesse des Handels einer ganzen Nation himmelweit verschieden sind.“ (*Sehr richtig!*)

Meine Herren! Ich will damit — ich möchte nicht mißverstanden werden — gar keinen Vorwurf gegen den Handel erheben, ich tue es schon deshalb nicht, weil ich ja bloß zitiere. Eben das Interesse des Kaufmannes — und das wird von den Anhängern des freien Handels ja immer behauptet — soll ja bewirken, daß wir Waren bekommen. Es ist aber nicht in unserem Interesse gelegen, daß wir einfach nur Ware bekommen, sondern wir haben ein qualifiziertes Interesse, nur gewisse Waren und nach einer gewissen Richtung Waren zu bekommen.

Es ist ein Unterschied, ob wir den Handel sich betätigen lassen im Rahmen einer normalen, ruhigen wirtschaftlichen Entwicklung oder ob er sich betätigt im Rahmen einer vollkommen zerstörten Wirtschaft, wie wir sie jetzt haben, welche erst wieder neu aufgebaut werden muß.

Dazu kommt noch ein psychologisches Moment, welches nicht vergessen werden darf: daß unsere Bevölkerung den Begriff des Geldes verloren hat und daß die Ansicht, daß nach dem Friedensschluß wieder die früheren, die Vorkriegsverhältnisse sofort herbeigeführt werden können, noch immer in vielen Köpfen spukt, ganz abgesehen davon, daß während der langen Kriegszeit der Egoismus sehr stark überhandgenommen hat. Wenn wir importieren, müssen wir sparen. Ich bitte auch das nicht mißzuverstehen und etwa zu meinen, daß ich sparen und der Bevölkerung weitere Entbehrungen auferlegen will. Wir müssen sparen zunächst in der Richtung, daß wir keine Luxusartikel einführen. (*Sehr richtig!*) In dieser Beziehung ist, glaube ich, selbst von den Anhängern des freien Handels zugestanden, daß hier ein Eingreifen des Staates stattfinden muß, daß die Einfuhr von Lebensmitteln, sofern es nicht unentbehrliche Lebensmittel sind, vorläufig zu unterbleiben hat, mit Rücksicht darauf, daß wir ein armer Staat sind und unser Geld und unseren Kredit für dringendere Waren brauchen. In dieser Beziehung werden mir wohl auch die Anhänger des freien Handels recht geben. Es ist erwiesen, daß der freie Handel, soweit er sich betätigen konnte, sich bisher vielfach auf diese Waren geworfen hat, denn sonst würden wir nicht Mandeln, Johannisbrot, Chianti und ähnliche Artikel plötzlich eingeführt bekommen. Ich kann mitteilen, daß die Vertreter der hiesigen ausländischen Missionen dies bereits wiederholt rekriminiert haben.

Es handelt sich aber nicht nur um die Einfuhr von Luxusartikeln, sondern auch um die Beeinflussung der Einfuhr nach einer anderen Richtung. Dem Handel würde es gleichgültig sein, ob er heute teure Butter einführt oder billige Fettstoffe — es ist ja heute alles zu jedem Preis zu verkaufen; die Bevölkerung greift selbstverständlich mit einer gewissen Eier nach allem. Es muß aber im Interesse der heimischen Produktion sowohl wie der Valuta Wert darauf gelegt werden, daß die Einfuhr nach einer gewissen Richtung gelenkt werde. Wenn ich sage, daß das ausgeschmolzene Fett aus dem amerikanischen Speckfleisch uns auf 50 K zu stehen kommt und daß wir Pflanzenfett heute zu 15 bis 20 K importieren können, ist es klar, daß ich den Handel dahin influenzieren muß, daß er das importiert, was billiger ist, und wir werden eine Zeit lang eben auf die teure gute Butter verzichten müssen und sie nicht importieren können, sondern uns mit Pflanzenfett begnügen.

Es wird ferner gesagt, der Kaufmann kann uns durch seine Kredite Lebensmittel verschaffen. Das ist sicherlich bei Industrieartikeln und Rohstoffen möglich, beim Lebensmittelhandel möchte ich es, soweit die Masseneinfuhr in Betracht kommt, aber bezweifeln. Bei uns liegen die Verhältnisse da ganz anders als in Deutschland. Deutschland hat immer einen sehr starken Überseehandel gehabt, während wir nach dem Osten orientiert waren. Wir haben unsere Lebensmittel von Ungarn und Rumänien, eventuell auch von Serbien bezogen, haben uns aber nie Getreide aus Übersee beschafft und haben auch kein argentinisches Fleisch bezogen. Ich will unseren Handel, unserer Kaufmannschaft bestimmt nicht nahe treten, aber wir haben keinen großen Lebensmittelimporthandel in dem Sinne, wie ihn Deutschland hat, und wir verfügen mit wenigen Ausnahmen — wie gesagt, handelt es sich bei uns um einen Import von Millionen im Monat — nicht über Großkaufleute, denen so große Kredite zur Verfügung stehen.

Ich kann das beweisen. Die Entente hat uns bereits vor einigen Monaten, als noch die Blockade bestand, gestattet, 30.000 Tonnen Getreide aus Argentinien einzuführen. Wir haben den gesamten österreichischen Getreidehandel aufgefordert, uns diese 30.000 Tonnen zu kaufen oder Kredite hierfür zu beschaffen. Der Getreidehandel hat sich mit der getreideverarbeitenden Industrie assoziiert, und es ist bis heute nicht gelungen, diese 30.000 Tonnen zu versorgen, so daß wir, die Regierung, uns doch wieder darum kümmern müssen, die notwendigen Kredite zu erhalten. Selbst wenn sich aber der Handel Kredite beschaffen kann — und in beschränktem Umfange ist das gewiß möglich — werden die Kredite einmal zurückgezahlt werden müssen und da ist es auch eine Frage, ob nicht der Staat eine gewisse Übersicht über die Inanspruchnahme dieser Kredite haben muß, damit bei ihrer Fälligkeit nicht plötzlich Schwierigkeiten entstehen.

Ich bin übrigens der Meinung, daß, wenn heute der Handel ganz frei wirtschaften würde, schon die Erlangung dieser Kredite zu gewissen Preistreibern führen würde (*So ist es!*), genau so wie es zu Beginn des Krieges war, als ganz uneingeschränkt eingekauft werden konnte. (*Zustimmung.*)

Noch etwas möchte ich feststellen. Es wird behauptet, der Handel kauft billiger ein und wird der Bevölkerung die Artikel billiger zur Verfügung stellen. Ich habe früher das Beispiel mit dem Fleisch angeführt. Der Kaufmann, wenn er auf Kredit kauft, wird ja auch keine wesentlich niedrigeren Preise bekommen, als die, die uns jetzt angeboten werden. 100 Tonnen amerikanischen

Fleisches kosten, sagen wir, rund 80.000 Dollar. Nun kauft der Kaufmann auf Kredit. Zu welchem Preise, glauben Sie, wird der Kaufmann sich den Dollar rechnen? Doch wahrscheinlich zum jetzigen Kurs, denn das Valutarisiko wird der Kaufmann wahrscheinlich nicht zur Gänze auf sich nehmen, wie es der Staat tut. Infolgedessen halte ich es nicht leicht für möglich, daß der private Handel unter den jetzigen Verhältnissen in der Lage ist, die Lebensmittel billiger abzugeben als der unter staatlicher Ingerenz oder mit staatlichem Kredit arbeitende Einfuhrhandel.

Selbst angenommen aber, es ist die Möglichkeit gegeben, daß der private Kaufmann draußen billiger einkauft, ist damit schon die Gewähr geboten, daß das betreffende Lebensmittel dem Konsum zu diesem billigeren Preise zur Verfügung gestellt wird? Es ist klar, daß das wirkliche Preisniveau nicht die bei uns bestehenden Höchstpreise darstellen, sondern eigentlich der Schleichhandel. Das ist eine traurige Erkenntnis, es ist aber so. Wenn man sagt, die Butter hat heute einen Preis von so und soviel, so denkt man nicht an den Preis der 6 oder 12 Dekagramm Fett, die abgegeben werden, sondern der wirkliche Preis — dafür existiert ja eine förmliche Börse — ist der, zu dem der Schleichhandel den Artikel abgibt.

Wenn nun der Kaufmann draußen auch billig kauft, so ist doch die größte Wahrscheinlichkeit, daß er die Marge, die im Inland zwischen dem normalen Preis und dem Schleichhandelspreis gegeben ist, ausnützt — das kann ihm niemand übelnehmen, das ist ja sein Geschäft —, daß also dem Konsum die Tätigkeit des Kaufmannes draußen nicht uneingeschränkt zunutze kommt. Es ist daher, wenn man den Handel kontrolliert und eine gewisse Einschränkung und Überwachung des Handels vornimmt, unser Zweck, diesen Nutzen wenigstens teilweise aufzufangen — der Kaufmann kann ja noch immer Nutzen genug haben — und ihn zum größten Teile wirklich den Konsumenten zugutekommen zu lassen.

Aus allen diesen Gründen — ich könnte noch eine ganze Reihe solcher Gründe anführen —, aus Gründen der Valuta, aus Gründen der Preispolitik, aus Gründen der Verteilung der rationierten Artikel, bin ich der Meinung, daß es notwendig ist, die Einfuhr und den freien Handel in bezug auf die Lebensmittel vorläufig noch nicht vollkommen uneingeschränkt tätig werden zu lassen, wenigstens nicht für die Zeit der Übergangswirtschaft.

Kein Mensch kann heute sagen, wie lange das dauert. Das ist ja das Wesen der Übergangswirtschaft, daß man sich den Verhältnissen anpassen muß, aber für die nächste Zeit halte ich eine unein-

gechränkte Freigabe des freien Handels für nicht gegeben.

Bevor ich schließe, hohe Versammlung, möchte ich noch mit einem Worte auf eine Angelegenheit zurückkommen, die mit der ganzen Ernährungswirtschaft innig verbunden ist und die uns Tag für Tag, wenn ich es offen sagen kann, bedrängt, das ist das Verhältnis der Staatsregierung zu den Ländern auf dem Gebiete der Ernährungswirtschaft. Kein Ressort ist, glaube ich, durch dieses Verhältnis so arg bedrückt wie gerade das meine. Es ist bedauerlich, daß die Erfahrungen, die das alte Österreich während des Krieges gemacht hat, von Deutschösterreich nicht ausgewertet werden. Es ist doch bekannt, daß die Verhältnisse, wie sie während des Krieges mit Ungarn bestanden haben, wie sie zwischen den einzelnen Kronländern bestanden haben, speziell die Folgen einer zu weitgehenden wirtschaftlichen Selbständigkeit und der Absperrung auf dem Gebiete der Ernährungswirtschaft, daß diese Erfahrungen nicht dazu geführt haben, daß die deutschösterreichischen Länder wenigstens auf dem Gebiete der Ernährungswirtschaft einen anderen Weg eingeschlagen haben, als sie ihn tatsächlich einschlugen. Ich könnte Ihnen, meine geehrten Damen und Herren, viele Beispiele anführen, die die nachteiligen Folgen dieser Selbständigkeitsbestrebungen dartun. Ich bin kein Politiker und will mich nicht auf politische Fragen einlassen — die Ernährungswirtschaft muß übrigens meiner Ansicht nach vollkommen frei von Politik sein, sonst ist sie überhaupt verloren —, muß aber sagen, daß ich es bedaure, daß die Länder die Notwendigkeit der Einheitlichkeit der Verwaltung auf dem wirtschaftlichen Gebiete nicht genügend einzusehen scheinen. Es ist — ich muß das offen sagen — manchmal kaum mehr möglich, die Ernährungswirtschaft zu führen, wenn jedes Land und innerhalb jedes Landes jeder Bezirk und jede Gemeinde machen, was sie wollen.

Ich gebe vollkommen zu, daß in der Not der Verhältnisse oft Notverfügungen unvermeidlich sind. Aber das allgemeine Interesse müßte unbedingt gewahrt werden und auf dem Gebiete der Ernährungswirtschaft läßt sich nichts anderes machen, speziell jetzt nicht, wo wir unbedingt auf die ausländische Einfuhr angewiesen sind, als daß eine einheitliche Verwaltung aufrechterhalten bleibt. Man muß weder unbedingt Zentralist sein noch Bürokrat — ich bin beides nicht — um unbedingt überzeugt zu sein, daß die Ernährungswirtschaft viel besser stehen könnte, wenn die Länder dem Erfordernisse der wirtschaftlichen Einheit mehr Rechnung tragen würden. Ich habe von meinem Amte aus alles getan, um das Einvernehmen mit den Ländern herzustellen. Ein solches Einvernehmen ist aber nur möglich, wenn beide Seiten es wollen,

und dieser Wille ist, wenigstens auf der einen Seite, nicht immer vorhanden.

Ich bitte, meine Herren, ich kann es mir nicht versagen, ein oder zwei krasse Beispiele vorzuführen, um zu beweisen, wie schwer es ist, die Ernährungswirtschaft zu führen, wenn die Sache nicht zentral geführt wird. Unsere Spiritusindustrie haben wir zum größten Teile an Böhmen verloren; wir besitzen nur ein paar Spiritusfabriken; es ist also selbstverständlich, daß wir aus einer oder zwei Fabriken für ganz Österreich disponieren müssen. Wenn ich nun aus einer Fabrik, die in einem Lande liegt, in ein anderes Land einen Waggon Spiritus disponiere, der dort zur Essigerzeugung unbedingt notwendig ist — also auch zur Erzeugung eines Lebensmittel —, und das betreffende Land läßt den Spiritus nicht heraus, so werden Sie mir zugeben, daß ich von Wien aus unmöglich die Ernährungswirtschaft durchführen kann. Wenn ein Land — der Fall ist ziemlich bekannt — Hafer aus der Schweiz gegen Reis eintauscht, also Hafer hinaus und Reis herein, und wir zu gleicher Zeit hier an die Entente die Forderung stellen und den Wunsch ausdrücken, wir wollen Futtermittel haben, so können Sie sich vorstellen, daß unser Wunsch von der Entente einfach in den Papierkorb geworfen wird, weil sie uns sagt: Ihr habt ja Hafer ausgeführt. Was aber der Sache die Krone aufsetzt, ist, daß ein anderes Land Holz exportieren will, um wiederum Hafer aus der Schweiz herinzubekommen. (Heiterkeit.) Solche Fälle könnte ich Ihnen, wie gesagt, Viele anführen, ich möchte dies aber nur vorbringen zum Beweis, wie unbedingt notwendig eine einheitliche Ernährungswirtschaft ist.

Das spielt auch in die Frage, welche in den letzten Tagen die Gemüter so bewegt hat, hinein, nämlich in die Frage der Einreisebewilligungen und in die Verfügungen, welche die Länder hinsichtlich des Reise- und Fremdenverkehrs getroffen haben. Ich sehe die Tristigkeit der Gründe, welche die Länder zu diesen Verfügungen veranlaßt haben, vollkommen ein. Es ist auch in den Ländern Not und es ist begreiflich, daß sie sich durch die Fremden nicht den letzten Bissen wegessen lassen wollen. Zum Teil waren die Verfügungen des Landes auch von dem Bestreben veranlaßt, sich den Schleichhandel, der zum großen Teile von Wien ausgegangen ist, vom Halbe zu schaffen. Andererseits darf man aber nicht vergessen, daß die Wiener Bevölkerung und überhaupt die Bevölkerung der großen Städte das unabweisliche Bedürfnis nach Erholung und Verbesserung ihrer Ernährungssituation hat. Es hätte sich also, meiner Ansicht nach, von vornherein ein Weg finden lassen, um die beiderseitigen scheinbar entgegengesetzten Interessen in Einklang zu bringen. Nun sind die Länder mit einer gewissen Selbst-

ständigkeit vorgegangen und haben das Kind mit dem Bade ausgeschüttet, indem sie einfach die Einreiseverfügungen dekretiert haben, so daß man überhaupt nicht mehr von einem Lande in das andere reisen konnte, wodurch ganz unmögliche Verhältnisse entstanden sind. Die Sache ist schon oft besprochen worden — ich will daher jetzt nicht weiter darauf eingehen — und es ist endlich gestern nach mühseligen Verhandlungen gelungen, zu einem Kompromiß zu kommen, zu einem Kompromiß, bei welchem die Länder einen Schritt vorwärts und wir zwei Schritte nach rückwärts gemacht haben. Die Einreisebewilligungen sind aufgehoben, das heißt die Länder haben erklärt, daß sie auf die Einreisebewilligungen verzichten wollen, so daß der freie Verkehr wenigstens in dieser Beziehung wieder offen ist. Ich hoffe, daß die Länder diese gestern abgegebene Zusage halten werden. Bei Tirol und Steiermark ist dieses Versprechen mit einer gewissen Einschränkung gegeben worden. Ich glaube aber, daß die Herren, welche gestern hier waren, diese Zusage bei ihren Herren in den Ländern durchsetzen werden. Dafür werden aber die Landesregierungen die Möglichkeit haben, einen längeren Aufenthalt an besondere Bedingungen zu knüpfen. Ich glaube, es ist ganz ein gesundes Kompromiß, einem längeren Aufenthalt an eine besondere Bewilligung zu knüpfen; das läßt sich rechtfertigen; vorausgesetzt, daß diese Bestimmung nicht schikanös gehandhabt wird, ist hierdurch die Möglichkeit eines Sommeraufenthaltes und eines Aufenthaltes auf dem Lande überhaupt gegeben, ohne daß die Schäden, welche dem kommerziellen und geschäftlichen Verkehr erwachsen, bestehen bleiben. Ich glaube, wenn die Länder, wie sie gestern das Einvernehmen gesucht und auch gefunden haben, in allen anderen Beziehungen der Ernährungswirtschaft das gleiche Entgegenkommen zum Ausdrucke bringen würden, wir zu einer besseren Versorgungsmöglichkeit auch im allgemeinen gelangen könnten. Es ist ja nicht möglich, daß der eine links fährt und der andere rechts; wir müssen uns einigen, und solange wir in einem Staate beisammen sind, müssen alle auf derselben Seite fahren. Und da muß ich sagen, die Verantwortlichkeit, die dem Staatsamt für Volksernährung auf allen Gebieten der Ernährungswirtschaft zukommt, ist nicht zu tragen, wenn nicht hier ein gemeinsamer Weg beschritten wird. In der einen Beziehung sind die Länder, glaube ich, ziemlich alle zentralistisch, nämlich dann, wenn es sich um die Verantwortlichkeit handelt. (*Heiterkeit und Sehr gut!*) Denn so oft Klagen oder Beschwerden vorkommen, wird die Verantwortlichkeit abgelehnt und dem Staatssekretär für Volksernährung übertragen. Ich muß aber sagen: Wenn ein Staatssekretär nur Sekretär des Staates *lucus a non lucendo* sein darf, sind die Geschäfte kaum mehr zu führen.

Meine Herren! Ich möchte mit der Versicherung schließen, daß von uns aus, in meinem Amte und bei allen Herren, mit denen ich zu arbeiten habe, der beste Wille vorhanden ist und daß, wo ein Wille ist, auch ein Weg ist. Ich glaube, daß es unbedingt möglich sein wird, bei Einsetzung aller Kräfte die Versorgung mit der Zeit zu bessern, aber eines muß ich auch die Vertreter der Länder — und die Abgeordneten, die hier in der Nationalversammlung sitzen, sind ja Vertreter der Länder — bitten, daß uns der Weg, den wir gehen wollen, nicht verrammelt wird. (*Lebhafter Beifall.*)

Präsident Hauser: Es ist noch ein Mitglied der hohen Regierung zum Worte gemeldet, der Herr Bizkanzler; ich erteile ihm das Wort.

Bizkanzler Fink: Die Nationalversammlung hat in der Sitzung vom 15. Mai die Regierung aufgefordert, mit vollverbindlicher Deutlichkeit zu erklären, bei welchen Betrieben sie eine Sozialisierung beabsichtigt. Mit Zustimmung des Kabinetts komme ich dieser Aufforderung durch die folgende Erklärung nach:

Nach den Absichten der Regierung sollen folgende Privatunternehmungen enteignet und in den Besitz und Betrieb gemeinwirtschaftlicher Anstalten überführt werden:

1. Diejenigen Kohlenbergbaue, welche nicht ausschließlich der örtlichen Versorgung oder der Versorgung einer einzelnen Unternehmung, deren Bestandteil sie bilden, dienen. Im Zusammenhange mit der Sozialisierung dieser Kohlenbergbaue soll auch der Kohlengroßhandel sozialisiert und zu diesem Zwecke eine besondere gemeinwirtschaftliche Anstalt gegründet werden.

2. Die Eisenerzgewinnung und die Roheisenerzeugung sowie die damit unmittelbar verbundene Weiterverarbeitung und die Gewinnung anderer nutzbarer Metalle.

3. Die Elektrizitätswirtschaft und die hierzu erforderliche Ausnutzung der Wasserkräfte, soweit sie nicht ausschließlich örtlichen Bedürfnissen dienen.

4. Die großen Forste nebst der Holzindustrie und der Großhandel mit Holz.

Es sollen also die beiden wichtigsten Kraftquellen, Kohle und Elektrizität, und die beiden wichtigsten Rohstoffe, Eisen und Holz, sozialisiert werden. Auf diese Weise wird die Gesellschaft die Verfügung über die wichtigsten Produktivkräfte erlangen.

Die Bergesellschaftung soll gemeinsam durch den Staat und die Länder erfolgen. An der Verwaltung der gemeinwirtschaftlichen Anstalten, die den Kohlenbergbau und die Großeisenindustrie übernehmen sollen, sollen neben der Staatsregierung auch die Landesverwaltungen teilnehmen. Die Elektrizitätswirtschaft und die Forstwirtschaft sollen Landesanstalten übertragen werden, die sich zur Verwaltung gemeinsamer Angelegenheiten zu Staatsverbänden vereinigen.

Die Gesetzesentwürfe über die Sozialisierung des Kohlenbergbaues und der Großeisenindustrie werden schon in der nächsten Woche der Sozialisierungskommission zugehen können. Der Gesetzesentwurf über die Bergesellschaftung der Elektrizitätswirtschaft, der in der Sozialisierungskommission und in dem Wasser- und Elektrizitätswirtschaftsamt bereits vorbereitet wurde, soll noch einer gemeinsamen Beratung mit den Vertretern der Landesregierungen unterzogen werden. Die Vorlagen über die Sozialisierung der Forstwirtschaft befinden sich noch in Vorbereitung.

Außerdem beabsichtigt die Staatsregierung, die militärischen Betriebe an besondere gemeinwirtschaftliche Anstalten zu übertragen und sie dadurch in den Dienst der Volkswirtschaft zu stellen. Auch darüber werden der Sozialisierungskommission schon in allernächster Zeit Vorschläge unterbreitet werden. Im Zusammenhange damit wird endlich auch die Sozialisierung einzelner Zweige der chemischen Industrie, die monopolistischen Charakter tragen, erwogen; doch sind die Studien darüber noch nicht zum Abschlusse gelangt.

Der Abbau des landwirtschaftlichen Großbesitzes soll durch ein besonderes Gesetz erfolgen, das im Staatsamt für Landwirtschaft vorbereitet wird. Einen ersten Schritt dazu stellt das Wiederbesiedlungsgesetz dar, das der Nationalversammlung bereits vorliegt.

Damit ist der Umfang der von der Staatsregierung in Aussicht genommenen Sozialisierungsaktion begrenzt. Was die Sozialisierung durch die Gemeinden betrifft, so werden ihre Grenzen durch den der Nationalversammlung bereits vorgelegten Gesetzesentwurf über die Bergesellschaftung durch die Gemeinden umschrieben.

Ich bitte, diese Erklärung zur Kenntnis zu nehmen. *(Lebhafter Beifall.)*

Präsident **Hausler**: Wir gelangen nunmehr zur Tagesordnung, das ist der Bericht des Ausschusses für Handel und Gewerbe, Industrie und Bauten über den Antrag der Abgeordneten Partik, Heinal, Kollmann und Genossen *(48 der Beilagen)*, betreffend den schleunigen Abbau der Zentralen *(222 der Beilagen)*.

Berichterstatter ist der Herr Kollege Kollmann. Ich bitte ihn, die Debatte einzuleiten.

Berichterstatter **Kollmann**: Geehrte Nationalversammlung! Ich habe die Ehre, über den Bericht des Ausschusses für Handel und Gewerbe, Industrie und Bauten über den Antrag der Abgeordneten Partik, Heinal, Kollmann und Genossen, betreffend den schleunigen Abbau der Zentralen, zu berichten. Dieser Antrag wurde im Ausschusse behandelt und das Resultat dieser Verhandlungen werde ich mir dann zur Annahme zu empfehlen gestatten. Der Bericht hat in den Ausführungen des hochgeschätzten Herrn Staatssekretärs für Volksernährung eine glänzende Vorrede gefunden. Die Ausführungen des Herrn Staatssekretärs haben sich in drei Etappen bewegt, als deren letzte die Unmöglichkeit, den freien Handel, den freien Verkehr einzuführen, gelten sollte. Es hat den Anschein, als ob es überhaupt nicht mehr möglich wäre, den freien Handel wieder einzuführen. So düster wurden die Folgen einer solchen Maßnahme geschildert.

Es war ja nicht die Absicht dieses Antrages, sofort, wie der Herr Staatssekretär gesagt hat, eine überstürzte Rückkehr zum freien Handel herbeizuführen. Der Antrag bezweckt nur die Wahl eines 21gliederigen Komitees, das die Aufgabe haben soll, in jedem einzelnen Falle zu prüfen und genau zu erwägen, ob die Aufhebung einer Zentrale oder einer kriegswirtschaftlichen Verwaltung zu erfolgen hat. Es soll genau geprüft werden. Es weiß jedermann, daß eine überstürzte Maßnahme auf diesem Gebiete zu den größten Katastrophen führen würde, und wir wollen keine Katastrophe, sondern eine ruhige, planmäßige Entwicklung.

Der mittlere Teil der Ausführungen des hochgeehrten Herrn Staatssekretärs hat der Frage der Einfuhr von Waren aus dem Auslande gegolten. Es würde keinem Menschen, der nur halbwegs Grütze im Kopf hat, einfallen, zu begehren, daß nun, nachdem wir den Krieg in einigen Tagen vielleicht doch einem Ende zugeführt haben werden, eine schrankenlose Einfuhr von Waren erfolgen soll, für welche nicht der geringste Bedarf vorhanden ist, und die nur Luxuszwecken dienen. Im Gegenteil: jeder, der der Volkswirtschaft näher steht, vertritt den Standpunkt, daß bei der Einfuhr auf die gegebenen Verhältnisse Rücksicht zu nehmen ist. Wir brauchen vom Auslande bestimmte Waren, das sind die Rohstoffe, die dazu führen sollen, unsere Industrie in Bewegung zu setzen, unsere Arbeitslosen zu beschäftigen und durch den Absatz der Erzeugnisse dieser Industrie dem Auslande die Möglichkeit zu bieten, uns weiter Kredite zu gewähren. Also von einer schrankenlosen Einfuhr ist ja gar keine Rede.

Wenn ich aber zum ersten Teil der Rede zurückkehre, so müssen Sie mir schon gestatten, zu sagen, daß der Bericht, den wir aus derselben entnommen haben, der denkbar traurigste ist, soweit er sich auf die Ernährung des Volkes durch die eigene Produktion bezieht. Und nun komme ich zu dem springenden Punkt. War die Ernährung auf dem Gebiet, das davon betroffen ist, immer so schlecht? Da lautet die Antwort: Nein! Einen großen Teil der Ursachen dieses Rückganges in der Erzeugung müssen wir auf die Zwangswirtschaft des Staates setzen. *(Sehr richtig! — Widerspruch.)* Die zwangsweise Bewirtschaftung hat ein System eingeschlagen, daß jedermann die Freude an der Erzeugung und an der Produktion gründlich verleidet hat. *(Beifall.)* Die Art und Weise, in welcher beim Übergang in die Zwangswirtschaft mit den Produzenten umgesprungen worden ist, war die denkbar schlechteste. Man hat die Menschen, die die besten Menschen und die besten Freunde des Landes waren, fast zu Feinden der ganzen Gesellschaft gemacht, man hat sie in einer Art und Weise behandelt, die keineswegs gerechtfertigt werden kann. Wenn man sagen könnte, es war nicht der Wille vorhanden, den Forderungen entgegenzukommen, dann wäre vielleicht ein derartiger Vorgang gerechtfertigt, aber bei der Gutmütigkeit des Produzenten war diese Art und Weise der Behandlung des Produzenten ganz und gar nicht am Platze. *(Zustimmung. — Abgeordneter Schiegl: Und der Schleichhandel ist von diesen Leuten gefördert worden!)* Wir kommen auch noch zum Schleichhandel.

Die zweite Maßregel, die wir auch verurteilen können und wollen, ist die Preispolitik. Meine Herren! Es geht nicht an, daß man, um dem anderen das Leben möglichst billig zu machen, dem Dritten in die Tasche greift und das Geld hinausnimmt. *(Zustimmung. — Abgeordneter Schiegl: Die Bauern sind doch reich geworden! — Zwischenrufe.)* Ich komme auch darauf zu sprechen.

Präsident Hausner: Ich bitte, doch den Herrn Berichterstatter in Ruhe anzuhören.

Berichterstatter Kollmann: Es hat eine dreifache Zwangswirtschaft bestanden, die Zwangswirtschaft der Industrie, die Zwangswirtschaft des Arbeiters und die Zwangswirtschaft des Landwirtes. Die Zwangswirtschaft der Industrie wurde in der Weise gestaltet, daß dort alle Ansätze der Preise rückhaltlos bewilligt wurden. *(Sehr richtig!)* Die Zwangswirtschaft der Arbeiterschaft wurde auch in der Weise bereinigt, daß dort sowohl in Bezug auf die Ernährung als auch in Bezug auf die Bezahlung den Anforderungen der Arbeiterschaft jederzeit Gerechtigkeit widerfahren ist *(Widerspruch.)* Und der dritte Fall, wo es sich um

den Produzenten des Brotes und des Fleisches gehandelt hat, ist die gegenteilige Richtung eingeschlagen worden. Das hat dazu geführt, daß unsere Produktion zum Teile einen Rückgang erlitten hat.

Eine weitere Ursache dieses Rückganges ist auch in den unverständlichen und keineswegs Fachkenntnis zeigenden Ernährungsvorschriften für das Vieh gelegen gewesen. Ich kann von einem Huhn, dem ich nichts zu fressen geben darf, nicht Eier verlangen und von einer Kuh, der ich nichts zu fressen geben darf, nicht Milch verlangen. . . . *(Abgeordneter Schiegl: Und von einem Arbeiter, der nichts zu essen hat, nicht Arbeit!)* Man hat bei diesen Ernährungsvorschriften für die Haustiere einen Weg eingeschlagen, wodurch die Produktion in katastrophaler Weise verringert wurde. Man hat für die Rinder Ernährungsvorschriften erlassen, welche die Milchproduktion von 8, 10 und 12 Liter im Tage auf 3 und 2 Liter pro Tag herabgemindert haben. Man hat etwas den Menschen durch die volle Ausmahlung als Nahrung gegeben und hat ihnen dabei die Milch, die sie am notwendigsten brauchen, weggenommen, nicht nur den Erwachsenen, sondern auch den Kindern.

Alle diese Momente zeigen, daß die Art, wie die Zwangswirtschaft bei uns geführt wurde, keineswegs richtig war. Wenn wir uns nun die Ursachen der Zwangswirtschaft etwas näher betrachten, so müssen wir ja zugeben, daß der Übergang zu einer geänderten Wirtschaftsform in Folge des Krieges eine innere Berechtigung hatte. Daß die freie Wirtschaft, wie sie bestand, über den Krieg nicht durchgehalten hätte, gebe ich ohne weiteres zu. Daß auf dem Gebiete der Volksernährung, auf dem Gebiete der Versorgung der Bevölkerung mit Brot und Mehl der freie Handel zur Katastrophe geführt hätte, das gebe ich vollständig zu, das bestreitet ja auch kein einziger Landwirt. Die Art und Weise aber, wie die Zwangswirtschaft bei uns eingeführt wurde und wie sie heute noch besteht, hat keine Berechtigung.

Die Ursachen der Zwangswirtschaft bestehen in folgendem, meine sehr Verehrten. Nach Ausbruch des Krieges war es natürlich die größte Sorge der Militärverwaltung, daß die Armee im Felde die Versorgung garantiert erhält, ein begreiflicher Standpunkt, denn der Soldat, der nichts zu essen hat, kann nicht kämpfen. Die zweite Ursache der Zwangswirtschaft war das Bestreben, die Verteilung der im Hinterlande befindlichen Nahrungsmittel in einer solchen Art durchzuführen, daß nicht Zeitperioden eintreten, wo nichts mehr vorhanden ist. Die dritte Ursache endlich war die Absicht, dahin zu wirken, daß die Preisbildung sich nicht in einer Weise vollziehe, die es den Arbeitern und den Minderbemittelten aller anderen Stände unmöglich macht, weiter zu existieren. Das sind die Grundlagen. Inwiefern die Zwangswirtschaft, die

Verförgung der Armee im Felde erreicht hat, bin ich nicht imstande, zu konstataren; ich war nicht draußen, ich habe nur gehört, daß es oft ziemlich schlecht gegangen sein soll. Dieser Grund für die Zwangswirtschaft ist nun nicht mehr vorhanden. Wir haben keine Armee im Felde mit Lebensmitteln zu versorgen, wir haben auch keine Armee im Felde mit allen anderen für die Kriegsführung notwendigen Bedarfsartikeln zu versorgen. Ein zweiter Grund, der wegfällt, ist die Blockade. Die Blockade hat aufgehört, die Möglichkeit der Einfuhr ist gegeben.

Wenn ich mir nun die Frage vorlege, ob es gelungen ist, die Versorgung so durchzuführen, wie es erwünscht wäre, so kann ich diese Frage wohl ruhig verneinen. Es ist nicht gelungen. (*Abgeordneter Forstner: Ist das die Meinung des Ausschusses, was Sie vorbringen? — Zwischenrufe.*)

Präsident Hausler: Herr Kollege Forstner, der Herr Berichterstatter hat das Wort.

Berichterstatter **Kollmann:** Ich leite die Debatte ein und die Herren haben dann die Möglichkeit, darüber zu sprechen. (*Zwischenrufe.*)

Was den dritten Grund bezüglich der Preisbildung betrifft, so können wir auch ruhig sagen, daß dieser Zweck nicht erreicht wurde. Es war auf diesem Wege nicht möglich, die Preise zu halten, die wünschenswert gewesen wären. Mit den rationierten Artikeln hat man nicht das Auslangen gefunden und die im freien Handel erreichbaren Artikel haben ungeahnte Preise erreicht. Vielfach wird die Meinung vertreten, als würde es sich nur um die Artikel des täglichen Ernährungsbedarfes handeln. Nein, meine Hochverehrten, der Handel greift gar nicht auf diese Artikel. Der Handel verlangt die Freigabe jener Waren, welche notwendig sind, um die inländische Produktion zu beleben, um Handel und Verkehr in die Wege zu leiten und langsam wieder zu geregelten Verhältnissen zurückzuführen. Als die Bildung der Zentralen im Gange war, hat man anfangs nur die notwendigsten Zentralen errichtet, also diejenigen, von denen man der Meinung war, daß sie unentbehrlich sind. Später aber ist die Bildung der Zentralen und Kriegsverbände wie eine epidemische Krankheit aufgetreten. (*Zustimmung.*) Man hat einfach alles, was noch da war, unter staatliche Bewirtschaftung gestellt. . . . (*Abgeordneter Schiegl: Der Fehler war, daß eben nichts mehr da war, als die Zentralen geschaffen wurden!*) und die ganze Privatinitiative ausgeschaltet und auf den Boden gelegt. Merkwürdig war nur das Eine, daß, solange der freie Handel bestand, man imstande war, sich mit Artikeln der betreffenden Art zu versorgen; in dem Augenblicke aber, in welchem die Zwangswirtschaft eingeleitet wurde, ist

der Artikel vom Markte spurlos verschwunden. (*Zustimmung.*) Eine weitere Konsequenz dieser Maßnahme ist auch darin zu suchen, daß man durch diese Maßregeln den anständigen, soliden und für den Konsumenten richtigen Kaufmann ausgeschaltet und dem unanständigen die Wege geebnet hat. (*Zwischenrufe.*) Wir müssen unterscheiden: Wer hat sich mit dem Schleichhandel befaßt? Der solide, der legitime Kaufmann nicht; Sie sehen ja, daß der legitime Kaufmann sein Geschäft, der Fabrikant seine Fabrik sperren mußte, und nur Elemente, welche mit der Sache nie etwas zu tun hatten, konnten Geschäfte machen. Das ist der Krebsbichaden der Sache.

Ich glaube, daß wir schon die Möglichkeit haben, auf diesem Gebiete etwas rückbildend zu arbeiten. Es ist nicht notwendig, daß von den Zentralen, welche heute noch in Geltung sind, alle belassen bleiben. Man kann einen großen Teil derselben ruhig aufheben und ruhig beseitigen, und ich verweise darauf, daß es vielleicht sehr notwendig ist, das möglichst rasch zu tun. Denn die Zentralen wurden für das ganze Österreich, für die im Reichsrate vertretenen Königreiche und Länder, errichtet. Zwei Drittel der Länder sind abgesplittert, sind nicht mehr da, die Zentralen bestehen aber auch noch für alle drei Drittel. Das muß so bald wie möglich beseitigt werden und verschwinden. Aus hier im hohen Hause ist es ja nicht möglich, heute zu beschließen: lösen wir diese oder diese Zentrale auf. Ein solcher Beschluß soll erfolgen nach gründlicher Durchberatung jeder einzelnen Sache und im vollen Einvernehmen mit der Regierung und mit den Interessenten, welche dabei auch ein Wort mitreden sollen, damit bei Abwicklung der Sache nicht eine Katastrophe eintritt und daß wir wieder zu geordneten Verhältnissen zurückkehren. Ich behaupte ruhig, daß, wenn in vielen Artikeln, die heute zentral bewirtschaftet sind, Freiheit eintritt, mit dieser Freiheit auch die Belebung des Gewerbes und der Industrie eintritt, die Arbeitslosigkeit zum größten Teil behoben und die Exportfähigkeit des Reiches wieder aufleben wird.

Ich gestatte mir daher, die Bitte zu stellen, folgende Anträge anzunehmen (*liest*):

„Die Nationalversammlung wolle beschließen:

I. Die Regierung wird aufgefordert, den Abbau der kriegswirtschaftlichen Zentralen, soweit ihr Bestand sich nicht als notwendig erweist, in die Wege zu leiten.

II. Es ist ein 21gliedriges Komitee zu wählen unter möglichster Berücksichtigung des Umstandes, daß in ihm besonders die großen Gruppen von Gewerbe und Handel,

Industrie, Landwirtschaft und der Verbraucher vertreten sind, welchem die Aufgabe zufällt, die beschleunigte wirtschaftliche Demobilisierung zu überwachen und der Regierung im Gegenstande beratend zur Seite zu stehen.

III. Dieses Komitee wird berechtigt, aus den Kreisen der Interessenten den Beratungen Experten beizuziehen."

IV. Die Resolutionsanträge:

des Abgeordneten Dr. Simpl:

"Die staatliche Bewirtschaftung von Heu und Stroh ist aufzuheben" und

des Abgeordneten Buchinger:

"Die Regierung hat die Knochenzentrale ehestens aufzulösen"

werden dem 21gliedrigen Komitee zugewiesen."

Ich bitte um Annahme dieser Anträge. *(Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)*

Präsident Hausler: Die Debatte ist eröffnet. Zum Worte gemeldet sind die Abgeordneten Friedmann, Stocker, Buchinger, Partik, Dr. Schmid, Thanner, Dr. Simpl und Pick.

Ich erteile das Wort dem Herrn Abgeordneten Friedmann.

(Präsident Seitz übernimmt wieder den Vorsitz.)

Abgeordneter Friedmann: Meine geehrten Damen und Herren! Der Antrag des Ausschusses ist ein Kompromißantrag und wurde meines Erinnerns als solcher im Ausschuss für Gewerbe, Handel und Industrie einstimmig angenommen. Ich möchte nur hoffen, daß der Umstand nicht die Besorgnis rechtfertigt, daß die Sache auf die lange Bank geschoben wird, denn ich bin der Meinung, daß das sachgemäß und von jeder Parteipolitik befreit, behandelt wird. Dieses unendlich wichtige Thema ist dringend und von größter Bedeutung für die Entwicklung unserer Volkswirtschaft, der Volkswirtschaft dieses so arg darniederliegenden Staates.

Ich weiß schon, daß es nicht eine dankbare Aufgabe ist, für die möglichst baldige Befreiung von dieser Zwangswirtschaft einzutreten, denn man setzt sich den üblichen Vorwürfen aus, für Sonderinteressen einzutreten. Ich muß sagen, für die Sonderinteressen von Gewerbe, von Handel, von Industrie, von Landwirtschaft, überhaupt für die Produktion und Warenverwertung einzutreten, das ist ein Vorwurf, den ich gerne auf mich nehme. Übrigens ist meiner innersten Überzeugung nach eine wesentliche Lockerung der bisherigen Wirtschaft, die wir aus der Kriegs-

zeit übernommen haben, vielleicht noch viel mehr im Interesse der nicht selbständig produzierenden Konsumenten gelegen als im Interesse der produzierenden und Waren verwertenden Kreise. Wenn Sie sich zurückerinnern an die Zeit, da wir in den Krieg eingetreten sind ohne irgendwelche wirtschaftliche Vorbereitungen, ohne einen wirtschaftlichen Generalstab und daß wir, tastend und versuchend vorwärtsgewandert sind, dann müssen Sie mir zugeben, wenn ich sage, daß die Beurteilung der staatlichen Bewirtschaftung während der Kriegszeit eine ganz andere sein muß als für die Zeit seit dem Umsturze, seit dem wir eigentlich den Krieg nicht mehr führen. Wir sind damals in eine immer engere Wirtschaft eingetreten, wir wußten, daß die Blockade immer wirksamer wird, daß immer weniger aus den neutralen Staaten zu uns zugeführt wird, und schließlich, was der Herr Berichterstatter sehr richtig hervorgehoben hat, war doch der hauptsächlichste Zweck der staatlichen Bewirtschaftung, die wichtigsten Bedarfsgegenstände für die Armee anzubringen, der, was die Preispolitik anbelangt, völlig Schiffbruch gelitten hat. Es haben vielleicht die Höchstpreise die eine moralische Wirkung haben sollen, der Bevölkerung das sogenannte Durchhalten zu erleichtern, aber mit der zunehmenden Dauer der Zwangswirtschaft blieben doch die Höchstpreise immer mehr auf dem Papier. Und da wurde schon vor drei Jahren und nachher ein sorgsam ausgetüftelter Plan für die Übergangswirtschaft vorbereitet, aufgebaut auf dem Grundgedanken, daß dieser Krieg ein halbwegs normalmäßiges Ende nehmen wird. Ich will nicht zugeben, daß diese Voraussetzungen, von denen man bei dem damaligen Elaborat ausgegangen ist, richtig waren, aber es hatte immerhin einen Sinn, eine gewisse Reserverbestellung vorzubereiten, um sie für den Fall zu beziehen, als nach Kriegsschlus wirklich die Voraussetzungen eintreten, die von den Verfechtern dieser Übergangswirtschaft angenommen wurden. Mit all dem ist es jedoch seit dem Umsturz gründlich vorbei. Wir sind in völlig andere Verhältnisse eingetreten und wenn schon während des Krieges im alten Österreich, das viermal größer war als Deutschösterreich, das doch, was die Versorgung anbelangt, ein ziemlich einheitliches Gebiet gewesen ist, wenn schon damals die zentrale Bewirtschaftung, so gut sie auch theoretisch ausgedacht war, eigentlich unmöglich war infolge des völligen Mangels des hierzu geeigneten Unterbaues, des Verwaltungsapparates, so müssen wir sagen, daß sich dieser Verwaltungsapparat seitdem doch nicht gebessert hat, sondern im Gegenteil, wesentlich verschlechtert hat, und die Schlussworte des Herrn Staatssekretärs für Volksernährung haben uns ja deutlich das Bild entworfen, das wir ja kennen, das traurige Bild der Zerfahrenheit in den Ländern, so zwar, daß

hier zentral bewirtschaftet werden soll, während die Zentralgewalt tatsächlich kaum über die Grenzen Wiens hinausgeht und die Flucht der Länder, die unendlich bedauerlich ist und die in erster Linie von jedem, der in Wien lebt und Wien auch zu vertreten hat, aufs tiefste bedauert werden muß, findet aber doch — das muß loyal zugegeben werden — ihre Erklärung in dem Widerstand, von Wien aus sich in allen Einzelheiten des wirtschaftlichen Lebens beherrschen zu lassen. Die Zwangswirtschaft und die Preispolitik haben ihren ganz wesentlichen Anteil an der Absperrung der Länder und Bezirke, so daß wir in diesem kleinen Deutschösterreich mit seinen 6 Millionen Einwohnern eigentlich so viel Wirtschaftsgebiete als Länder, ja noch mehr, so viel Wirtschaftsgebiete als Bezirkshauptmannschaften haben. (*Zustimmung.*) Daß Wien in erster Linie zum Handfuß kommt, Wien, in dem ja nichts produziert wird, was für den Lebensunterhalt notwendig ist, Wien, das für die Alimentierung seiner Betriebsstätten eine Menge von Hilfsmaterialien und Rohstoffen braucht, ist ja selbstverständlich und deshalb ist die Frage der zentralen Bewirtschaftung der Lebensmittel sowohl wie der gewerblichen Produkte und die Frage des Importes und Exportes eine Frage, die Wien vielleicht noch vielmehr zu interessieren hat als die Provinz und das flache Land, und ich siehe nicht an, zu sagen, daß wir in Wien als Konsumenten das lebhafteste Interesse daran haben, daß die Landwirtschaft gern und freudig produziert (*lebhaftige Zustimmung*) und daß sie nicht durch Zwang, sondern möglichst freiwillig das abgibt, was sie abgeben kann und was, wenn auch nur zur teilweisen Deckung des Bedarfes des städtischen Konsumenten notwendig ist.

Die Ausführungen des Herrn Staatssekretärs für Volksernährung haben mir in ihrem ersten Teile, in dem er über die innere Bewirtschaftung gesprochen hat, eigentlich den Eindruck eines vielleicht nicht beabsichtigten Klädoyers gegen die Zwangswirtschaft im Innern gemacht. Einen kläglicheren Erfolg hinsichtlich der Aufbringung, hinsichtlich der Preispolitik kann man sich wohl nicht denken, als ihn die staatliche Bewirtschaftung schließlich und endlich gebracht hat, denn die Quantitäten, die hier mit Ach und Krach aufgebracht worden sind, stehen höchstwahrscheinlich zurück hinter den Mengen, die wir bei Einführung eines vernünftigen Systems von der Landwirtschaft freiwillig erhalten hätten, ohne den ganzen Apparat in Bewegung setzen zu müssen (*lebhaftige Zustimmung*), einen Apparat, der gerade in einer Zeit, in der wir es am wenigsten brauchen, den Gegensatz zwischen Land und Stadt immer mehr verschärft, in einer Zeit, in der wir in diesem, Gott sei Dank, endlich national einheitlich gewordenen Staate die möglichste Einigung brauchen. (*Abgeordneter Schiegl: Sagen Sie das System, wie*

es sein soll!) Wenn Sie die Güte haben wollen, mich anzuhören, werde ich darauf kommen. Ich bemühe mich, ganz logisch zu sprechen, wenn ich vielleicht auch Ihren logischen Gedankengängen als Hörer nicht vollständig entsprechen kann.

Es hat uns der Herr Staatssekretär für eine der nächsten Tagungen einen Gesetzentwurf in Aussicht gestellt. Ich vermute, daß dieser Gesetzentwurf über die Bewirtschaftung der Brotfrüchte bestimmte Normen enthalten wird; ich weiß es nicht, aber ich nehme an, daß hier die Frage des bekannten Sedlmayrschen Prinzips eine Rolle spielen wird und hiermit beantworte ich gleich den Zwischenruf des verehrten Herrn Kollegen. (*Abgeordneter Schiegl: Aber Sie meinen das nur!*) Ich kann über diesen Gesetzentwurf nicht mehr als meinen. Ich spreche aber jetzt über das Sedlmayrsche Prinzip. Lassen Sie mich doch einen Moment den Gedanken zu Ende führen. (*Abgeordneter Schiegl: Ob das vernünftig ist, ist eine andere Frage!*) Darüber möchte ich eben sprechen. (*Heiterkeit.*) Vor ungefähr 1½ Jahren, glaube ich — die Herren von der Landwirtschaft werden so gütig sein, mich eventuell zu korrigieren —, beiläufig um diese Zeit, wurde über das Sedlmayrsche Prinzip viel gesprochen. (*Abgeordneter Schiegl: Das kennen wir ja!*) Gestatten Sie, uns Abgeordneten aus dem alten Abgeordnetenhaus war es bekannt, es war unsere Pflicht es zu lesen, ich glaube, wir waren zusammen auch im Ernährungsausschusse. Damals haben zwei Agrarier aus dem Sudetenland auf Grund dieses Projektes eine außerordentlich bemerkenswerte Broschüre geschrieben. Das System wurde nicht eingeführt. (*Zwischenruf.*) Ich bin Laie in den Fragen der Landwirtschaft, ich bin als Konsument ja ein ganz besonderer Laie; ich gehöre nämlich nicht zu jenen Konsumenten, die da glauben, daß, weil sie Konsumenten sind, sie während der Kriegszeit Fachleute in Ernährungsfragen geworden sind. (*Lebhafter Beifall.*) Aber nachdem ich durch diese fünf Jahre mit ziemlichem Eifer die Ernährungsfragen verfolgt habe, möchte ich doch auf Grund des einfachen Menschenverstandes sprechen, den ich wohl habe. Und da leuchtet es mir vollkommen ein, daß das gewiß ein richtiger Weg sein müsse, dem Landwirt zu sagen: Ich lege dir ein leicht erfüllbares, leicht extragbares Kontingent auf, von dem ich sicher bin, daß du es ohne irgendwelche Erschwernisse und ohne Bedenken dem Staate geben kannst, natürlich gegen entsprechende Bezahlung, während alles übrige dir zur freien Verfügung bleibt, sei es zur Verfütterung an dein Vieh, sei es zum Tausche mit dem Nachbar, sei es zum Verkauf, was man eben freie Verfügung nennt.

Das wurde damals nicht eingeführt, ich bin nicht genau orientiert, aus welchem Grunde. Aber es scheint, daß man sich nunmehr mit dem System

befreunden will. Für die kommende Ernte ist es ja viel zu spät, insofern dieses System natürlich auch den Zweck verfolgen soll, die Produktionsfreudigkeit bei der Landwirtschaft anzuregen, aber der Herr Staatssekretär für Volksernährung hat vollkommen recht, unsere Sorge darf sich nicht nur auf die nächste Ernte erstrecken, sondern auf eine Reihe anderer Ernten. Und je früher wir anfangen, die Produktion hier zu heben, um so früher werden wir nicht mehr in der furchtbaren slavischen Abhängigkeit in der Ernährung vom Auslande sein, in der wir uns jetzt befinden. Es ist also für die Einführung dieses Systems, wenn es sich als gut erweisen sollte, gewiß nie zu spät.

Aber ich würde Verwahrung dagegen einlegen, daß dieses System, wie ich so durchklingen gehört habe, nicht heute, sondern aus Gerüchten, die mir schon früher zu Ohren gekommen sind, verwässert werden soll. Man will nämlich wieder mit einer Hand geben und mit der anderen Hand nehmen. Man will den Landwirten sagen: Was dir zur freien Verfügung bleibt, darfst du um Gottes Willen ja nur in deiner Wirtschaft verwenden und sonst für nichts anderes. Ich prophezeie Ihnen, wenn Sie das tun, dann werden Sie das, woran wir Städter in erster Linie ein Interesse haben, nicht erreichen. Sie werden den Schleichhandel nicht abgestumpft haben, er wird dann ebenso weiter blühen wie bisher.

Daß der Staat dort, wo er aus seinen Mitteln Lebensmittel aufbringt, selbst die Verfügung haben und die Verteilung vornehmen muß, ist außer Zweifel. Es ist gewiß niemand eingefallen zu sagen, daß auf der ganzen Linie, sowohl in Fragen der Ernährung wie der gewerblichen Produktion, die zentrale Bewirtschaftung über Nacht aufzuheben sei. Wogegen man sich aber verwahrt, das ist die Absicht nicht abzubauen, sondern womöglich beizubehalten und zu verschärfen. Mit Namensänderungen ist nichts getan. Damit, daß man irgendeine Zentrale, weil das alte Österreich nicht mehr besteht, nun anders nennt, den zentralen Betrieb aber weiter aufrecht erhält, der in diesem Staat noch viel weniger am Platz ist als er im alten war, damit ist nichts getan. Das ist im Gegenteil nur eine, vielleicht unbewußte Irreführung der Bevölkerung. Wenn Sie die Futtermittelzentrale aufheben und dafür eine Futtermittelgesellschaft machen, so ist das eine Irreführung, dann sagen Sie doch offen: Nein, die Futtermittel müssen weiter mit derselben Strenge wie bisher bewirtschaftet werden.

Es wird ja dann die Frage vor dem kompetenten Forum, bevor sie hier zur Entscheidung kommt, in dem zu wählenden Ausschuß durchgesprochen werden. Die ganze Futtermittelzentrale. . . (Zwischenruf des Staatssekretärs für Volksernährung Dr. Loewenfeld-Ruß.) Die Raufutterzentrale

wird endlich aufgehoben, nachdem seit Monaten die Fachleute, auf deren Wort ich etwas gebe — ich bitte, Herr Staatssekretär, ich bin absolut nicht kompetent in Raufutterfragen und ich bin überzeugt, daß Sie es sind; ich bitte also um Vergebung, wenn ich mich nur auf das Wortum der Leute berufe, die Raufutter erzeugen oder verwerten — die sind mir am maßgebendsten, und auch auf das Urteil der Leute, die in der Raufutterzentrale selbst sitzen. Das ist der schlagendste Beweis. Denn selten kommt es vor, daß Leute, die in einer Zentrale sind, für die Aufhebung derselben eintreten. Das liegt ja in der Natur des Menschen und es ist menschlich ja begreiflich, wenn Leute an ihren Stellungen hängen. Aber auch von dieser Seite habe ich gehört, daß diese Zentrale längst keinen Sinn mehr hat, denn wir hätten einen Überfluß an Raufuttermitteln zu erwarten. Was will man also da zentral bewirtschaften? Seit Wochen hört man, die Raufuttermittelzentrale wird aufgehoben, heute hören wir es wieder, warum hat das aber so lange gedauert? (Zustimmung.) Ich werde sofort das Gebiet der Lebensmittel verlassen, denn ich fühle mich als Konsument viel zu schwach; um über die Frage autoritativ zu sprechen. Ich bin überzeugt, daß dies die Herren von der Landwirtschaft besser tun werden.

Meine Herren! Wir haben hier einen Antrag auf Aufhebung der Knochenzentrale. Die Knochen werden, wie man allgemein hört, nicht hinreichend verarbeitet. (Zustimmung.) Die Landwirtschaft klagt, daß es ihr an Dünger mangelt. Das scheint mir doch in einer Zeit merkwürdig, in der alle Bestrebungen darauf gerichtet sein müssen, die Produktion zu heben und vielleicht in erster Linie die landwirtschaftliche Produktion, denn daran liegt uns Städtern auch. (Zustimmung.)

Einige Worte, bevor ich das Gebiet der Lebensmittel verlasse, über das, was in seinen sehr interessanten Ausführungen der Herr Staatssekretär für Volksernährung über den Lebensmittelimport gesagt hat. Er hat uns erklärt, daß diese Importfrage vom Staatsamt für Volksernährung geregelt wird, und es ist schön von diesem Staatsamt, daß es die Stelle, die mit dem Import betraut ist — mit Ausnahme der Zufuhren seitens der Entente — die „Doles“ — der Name ändert sich immer, früher war es die „Miles“ — vollkommen aus dem Spiel gelassen hat. Ich werde heute keine Debatte über dieses Institut entrollen. Ich behalte mir vor, bei einer anderen Gelegenheit vielleicht darüber zu sprechen, wie wir ja auch schon in der gemischten Kommission des alten Reichsrates zur Untersuchung der Zentralen uns auch mit dieser Zentrale eingehend zu befassen die Absicht hatten, ohne daß es leider möglich gewesen wäre, dies so eingehend zu tun, wie es wünschenswert gewesen wäre.

Selbstverständlich kann bei den ungeheuren Werten und Mengen, um die es sich bei der Einfuhr von Getreide aus den Ententestaaten, vornehmlich aus Nordamerika, handelt, die private Hilfe kaum wesentlich in Betracht kommen und es wundert mich nicht, wenn der Herr Staatssekretär auf die Aufforderung, der private Handel, der Getreidehandel, möge ihm die 30.000 Tonnen, das sind 300.000 Meterzentner Getreide, also sagen wir Getreide im Betrage von 150 Millionen Kronen beschaffen, zur Antwort erhielt, daß er nicht imstande sei, das zu tun. Daraus könnte man aber nicht den Schluß ziehen, daß der private Handel so ganz nebensächlich wäre.

Er soll kontrolliert werden, gewiß. Es ist nicht gleichgültig, was jemand einführt. Es ist auch nicht gleichgültig, ob er dazu Valuta bekommt oder seinen eigenen Kredit zur Verfügung stellt usw. Aber es muß doch diese Kontrolle in einer Weise geschehen, die es diesem Handel nicht ebenso verkehrt, sein Geschäft zu betreiben, wie es der Landwirtschaft verkehrt wird zu produzieren. *(Sehr richtig!)* Ich habe ja im Laufe der Jahre wiederholt und häufig während der letzten Wochen auch von Importeuren bindende Offerte zu Gesicht bekommen mit Preisen, die wirklich angesichts der jetzigen Preislage als sehr mäßig betrachtet werden können.

Schweinefleisch zum Beispiel würde hier auf 21 K pro Kilogramm kommen, ein gewiß außerordentlich mäßiger Preis, denn wir rechnen nicht mit den Höchstpreisen, die rein theoretisch sind und nur auf dem Papiere stehen, sondern mit den Schleichhandels-, mit den Schmugglerpreisen, die ja eine staatliche Einrichtung geworden sind. *(Sehr richtig!)* Es wird nun diesem Importeur natürlich nicht einfallen, das Risiko einzugehen, wenn er hier nicht jene Möglichkeit des Verdienstes hat. *(Zwischenruf.)* Ja, altruistisch ist heute niemand *(Zwischenrufe)*, auch nicht in der Arbeiterschaft. *(Ruf: Recht viel verdienen wollen sie!)* Entschuldigen Sie, ich bin kein Lebensmittelhändler, lassen Sie mich den Gedanken zu Ende führen! *(Erneute Zwischenrufe.)* Als bei dem Passus über das Fleisch der Zwischenruf fiel: Also weg mit den Zentralen!, hat einer der Herren ganz richtig hinzugefügt: Herbei mit dem Fleisch! Es ist beides vielleicht richtig. Je mehr importiert wird, um so mehr werden die Schleichhandelspreise, auf die wir leider jetzt angewiesen sind, gedrückt. *(Abgeordneter Pick: Oder legitimiert!)* Verzeihen Sie, daß ist eine *contradictio in adjecto!* Wenn der Preis legitim ist, ist er nicht mehr Schleichhandelspreis. *(Rufe: Aha!)* Es kommt darauf an, daß die Preise billiger werden, ob Sie sie Schleichhandels- oder legitime Handelspreise nennen, ist gleichgültig. Wir kommt es darauf an, daß die Konsumenten möglichst

billige Preise bekommen *(sehr richtig!)* und wenn dieser Zweck erreicht wird und hierbei der Importeur auch verdient, so lassen Sie ihm ruhig den Verdienst, die Hauptsache ist, daß die Ware billiger wird und billiger wird sie nur dann, wenn entsprechend mehr Ware hereinkommt. Ich kann mir vorstellen, daß es genügt, wenn eine Schiffsladung — sagen wir — von Fleisch und Fett nach Wien kommt, die uns wesentlich niedriger zu stehen kommt als der hiesige Schleichhandelspreis ausmachen würde und dadurch auf diesen Preis einen Druck ausübt. Natürlich muß man in diesem Wien und Deutschösterreich auch endlich wissen, wo denn eigentlich die Valutapolitik gemacht wird. Es macht das Staatsamt für Volksernährung Valutapolitik und es macht sie das Staatsamt für Finanzen. *(Zwischenruf des Staatssekretärs für Volksernährung Dr. Loewenfeld-Ruß.)*

Wir haben ja aus Ihren Ausführungen, Herr Staatssekretär, sehr interessante Aufschlüsse über die Gesichtspunkte erhalten, von denen Sie sich leiten lassen. Daran sind ja nicht Sie schuld, dies ist eine Politik, die schon im alten Österreich befolgt wurde. Man hat unsere Valuta mit diesem System gründlich zu Tod beschützt. Wohin man damit gekommen ist, konnten wir aus Ihren Ausführungen entnehmen, auf welche Preise uns die Lebensmittel zu stehen kommen, die uns von der Entente durchaus nicht zu Wucherpreisen, sondern zu Preisen geliefert werden, die eben in Nordamerika Mindestpreise sind, die dort die Regierung garantiert. Natürlich Vorkriegspreise gibt es auf der ganzen Welt nirgends mehr. Wenn aber der Kaufmann, der zu Preisen, die wirklich relativ niedrig sind — ich habe hier das Beispiel von dem Schmalz angeführt — einfach nicht importieren kann, weil ihm die Valuta nicht zur Verfügung gestellt wird und er, wenn schon das auswärtige Haus, mit dem er in Verbindung steht, die Krone annimmt, die Krone zur Bezahlung nicht ausführen darf, indem man glaubt, der auswärtige Lieferant werde unseren schönen Augen zuliebe die Krone hier liegen und sperren lassen, dann machen Sie — Sie mögen das Kontrolle des Handels nennen oder wie immer — den Import von Lebensmitteln unmöglich, dann machen Sie es unmöglich, daß durch wesentliche Importe auf den Preis gewisser Waren, die der freie Handel einführen könnte, ein Druck ausgeübt wird.

Meine sehr verehrten Herren! Das Kapitel der Zwangswirtschaft ist ja ein so großes, daß man bei dem einen Abschnitt der Lebensmittelversorgung nicht verweilen kann. Gestatten Sie mir nur noch wenige Worte über zwei Punkte, von denen der eine die Zwangswirtschaft auf dem Gebiete der gewerblichen Produktion und der andere die

unerträglichen Zustände auf dem Gebiete der Ein- und Ausfuhr betrifft. Bezüglich der gewerblichen Zentrallen möchte ich nur ein typisches Beispiel anführen und das ist unsere Lederbewirtschaftung. Als nach dem Zusammenbruch die Leute glaubten, man werde nun, wie es ja naheliegender gewesen wäre, in Deutschösterreich mit der Lederzentrale aufhören, da sind die Schleichhandelspreise sofort gefallen. Als man aber bald nachher gesehen hat, daß sich in diesem neuen Österreich gegenüber dem alten in dieser Beziehung doch nicht so viel geändert hat, sind die Schleichhandelspreise natürlich wieder auf die alte Höhe hinaufgegangen und mir ist es aber — und darum ist die Frage des Leders so typisch — etwas ganz anderes, ob in dem alten Österreich das Leder zentralbewirtschaftet wird oder im neuen Österreich; denn in diesem neuen Österreich gibt es — das wißt übrigens auch bei einer Anzahl anderer Industrien zu — eine Reihe von Produkten, die man früher im Inlande beziehen konnte, die man aber jetzt aus dem Auslande nehmen muß, denn die Tschecho-Slowakei, Ungarn, Polen, Galizien usw. sind ja Ausland geworden. Wir haben zum Beispiel hier eine Kapazität an Sohlenleder, die über den Bedarf geht, wir haben andererseits wenig Produktionsstätten für Fein- und Oberleder, wir sind beim Bezuge von Fein- und Oberleder auf Tschechien, bezüglich das Weißleders gänzlich auf Böhmen angewiesen. Da gewinnt die Frage der Zwangswirtschaft ein ganz anderes Gesicht als in früherer Zeit.

Nun werden aber auch die Hilfsstoffe von der Zentrale bewirtschaftet, also Gerbstoffe, Fett, Chemikalien, alles das, was zur Erzeugung von Leder notwendig ist. Die Zentrale ist nicht in der Lage, das herbeizuschaffen. Was die Häute anbelangt, so werden diese in der Provinz ja nicht so glatt abgeliefert — das ist ein Zustand, über den wir uns gar keinem Zweifel hingeben — und was die wichtigsten Gerbstoffe anlangt, so müssen sie nunmehr alle aus dem Auslande bezogen werden. Das kann aber die Zentrale nicht machen, sie hat nur den Apparat, nicht aber das Material und damit ist den Produzenten nicht gedient. Er ist also auf die sogenannte außerzentrale Erfassung angewiesen, das heißt, er muß sich im Schleichhandel versorgen; er ist da in eine Zwangslage versetzt. Würde er warten, bis er die Materialien bekommt, so müßte er seine Fabrik einfach zusperren. Nun kann er das nicht und soll es auch nicht, wenn er irgendein Mittel findet, seinen Betrieb weiter zu führen. Letzteres kann er aber nur dann, wenn er im Schleichhandel die notwendige Ware kauft. Man kann von ihm aber dann nicht erwarten, daß er, wenn er die Ware im Schleichhandel gekauft hat, das Produkt zum Höchstpreise verkauft. Sie sehen also, daß hier die zentrale Bewirtschaftung den Schleichhandel

geradezu züchtet und den betreffenden Fabrikanten in die Arme des Schleichhandels treibt.

Den größten Schaden richtet der sogenannte Anbotzwang an. Wer eine Ware importiert, ist in der Regel nach Art der Ware gezwungen, sie einer der verschiedenen Stellen, die hierfür bestehen, anzubieten, und die betreffende Stelle hat das Recht der Auswahl nach Preis, nach Qualität und Quantität. Es ist ja klar, daß unter diesen Bedingungen niemand so altruistisch ist, das Risiko zu übernehmen, wenn er Gefahr läuft, daß er dann die Sache einfach, wenn das Geschäft ein gutes war, herzugeben hat, wenn es aber ein schlechtes war, sie ihm am Halse bleibt.

Hier komme ich, wenn Sie gestatten, mit wenigen Worten auf die Frage der Einfuhr und Ausfuhr zu sprechen. Wir haben hinsichtlich der Ein- und Ausfuhr im alten Österreich sowie auch im neuen Österreich das oberste generelle Gesetz: Alles ist verboten, nur werden dann von dem Verbote jeweilig Ausnahmen gemacht. Für die Einfuhr ist der unständlichste Weg vorgeschrieben, den man sich denken kann. Da haben Sie zuerst eine Einkaufsbewilligung, dann eine Einfuhrbewilligung, eine Transportbewilligung — übrigens auch für Waren innerhalb Österreich die zentral bewirtschaftet werden —, ferner eine Valutabewilligung, und wenn es Ihnen gelungen ist, alle diese Bewilligungen zu erhalten und so termingemäß zu erhalten, daß nicht die eine schon verfallen ist, bis Sie die anderen bekommen haben, was auch häufig zutrifft, und wenn dann nicht so viel Zeit verstrichen ist, daß die betreffende Ware nicht mehr den Preis hat, zu dem Sie sie seinerzeit erstanden haben, dann haben Sie die Möglichkeit des Imports. Und geregelt wird die Frage durch die Zentralkstelle für Einfuhr, Durchfuhr und Ausfuhr. Nun ist es gewiß, daß dort im Laufe der Kriegszeit in diesen kaufmännischen Fragen außerordentlich versierte Funktionäre der Staatsämter saßen, aber ich glaube, kaum ein Fachmann aus dem Geschäftsleben. Da kommen natürlich die merkwürdigsten Dinge vor. So wurde mir unlängst erzählt, es hat eine Firma wichtige Farbstoffe um drei Millionen importieren wollen. Als der Akt vor die Kommission kam, wurde gesagt: Eine kleine Firma. Da hat ein Besitzer gefragt: Wieso wissen Sie das? Darauf wurde ihm geantwortet: Die Firma kenne ich nicht, also wir werden ihr statt 3 Millionen 125.000 K bewilligen. Darauf jagt einer der Herren: Warum nur diesen Teil? Worauf ihm geantwortet wird: Einmal ist es eine kleine Firma, und dann machen wir es immer so, wir kürzen, ohne die Sache weiter zu untersuchen.

Oder ein anderer Fall. Es sollte jemand unter günstigen Bedingungen Schokolade aus der Schweiz importieren, die ursprünglich nach Holland über Deutschland kommen sollte, es war aber

wegen der Unruhen in Deutschland nicht möglich gewesen sie zu expedieren. Die Schokolade war also zur Verfügung, sie war bezahlt, sie hätte also hereingebracht werden können. Das wurde aber abgelehnt und auf die Frage: Warum? wurde einfach geantwortet: Das ist ein Lustgeschäft — ohne auch nur die Sache untersucht zu haben. Auch die Einfuhr von solchen Waren, die bereits gezahlt sind, wo also die valutarische Frage nicht in Betracht käme, wird auf diesem Wege einfach willkürlich verboten.

Nun haben wir aber noch eine weitere Einrichtung, nämlich das Warenverkehrsbureau. Das ist die amtliche Stelle, welche die Kompensationen durchführt, über welche Kompensationen sich der Herr Staatssekretär für Volksernährung so beklagt hat, daß sie nicht vom Fleck gehen und daß, wenn auch die Ware schon bezahlt ist oder wenn das Kompensationsobjekt schon geliefert ist, doch die Lebensmittel nicht zu uns hereinkommen. Nun, ich weiß nicht, ob diese Anstände bestehen würden, wenn man diesen Kompensationsverkehr Privaten überlassen würde. Ich garantiere Ihnen, die würden Wege finden, die Waren hereinzubekommen, die würden wissen, wie man das anzustellen hat. (*Ruf: Die anderen machen es nicht!*) Es machen ja die anderen es auch. Spielen wir doch nicht Verstecken, es gibt doch eine eigene Schmuggelstelle und es kommt auf dem Wege des Schmuggels — ich möchte sagen: Gott sei dank — aus den ehemaligen Nationalstaaten etwas Ware und Lebensmittel herein. Es zeigt das, daß der streng amtliche Weg nicht immer der richtige ist und daß auch auf anderem Wege etwas hereinkommt. Wir haben das im Laufe des Krieges und besonders zu Beginn zu unserem Vorteil wiederholt versucht. Dieses Warenverkehrsbureau, das ich nicht näher kenne — ich komme mit demselben nur in Berührung, wenn ich hie und da bei der Sachdemobilisierung etwas zu tun habe —, dieses Warenverkehrsbureau kompensiert natürlich auch mit Waren aus der Sachdemobilisierung. Nun, wenn die Herren so geschickt wie hierbei auch in anderen Fällen sind, dann kann ich dieser Institution nur gratulieren, denn sie verhandelt Waren aus der Sachdemobilisierung zu Preisen, welche viel niedriger sind, als wenn sie die Hauptanstalt selbst für Kompensationszwecke veräußern könnte, das werden mir die anwesenden Mitglieder des Administrationsrates der Hauptanstalt für Sachdemobilisierung ohne weiters zugehen. Nun, die Stelle ist eine amtliche Stelle, sie will um jeden Preis kompensieren, und da geschehen die merkwürdigsten Dinge. Sie beeinflusst die Verbote bezüglich der Ausfuhr. Wenn sie in Erfahrung bringt, daß irgend jemand aus einem der ehemaligen Nationalstaaten eine Ware aus Deutschösterreich braucht — nehmen wir an, es braucht jemand in Galizien Möbel aus Deutschösterreich;

wir wären sehr froh, wenn wir sie liefern könnten, wir haben sie zu dem Zweck und könnten dafür Kompensationsware hereinbekommen —, so kommt sofort das Warenverkehrsbureau und erwirkt ein Verbot auf die Möbelausfuhr, aber nicht nur nach Galizien, sondern nach allen Nationalstaaten, für alle Fälle, und sucht dann zu kompensieren. Oder es wurde für Dichtungsmaterial, das man aus Regeneraten hier herstellt und hätte verkaufen können, ein Verbot erlassen. Nach zwei Monaten zeigt sich dann, daß es ein Irrtum war, es ist gar nicht notwendig, den Export zu verbieten, er wird wieder für die Industrie, den Handel und den Export freigegeben, aber die zwei Monate sind einfach verloren.

Dieses Warenverkehrsbureau hat auch die famose Einrichtung der Ergreiferprämie bei den Zollämtern erreicht. Das hat zur Folge, daß in dem betreffenden Zollamt der geringste Irrtum sofort zum größten Schaden des Exporteurs aufgegriffen wird. Es ist vorgekommen, daß jemandem, der Nägel exportiert hat, unter denen sich ein paar Muttern vorgefunden haben, die nicht exportiert werden dürfen, sofort die Sendung als verfallen erklärt wurde, weil der betreffende Beamte den Vorteil aus der Ergreiferprämie gezogen hat.

Ich glaube, es geht mit den Erschwernissen und den Unständlichkeiten für Ein- und Ausfuhr, unter denen wir jetzt seufzen, nicht weiter, denn sonst wird uns die Aufhebung der Blokade nichts nützen, sonst wird es auch nichts nützen, wenn es unseren Friedensunterhändlern, die wahrlich jetzt einen schweren Stand haben, gelingen sollte, unter anderem den freien Verkehr zwischen Deutschösterreich und den anderen Staaten, der für uns, wie übrigens auch für die anderen Staaten eine Lebensnotwendigkeit ist, zu erreichen, denn wir werden vom freien Verkehr nichts haben, wenn wir uns im eigenen kleinen Lande weiter behindern und blockieren. An Stelle der verschiedenen Stellen, die da bestehen, müßte eine einheitliche Stelle, eine einheitliche Kommission für alle Fragen der Waren, Ein-, Aus- und Durchfuhr und der Valutabeschaffung ins Leben gerufen werden, aber unter Zuziehung von Vertretern der interessierten Gruppen, also aus der Landwirtschaft, aus dem Handel, aus dem Gewerbe und aus der Industrie, und dort müßten die Fragen schnell und glatt bereinigt werden, denn wir müssen uns endlich daran gewöhnen zu begreifen, daß die Zeit wirklich Geld und etwas Wertvolles ist.

Es sollte ferner nicht wie jetzt alles verboten und nur mit Ausnahmen gestattet sein, sondern man möge grundsätzlich erklären: Einfuhr, Ausfuhr sowie Durchfuhr sind frei, es werden aber diejenigen Artikel auf der Liste besonders benannt, bezüglich welcher die Einfuhr, beziehungsweise Ausfuhr verboten ist, denn ich gebe ohne

weiteres zu, wir können nicht eine schrankenlose Ausfuhr in allen Artikeln zulassen, wir wollen auch nicht, daß schrankenlos alles eingeführt wird, aber es möge eine Liste aufgestellt werden, es möge ferner differenziert werden, je nachdem, ob der betreffende Valuta von der Devisenzentrale in Anspruch nimmt oder ob er mit Personalkredit arbeitet, ob die Ware bereits gezahlt ist oder nicht, ob der Kredit ein sehr langfristiger ist, so daß Valutabedenken vielleicht nicht mehr in Betracht kommen. Es müßte unbedingt, trotz aller Verbotslisten, der Import jener Waren gestattet werden, die hier verarbeitet und exportiert werden — das wäre eine Art Veredlungsverkehr —, denn wir müssen alle Mittel in Bewegung setzen, alle Behinderungen beseitigen, um ja einen Export möglich zu machen. Die Durchfuhr müßte unter jeder Bedingung freigegeben werden. Es ist gar nicht einzusehen, warum wir die Durchfuhr behindern sollen. Es kann ja ein Kaufmann sehr gut eine Ware irgendwo auf Freilager liegen haben; er legt irgend etwas dazu und verkauft sie mit wesentlichem Mehrgewinn nach dem einen oder anderen Nationalstaate oder nach dem Auslande. Diesen Verdienst werden wir ihm nicht nur gönnen, sondern er liegt auch in unserem Interesse, im Interesse unserer Volkswirtschaft.

Den Import von Rohstoffen und gewerblichen Produkten wird doch im wesentlichen nur der Handel vollführen können, der auch der Industrie und dem Gewerbe das Risiko abnimmt.

Wie entsteht denn eigentlich der Weltmarktpreis? Das ist allerdings ein Preis, der aus der Relation zwischen Angebot und Nachfrage, aber doch gleichzeitig auch infolge der Spekulation all der Importeure der Erde entsteht, die die betreffende Ware importieren. Und der Importeur deckt sich auf dem Terminmarkt. Was geschieht, wenn die Zentrale oder wenn der Staat sich geirrt haben, unter der Voraussetzung, daß beide Kredit haben, was ich übrigens leugne? Wenn sie sich geirrt haben, dann muß die Zentrale oder der Staat selbst das Defizit tragen oder sie müssen es auf die betreffende Industrie überwälzen und es geht auf diesem Wege wieder auf den Konsum über, beziehungsweise behindert es den Export.

Die Frage des Importes und des Exportes hat eine weitaus höhere Bedeutung, seitdem wir in dem kleinen Deutschösterreich leben und seitdem es sich darum handelt, ob wir mit den Staaten des Auslandes und auch mit den ehemaligen Nationalstaaten wieder in Handels- und Verkehrsbeziehungen treten können. Es ist die wichtige Lebensfrage, ob die Produktion bei uns gehoben werden kann oder nicht oder ob wir es riskieren können, daß gerade diejenigen Leute, die Unternehmungsgeist haben und arbeiten wollen und die tüchtig sind, angeekelt und

angewidert durch die Hindernisse, denen sie hier begegnen, auswandern.

Und das Auswandern ist keine so schwere Sache angesichts der Distanz des Weges, den man zurückzulegen hat. Auch davor müßte sehr gewarnt werden; es könnten uns daraus Schäden entstehen, die zur Folge haben, daß wir aus dem Abgrunde, in den wir geraten sind, überhaupt nicht mehr emporkommen. Ich sage daher: Wenn so viel von dem Wiederaufbau dieses Deutschösterreich gesprochen wird, so gehe man doch endlich einmal daran, leidenschaftslos alle diejenigen Wege zu erwägen, die notwendig sind, um dazu zu gelangen, gehe man endlich einmal daran, alle jene Hindernisse zu beseitigen, die dem noch entgegenstehen.

Die geehrten Herrschaften von der Sozialdemokratie waren immer für die zentrale Bewirtschaftung aus theoretischen Gründen. (Ruf: Auch Sie, Herr Kollega!) Während des Krieges, Herr Kollega! (Abgeordneter Sever: *Erinnern Sie sich nur an den Wehrausschuß!*) An den Wehrausschuß? Ich war nie im Wehrausschuß! (Ruf: *Im Ernährungsausschuß!*) Im Wehrausschuß war ich nie, da haben Sie mich, Herr Kollege Sever, verwechselt. Ich habe mit gar nichts hinter dem Berge zu halten; ich habe immer erklärt und es auch heute gesagt, daß während des Krieges die Frage der zentralen Bewirtschaftung eine ganz andere war und ganz anders gestanden ist als jetzt, da der Krieg zu Ende ist, und ich habe nie geleugnet, daß der Gedanke und das System der staatlichen Bewirtschaftung in der Zeit des Krieges, wo es sich wesentlich darum handelte, die Bedarfsgegenstände für die Armee aufzubringen . . . (Abgeordneter Schiegl: *. . . während das Hinterland verhungerte!*) Entschuldigen Sie, sind Sie für oder gegen die zentrale Bewirtschaftung? (Abgeordneter Schiegl: *Für!*) Dann wenden Sie in dem Moment, wo ich sage, daß ich das System der zentralen Bewirtschaftung während des Krieges begreiflich gefunden habe, nichts ein. Es mußte aber bei uns — das habe ich schon einleitend gesagt — versagen, weil der Verwaltungsapparat dazu gefehlt hat, weil jede Bezirkshauptmannschaft anfing, sich selbständig zu machen. Sie erinnern sich an den ganzen Jammer und daran, daß wir vergebens über Ungarn empört waren und geklagt haben: Ungarn sperrt sich von uns ab, und daß Ungarn uns antwortet: Ihr sperrt euch ja innerhalb Eures Landes selbst ab. Ich sage: zwischen Theorie und Praxis ist hier ein großer Unterschied, und je länger die zentrale Wirtschaft dauerte, umso unerträglicher und unmöglicher ist sie geworden und nach 4½ und 5 Jahren mußte das System vollkommen zusammenbrechen. Es ist, wie gesagt, eine ganz andere Sache, seitdem der Krieg zu Ende ist. Die Herrschaften von der Sozialdemokratie haben nie geleugnet, weshalb sie

trotz der vollständig geänderten Verhältnisse für die Beibehaltung der zentralen Bewirtschaftung sind. Weil sie sich dieselbe als Unterbau für ihre Sozialisierungspläne denken — nicht war, so ist es? Das ist doch von Ihren Parteiangehörigen selbst gesagt worden, Herr Kollega! Nun, da sage ich, bis zur Erreichung jener Ziele, denen Sie zustreben, könnte in der Zwischenzeit das Wirtschaftsleben hier derart zusammenbrechen, daß wir nicht mehr in die Möglichkeit versetzt werden, uns zu erheben, uns zu erholen.

So schließe ich denn in der Hoffnung und Voraussetzung, daß dieser nach dem Antrage des Ausschusses zu wählende 21gliedrige Ausschuß nicht vielleicht nur gewählt worden sein soll, damit die Sache wieder vertagt ist, sondern damit dieses für unsere künftige wirtschaftliche Entwicklung allerwichtigste Thema mit allem Eifer angeschnitten, leidenschaftslos behandelt, möglichst bald dem Hause Bericht erstattet und vom Hause Beschluß gefaßt wird. *(Beifall und Händeklatschen.)*

Präsident: Zum Worte gelangt der Herr Abgeordnete Stocker; ich erteile ihm das Wort.

Abgeordneter Stocker: Die Landwirte sind von vornherein der staatlichen Bewirtschaftung mit großem Mißtrauen gegenübergestanden, weil sie gehäht und gefürchtet haben, daß der Bürokratismus und die Juristerei zu größtem Einflusse kommen werden. Theoretisch läßt sich diese zentrale Bewirtschaftung sehr schön an, aber die Praxis sieht ganz anders aus, und wir sehen, diese zentrale Bewirtschaftung hat in der Praxis vollständig versagt; sie mußte versagen, wenn der Bureaufkrat zum Kaufmann und der in den Zentralen allenfalls sitzende Kaufmann zum Bureaufkraten wurde.

Es wäre die Aufgabe des Staates und der Regierung während des Krieges, wo wir von allen Seiten abgeschlossen waren, gewesen, alles aufzubieten, um unsere landwirtschaftliche Erzeugung zu steigern und zu fördern. Die Regierung hat aber durch ihr System der zentralen Bewirtschaftung das gerade Gegenteil erzeugt. Die Regierung hat sich um die Erzeugung gar nicht gekümmert, sondern nur um die Verteilung, beziehungsweise um das, was der Landwirt essen darf. Man hat dem Landwirt eine niedrige Quote vorgeschrieben, bei der kein einziger auskommen konnte, und da sind Requisitionskommissionen über Kommissionen gekommen, um zu prüfen, ob wirklich der Bauer nicht mehr in seinen Räumen hat, als ihm der Bureaufkratismus erlaubt hatte, zu verzehren; und da ist alle Augenblicke kontrolliert und requiriert worden, mit und ohne Bajonett.

Ich hatte während des Krieges Gelegenheit, mit vielen, vielen Landwirten über diese Angelegen-

heit zu sprechen, und nie ist mir die Ansicht begegnet, als ob die Landwirte nicht willens wären, abzuliefern *(sehr richtig!)*, im Gegenteil, die Bauernschaft hatte die Notwendigkeit erkannt, das Möglichste zur Ernährung der Bevölkerung beizutragen. *(So ist es!)* Immer und immer wieder hat man erfahren können: Wir sind bereit, unser Möglichstes zu leisten, doch ermöglicht es uns, daß wir mehr erzeugen können, ermöglicht es uns, bei diesen unsinnigen Verordnungen, und befreit uns von der Zentralenwirtschaft!

Aber die Landwirte sind nie zu Gehör gekommen; die Landwirte hatten während der ganzen Monopolwirtschaft einfach nichts zu reden, diktiert haben andere, büßen mußten es die Konsumenten. *(Sehr richtig!)* Ich glaube, alle Landwirte geben mir recht, wenn ich sage, wären die Landwirte gefragt worden, es wäre vieles besser gemacht worden, es wären vielleicht weniger Verordnungen gekommen, aber es wäre mehr zum Nutzen der Konsumenten erzeugt worden. Das ganze System ist ja darauf zugeschnitten gewesen, die Produktion zu untergraben, die Seffirerei und alles, was damit im Zusammenhang stand, mußte die Arbeitsfreudigkeit untergraben, denn das System, unter dem die Landwirtschaft gelebt hat, war ja ärger als zu Zeiten der Robott und zu Zeiten der Untertänigkeit. Wer viel erzeugte, der hatte deswegen gar nicht mehr für sich oder für seine Wirtschaft als derjenige, der den Schlandrian gehen ließ und wirtschaftete, wie es eben gegangen ist.

Auch der Staat hatte daran kein Interesse; bei demjenigen, wo die Requisitionskommission nichts gefunden hat, ist sie weiter gegangen, denjenigen, der viel erzeugt hat, der sich geschunden und geplagt hat, blieb trotzdem nicht mehr für seine Wirtschaft, beziehungsweise für seine Bediensteten und Angestellten. Das System hätte einen Zweck gehabt, wenn es das erfährt hätte, was der Landwirt entbehren konnte, aber es hat sich damit nicht begnügt, sondern es hat der Landwirtschaft wichtigste Produktionsmittel entzogen, es hat nur zu oft dem Landwirt das notwendige Saatgut weggenommen, so daß dann der Landwirt bei bestem Willen nicht in der Lage war, den Anbau durchzuführen. Dieses bürokratische System hat dem Landwirt das notwendigste Zugvieh weggenommen, so daß der Landwirt nicht in der Lage war, seine Felder und seine Wirtschaft in entsprechender Weise zu betreiben, es hat ihm das Nutzvieh weggenommen, es hat ihm das Milchvieh weggenommen und die Bevölkerung hat dann geklagt, daß die Milch von Woche zu Woche in der Anlieferungsmenge zurückgeht. Dieses bürokratische System hat aber aus dieser Fülle von Fehlern nichts gelernt, sondern von Jahr zu Jahr haben sich dieselben Fehler wiederholt, obwohl es die

Landwirte nie an der entsprechenden Warnung haben fehlen lassen.

Es ist heute schon die bürokratische, ganz verkehrte Preispolitik angeknipst worden. Die einzelnen Lebensmittel und Bedarfsartikel sind untereinander nicht in dem geringsten Verhältnisse gestanden; man hat es dem Landwirte verweigert ihm einen halbwegs auskömmlichen Preis zuzusichern, obwohl die Bedarfsartikel, die der Landwirt zukaufen mußte, im Preise um das Zehnfache und um das Zwanzigfache gestiegen sind. Diese Preispolitik hat es gleichfalls mit sich gebracht und verursacht, daß der Landwirt gar kein Interesse daran haben konnte, seine Erzeugung zu steigern, ja es ist ihm direkt die Möglichkeit genommen worden, intensiv zu wirtschaften. Wegen dieser Preispolitik mußte er trachten, eine möglichst intensive Wirtschaft zu betreiben, um die Ausgaben möglichst zu verringern, aber eine intensive Landwirtschaft ist mit erhöhter Arbeitskraft, mit erhöhter Aufwendung verbunden, die ihm einfach durch dieses Preissystem nicht bezahlt wurde. Diese Umstände, die Herabminderung der Arbeitsfreudigkeit, die unberechtigte Preispolitik, die Entnahme wichtiger Produktionsmittel haben es zum Beispiel mit sich gebracht, daß in beträchtlichem Ausmaß landwirtschaftlicher Grund und Boden nicht bebaut werden konnte und brach liegen mußte. Man hat die Bauern selbst durch diese Preispolitik und durch dieses System zum Schleichhandel gezwungen, weil bei den bestehenden Verhältnissen und Einnahmen sie einfach in Anbetracht der ins Riesenhafte gestiegenen Arbeitslöhne und Bedarfsartikelpreise das Auslangen nicht hätten finden können. Die zentrale Bewirtschaftung des Staates hat die private Initiative und die Kenntnis des Privatmannes ausgeschaltet, angeblich zu dem Zwecke, um mit Hilfe des Instrumentes der Zentrale den Wucher auszuschalten. Aber die Zentralen haben erst recht den Wucher gezüchtet, denn die Zentralen haben ja gelehrt, welchen Preisunterschied man zwischen Einkaufs- und Verkaufspreis verlangen kann. Ich erinnere nur zum Beispiel an die Preise für Raufuttermittel; für das Heu betrug der Einkaufspreis 25 K und der Verkaufspreis 50 und 55 K. Ein bürokratisches System hat den Kommissionären vorgerechnet: So viel darfst du für jeden Schritt verlangen, für jede Zufuhr, für das Verladen usw., so viel für die Verteilung, so daß dann diese ungeheuren Preisunterschiede zustande gekommen sind. Ein reeller Händler hätte sich gar nie getraut, derartige Preise und Preisunterschiede im Vergleich zum Einkaufspreis zu verlangen, wie es die Zentralen unter Genehmigung der Regierung getan haben.

Und weiter, was hat diese zentrale Bewirtschaftung weiter zur Folge gehabt? Daß Lebens-

mittel und andere wichtige Stoffe in ungeheuren Mengen verdorben sind, weil eben die Sachkenntnis fehlte, die man ja planmäßig bei der zentralen Wirtschaft ausgeschieden hat. Was da für Unmengen von Lebensmitteln und anderen notwendigen Bedarfsartikeln verdorben sind, ist einfach unverantwortlich! Es ist aber auch leicht begreiflich: dem Bürokraten, dem Juristen war es vollständig gleichgültig, was damit geschieht, die Hauptsache war, daß die Verordnung draußen ist und die Aufträge erfüllt werden. Es ist einem jeden, sei er Produzent oder Konsument, hinlänglich bekannt, welche Unmengen von Lebensmitteln auf diese Weise der Volksernährung verloren gegangen sind. Heute können wir sagen — und wir Landwirte haben es schon vor zwei Jahren gesagt —, das Zentralensystem, die zentrale Bewirtschaftung hat vollständig Bankrott erlitten. Eines aber hat uns das Zentralensystem gelehrt, allerdings mit sehr, sehr großem Lehrgeld: Die zentrale Bewirtschaftung mit dem Instrument der Zentrale ist ja eine Sozialisierung der Verteilung und des Handels — diese Sozialisierungsmaßnahme hat vollständig versagt. Was würde erst kommen, wenn nun in dieser Weise die Erzeugung sozialisiert würde? Dann wären die heutigen Zustände noch ein wahres Paradies gegenüber denjenigen, die uns bevorstehen würden.

Heute, nach dem Kriege, ist die zentrale Bewirtschaftung schon gar nicht mehr aufrecht zu erhalten, sie war während des Krieges nur mit Hilfe des Zwanges, des Bajonetts aufrecht zu erhalten, und alle ehrlichen Leute in den Zentralen — es gibt auch dort einige wenige ehrliche Leute —, insbesondere die Fachleute sagen ganz offen, es ist unverantwortlich, dieses Scheinsystem weiter aufrecht zu erhalten, das ja nur auf dem Papiere steht. Der Schleichhandel ist heute das Vorherrschende, die Bauerngehöfte werden von den Schleichhändlern förmlich Tag und Nacht belagert, und es gibt keine Gewalt im Staate bei Aufrechterhaltung dieses Systems, diesen Schleichhändlern entsprechend entgegenzutreten zu können. Die Schleichhändler zahlen draußen den zweifachen, den dreifachen, ja den vierfachen Preis sofort glatt auf die Hand aus.

Ich verweise zum Beispiel auf die Ausführungen des fachlichen Direktors der Grazer Viehverkehrsanstalt, welcher sagte, man müßte förmlich die ganze Volkswehr dazu aufbieten, wenn man diesen Schleichhandel zernieren und ihm beikommen wollte. Der Schleichhandel wird geduldet, die Behörden bedienen sich selbst seiner, weil sie eben die eigene Ohnmacht sehen und weil sie nichts aufbringen können. Den Schleichhandel protegieren man, nur der ehrliche und reelle Handel darf nicht in Tätigkeit treten.

Meine Herren! Man sagt häufig, die Konsumenten und insbesondere die Stadt Wien würden

durch die Aufhebung der zentralen Lebensmittelbewirtschaftung schwer geschädigt. Das ist unrichtig. Die Stadt Wien lebt ja ohnedies nur von dem, was die Entente bringt und von den Schleihhändlern. Für Wien kann es nicht schlechter werden, jede Änderung des Systems kann der Stadt Wien und den Konsumenten nur von Nutzen und Vorteil sein. (Sehr richtig!) Wir haben heute aus den Ausführungen des Herrn Staatssekretärs für Volksernährung gesehen, wie schwer unsere Valutaverhältnisse sind, wie jeder Waggon, der hereinkommt, die Valuta herabmindert. Wir müssen daraus die Folgerungen ziehen, dahingehend, daß wir alles aufbieten müssen, um die Erzeugung auf der eigenen Scholle möglichst zu steigern, das heißt, der darniederliegenden Landwirtschaft die Möglichkeit zu geben, mehr zu erzeugen, und der Schlüssel hierzu ist die Beseitigung der Zwangswirtschaft, die Beseitigung der Zentralwirtschaft. Ich habe die volle Überzeugung, wenn dem Landwirte in seinem Schaffen wieder freie Hand gegeben wird, wird sich unsere Landwirtschaft in kurzer Zeit erholen, die Erträge werden steigen und in Bälde werden für die Konsumenten größere Mengen zur Ablieferung zur Verfügung stehen.

Berehrte Anwesende! Gestern hat der Herr Landeshauptmann von Niederösterreich einige Worte über die Landwirtschaft gesprochen, die ich voll und ganz unterschreiben kann. Er hat ausgeführt, es darf nicht vorkommen, daß die Landwirte Mangel an Saatgut leiden. Es ist eine späte Erkenntnis. Während des ganzen Krieges haben die Landwirte stets Mangel an Saatgut gelitten, und wenn sie sich auf das Saatgut verlassen hätten, das ihnen die Zentrale zuweist, dann hätten sie zu einer Zeit anbauen müssen, wo sie zu ernten haben. Wenn da eine Änderung, eine Besserung eintreten soll, wenn bewirkt werden soll, daß der Landwirt nicht mehr in solche unhaltbare Verhältnisse kommt, dann weg mit der zentralen Bewirtschaftung, freie Hand dem Landwirt! Als Kenner der Verhältnisse, als verantwortlicher Mensch, wird er rechtzeitig dafür sorgen, daß er zu seinen Produktionsmitteln kommt.

Es wurde weiter gesagt, die Viehwirtschaft liegt darnieder. Sehr richtig! Unsere Viehwirtschaft ist vollständig ausgepumpt, man muß daher folgerichtig dem Landwirte die Möglichkeit geben, seine Viehwirtschaft zu ergänzen und zu heben. Das kann nur geschehen, wenn man ihm von der heutigen Zwangsablieferung befreit, welche ihm das Notdürftigste aus seiner Wirtschaft herausreißt.

Es wurde gestern weiter gesagt — und ich unterschreibe es vollständig — die landwirtschaftlichen Genossenschaften werden eine große Aufgabe haben, nämlich den Verkehr zu den Konsumenten zu vermitteln.

Wir sind damit vollständig einverstanden und wir Landwirte werden alles aufbieten, die landwirtschaftlichen Genossenschaften auf eine möglichst große Leistungsfähigkeit zu bringen und unter Ausschließung eines übermäßigen Zwischenhändlerturns die Ware direkt den Konsumenten zu vermitteln. Allerdings von den Genossenschaften allein kann man das Heil nicht erwarten, denn es ist sicher, daß, wenn die Genossenschaften allein das vorherrschende wären, sie gleich verkümmern und gleich verbureaukratisieren würden. Es müssen das landwirtschaftliche Genossenschaftswesen und der freie, reelle Handel in gesundem Wettbewerb miteinander treten, der freie Handel muß einen Druck auf die Genossenschaften ausüben, daß sie möglichst zweckmäßig und möglichst vorteilhaft arbeiten, andererseits aber wieder die vorteilhaft arbeitenden Genossenschaften einen Druck auf den Handel, daß er seinen Gewinn in angemessenen Grenzen halten muß. Die Zukunft wird sein: Ausbau des Genossenschaftswesens und ein gesunder Wettbewerb des Genossenschaftswesens mit dem freien, mit dem realen Handel.

Bei Beseitigung der Zwangswirtschaft in wirtschaftlichen Erzeugnissen müssen wir den Hebel ansetzen bei der Beseitigung der Viehmonopolwirtschaft; denn unsere Viehzucht und die Hebung derselben ist der Schlüssel zur ganzen Hebung unserer Landwirtschaft. Der Landwirt muß in die Möglichkeit gesetzt werden, sich wiederum Vieh nachziehen zu können. Dem Landwirt muß die Möglichkeit gestattet sein, die Milchwirtschaft wieder auf eine entsprechende Leistungsfähigkeit zu bringen, um wieder größere Mengen von Milch abstellen zu können. Durch die Schonung des Viehstandes muß weiter Gewähr gegeben sein, daß die Düngererzeugung gehoben werden kann, weil davon die Fruchtbarkeit und die Ergiebigkeit des Feldbaues und des Futterbaues abhängt. Ich habe deshalb in der Erkenntnis, daß der Abbau, beziehungsweise die Beseitigung der Viehmonopolwirtschaft die Grundlage zur Hebung unserer Landwirtschaft und zur Hebung unserer Viehernährung ist, heute einen Antrag eingebracht, dahingehend, daß die Viehmonopolwirtschaft sofort aufgehoben werden müsse. Wir werden dann in der Lage sein, in wenigen Monaten mehr Nahrungsmittel der Bevölkerung zur Verfügung stellen zu können.

Meine Herren! Die Zentralen haben heute eigentlich nichts mehr zu erfassen und es ist Verschwendung von Geld, von ungeheuren Geldmitteln, wenn man diese Institute noch weiter erhält, die ja doch nichts aufbringen und nichts erfassen können. In Steiermark zum Beispiel beträgt die Viehaufbringung mit Hilfe der Gendarmerie und der Volkswehr für das Kilogramm Lebendgewicht 20 h. Unerantwortlich hohe Kosten und unerantwortlich

hohe Preise. Meinem heutigen Antrage auf Aufhebung der Monopolwirtschaft im Viehverkehr habe ich gleichfalls eine Denkschrift des technischen Leiters der Grazer Viehverwertungsstelle beigelegt, der aus eigener Erfahrung die Nachteile dieses Systems erkennen konnte und der aus dieser Erkenntnis die Forderung stellt, es müsse mit der staatliche Bewirtschaftung des Viehes so bald als möglich gebrochen werden. Je früher, desto besser. Wir sind der vollen Überzeugung, daß die Beseitigung der Zwangswirtschaft in den landwirtschaftlichen Erzeugnissen nicht nur dem Landwirte nützen, sondern in ganz besonderer Weise den Konsumenten, weil uns Landwirten dann eben die Möglichkeit gegeben wird, auf unserer beschränkten Scholle mehr zu erzeugen, das Möglichsste aus dem Grund und Boden hervorzubringen. Daher werden wir mit allem Nachdruck die Forderung erheben, daß dieses heute einzuwickelnde Komitee nicht etwa dazu dienen soll, diese Zwangsbewirtschaftung weiter hinauszuschieben und vielleicht so als Beruhigungsmittel zu dienen, sondern wir werden mit allem Nachdruck im Interesse der gesamten Volkswirtschaft immer und immer wieder fordern: Weg mit der zentralen Bewirtschaftung, je früher, desto besser! (*Lebhafter Beifall und Händeklatschen.*)

Präsident: Der letzte Redner war ein Proredner. Es hat sich indessen als Kontraredner eingezeichnet Frau Abgeordnete Freundlich; ich erteile ihr das Wort.

Abgeordnete Freundlich: Hohe Nationalversammlung! Wir haben heute hier vom Berichterstatter eine Rede gehört, die durchaus nicht die allgemeine Stimmung des Ausschusses wiedergegeben hat, sondern die lediglich eine Rede war, die der Berichterstatter vom Standpunkte jenes Teiles des Ausschusses gehalten hat, den er vertritt. Ich möchte hier klarlegen, daß wir ja im Ausschusse für den Antrag gestimmt haben, daß ein solches Komitee eingesetzt werde. Wir haben uns natürlich durchaus keine Illusionen darüber gemacht, daß es notwendig ist, die Kriegswirtschaft, wie sie heute noch besteht, zu prüfen. Aber wir müssen doch darüber klar sein, daß der Ausschlußbeschluss wesentlich anders gelautet hat als der Antrag, der im Ausschusse zur Diskussion gestellt war. Eigentlich ist ja der größte Teil der Ausschlußmitglieder, die unserer Partei nicht angehören, in den Ausschuß mit der Absicht gekommen, die Aufhebung der zentralen Bewirtschaftung zu verlangen, und es ist dann erst unter dem Eindrucke der Ausführungen, die sowohl von Seiten der Regierungsvertreter als von unserer Seite gemacht wurden, der Ausschlußantrag dahin abgeändert worden, daß der Ab-

bau der zentralen Bewirtschaftung untersucht werden soll.

Es ist hier heute das Eigentümliche eingetreten, daß der einzige Vertreter der Großindustrie, den wir hier im Hause haben, der Herr Abgeordnete Friedmann, unter dem lebhaften und leidenschaftlichen Beifall der Landwirte reden konnte. (*Zwischenrufe.*) Es ist jedenfalls kennzeichnend, daß die Produzenten aller Kreise sich in diesem einen Wunsche zusammenfinden und daß sie alle der Überzeugung sind. . . . (*Ruf: Daß die Konsumenten einmal etwas zu essen bekommen!*) Das müßten wir erst sehen, bevor wir daran glauben. Es ist jedenfalls kennzeichnend, daß die Produzenten in dieser einen Frage einig sind und, wie mir scheinen will, nicht immer nur aus allgemeinen volkswirtschaftlichen, sondern doch schon aus sehr weitgehenden persönlichen Gründen, die sie in dieser Frage zu vertreten haben. (*Widerspruch.*)

Es ist jedenfalls ein Fortschritt insofern zu verzeichnen, als heute allgemein anerkannt wurde — was durchaus nicht immer der Fall war, wie aus den Anträgen und Debatten im alten Parlament und im alten Gemeinderat der Stadt Wien hervorgeht — daß die Kriegswirtschaft notwendig gewesen ist. (*Ruf: Aber nicht mit diesem System!*) Es ist auch gar nicht so lange her, daß man — auch während des Krieges — heftige Attacken gegen diese zentrale Bewirtschaftung geritten hat, und die Mitglieder des alten Hauses, die der Kriegswirtschaftlichen Kommission angehört haben, werden sich noch lebhaft dessen erinnern, daß man damals durchaus nicht auf dem Standpunkte gestanden ist, daß jene Bewirtschaftung während des Krieges notwendig war, sondern daß man damals schon energisch die Aufhebung der Kriegswirtschaft gefordert hat. Wenn heute also allgemein zugegeben werden muß, daß im Interesse der ganzen Wirtschaft diese kriegswirtschaftliche Organisation während des Krieges notwendig war, so ist das schon ein gewisser Rückzug, den man heute in dieser Frage antreten muß. (*Widerspruch. — Abgeordneter Pick: Eine Umgruppierung!*) Ja, es ist eine taktische Umgruppierung. Sie haben sehr recht.

Es ist hier ausgeführt worden, daß diese Kriegswirtschaft eine Art Sozialisierung war. Wir haben uns immer auf das energischste und entschiedenste dagegen gewehrt, daß man Sozialisierung mit Kriegswirtschaft verwechselt. Wir haben niemals den Gedanken gehabt und ich glaube nicht, daß dies jemand, der die theoretischen Schriften unserer Partei kennt, behaupten wird, daß wir eine Sozialisierung der Verteilung einführen wollen. Im Gegenteil, wir haben uns immer gegen die Sozialisierung der Konsumtion gewehrt und gefordert, daß die Sozialisierung nicht von der Verteilung der Produkte ausgeht, sondern naturgemäß anfangen muß

bei der Erzeugung der Produkte. *(Zwischenrufe.)* Eben deshalb wundere ich mich sehr, daß hier gerade ein Vertreter der Landwirtschaft heftige Attacken gegen die Sozialisierung geritten hat. *(Ruf: Das werden wir immer tun!)* Aber jedenfalls ist die Sache so, daß auch Sie, wie Sie immer behaupten, die Sozialisierung wünschen. *(Zahlreiche Zwischenrufe.)* Ich möchte bitten, meine Herren, daß Sie jetzt mich reden lassen. Es ist die Zeit schon sehr vorgeschritten und wir werden viel schneller zum Ziele kommen, wenn immer nur einer spricht. *(Heiterkeit und Zustimmung.)* Jedenfalls ist eines sicher, meine Herren, wenn wir heute darüber sprechen, was die Kriegswirtschaft während des Krieges zum Versagen gebracht hat, müssen wir uns vor allem darüber klar sein, daß der große Mangel, unter dem wir gelitten haben, einen Erfolg der Kriegswirtschaft von vornherein ausgeschlossen hat. In dem Momente, wo wir einmal Mangel leiden, wo wir nichts mehr haben, wo sich jeder um den letzten Knochen, das letzte Lebensmittel und den letzten Bedarfsartikel raufen muß, ist es natürlich ungeheuer schwer, mit einem organisatorischen Apparat diesen Mangel gleichmäßig zu verteilen. *(Zwischenrufe.)*

Wir dürfen uns auch nicht im Unklaren sein, daß der Kriegswirtschaft einfach das Organ gefehlt hat. Der Staat in seiner vergangenen Organisation, als ein ausschließlich politischer Verwaltungskörper, der gar kein wirtschaftliches Organ hatte, war natürlich in einer großen Verlegenheit, diese Kriegswirtschaft zu fundamentieren und zu organisieren. Man braucht für die Durchführung jeder Wirtschaftsorganisation besondere Organe. Welche Organe sind nun dem Staate zur Verfügung gestanden? Er hatte einerseits Bureaukraten, die natürlich zu der Wirtschaft in einem sehr losen Verhältnis standen und ihrer ganzen Erziehung und Vorbildung nach niemals jenes Maß wirtschaftlicher Erkenntnis und praktischer Wirtschaftsführung erwerben konnten, die zur Führung einer großen Wirtschaft, wie sie eine zentrale Organisation immer darstellt, notwendig ist. Wir hatten auf der anderen Seite den privaten Unternehmer. Der private Unternehmer hat niemals gelernt, im Interesse der Allgemeinheit zu wirtschaften, sondern er hat bei der Wirtschaft vor allem sein persönliches wirtschaftliches Interesse berücksichtigt. *(Abgeordneter Stocker: Das muß doch jeder tun! — Widerspruch und zahlreiche Zwischenrufe. — Präsident gibt das Glockenzeichen.)* Wenn man davon spricht, daß die Freude an der Produktion fehlt, weil die Produktion nicht mehr jene Gewinne ergeben habe, so zeigt dies ganz deutlich, woher die Freude an der Produktion bisher in allen Produzentenkreisen gekommen ist. *(Zustimmung. — Ruf: Wie soll jemand Freude daran haben, wenn er darauf-*

zahlt! — Präsident gibt das Glockenzeichen. — Neuerliche Zwischenrufe.)

Präsident: Ich bitte, das Glockenzeichen zu beachten! Ich finde es wenig angemessen, daß man die Frau Abgeordnete unausgesezt stört. Ich bitte die Herren, sich ihre Bemerkungen aufzuheben und sie dann in der Debatte vorzubringen. Ich glaube, wir müssen jedem Redner die Möglichkeit geben, in einem Zug seine Argumentation durchzuführen.

Abgeordnete **Freundlich** *(fortfahrend):* Wenn wir also heute so viel davon gehört haben, daß die Freude an der Produktion in dem Momente geschwunden ist, wo man verlangt hat, daß sich alle Interessen dem Staate oder dem allgemeinen Interesse der Kriegswirtschaft unterordnen, so ist das kennzeichnend dafür, wie diese Leute beschaffen waren, die man nun verwenden mußte, um die Produktion und Verteilung zu organisieren.

Meine sehr geehrten Anwesenden! Wir haben einfach den gemeinwirtschaftlichen Organisator nicht besessen, wir haben keine Menschen gehabt, die gewohnt sind, abgesehen von ihren persönlichen Interessen, im Dienste der großen Allgemeinheit zu arbeiten. Diese Menschen müssen wir erst erziehen, wenn wir zu einer gemeinwirtschaftlichen Organisation kommen wollen. Wir haben in alten Staate und in der alten Gesellschaft keine solche gemeinwirtschaftlich erzogenen Funktionäre gehabt und wir mußten deshalb auf der einen Seite den Bureaukraten einstellen, der wirtschaftsfremd war, und auf der anderen Seite den Produzenten, den Unternehmer, der sein persönliches Interesse dem gemeinwirtschaftlichen Interesse einfach nicht vollständig unterordnen wollte. Daran ist zum großen Teile die große kriegswirtschaftliche Organisation gescheitert.

Wie absolut unmöglich es anscheinend war, eine andere Organisation aufzurichten, das zeigt am besten die kriegswirtschaftliche Organisation der Gemeinde Wien. Gerade jene Partei, die bisher in Wien die herrschende war, hat genau nach denselben Grundsätzen wie der Staat ihre wirtschaftliche Organisation aufgebaut. Die Bezirkswirtschaftsämter der Gemeinde Wien arbeiten genau so wie die staatlichen Zentralen, sie arbeiten nicht besser, sie arbeiten nicht anders, sie arbeiten ebenso mit einem bureaukratischen Apparat, der vielfach versagt hat. Es wird jetzt unsere Aufgabe sein, diese Approvisionierungsverhältnisse der Gemeinde Wien auf eine andere Grundlage zu stellen als sie bisher gestanden sind.

Wir wollen hoffen, daß es uns gelingt, diese Approvisionierungsverhältnisse dadurch zu verbessern, daß wir aus ihnen das machen, was sie sein

sollen, einen Apparat, der nicht auf rein bureaukratischer Grundlage ruht. Sie sehen aber da ganz deutlich, daß der Ruf nach Aufhebung der Kriegswirtschaft sofort dort verstummt ist, wo jene Leute, die diesen Ruf leidenschaftlich erhoben haben, in der Lage gewesen wären, etwas anderes zu schaffen als es der Staat geschaffen hat. Es lag also wahr-scheinlich in den Verhältnissen, in der allgemeinen Zwangs- und Notlage, daß wir bei dieser Kriegswirtschaft nicht so reussiert haben, wir wir hätten reussieren müssen.

Nun sagt man uns: Ja, das war im Kriege. Darauf möchte ich eines erwidern: Ich habe das Gefühl, man hat für die Not des Krieges einen Prügeljungen gebraucht und dieser Prügeljunge waren die Zentralen. Alles, was an Unheil, an Wahnsinn, an Not durch den Krieg über die Bevölkerung heraufbeschworen wurde, hat man in den Ruf zusammengefaßt: „Zentralen! Da hast Du den Prügeljungen, jetzt hau ihn!“ Es ist gar nicht zu leugnen, daß es während des Krieges angesichts der ungeheuren Absperrung, unter der wir fünf Jahre lang gelebt haben, überhaupt kein Wirtschaftssystem geben konnte, daß die Bevölkerung vor der Not schützte, und daß alle Bemühungen an dem ungeheuren Mangel scheitern mußten. Wenn ich die ganze Masse des Volkes in der kapitalistischen Gesellschaft nicht mehr ernähren kann, dann nützen alle Polizisten, alle Gesetze nichts, dann werden alle Gesetze übertreten, aus dem einfachen Grunde, weil der Egoismus der Besitzenden stärker ist als ihre Unterordnung unter die moralische Pflicht, im Interesse der Gemeinwirtschaft zu leben. Es wird nun gesagt: Jetzt sind aber die Verhältnisse anders, jetzt haben wir keine Blockade mehr, jetzt öffnet die Grenzen, laßt Milch und Honig hereinströmen, laßt uns im Überfluß leben, es wird uns herrlich gehen!

Man erzählt immer von den Offerten. Ja, verzeihen Sie, Offerte sehen wir reichlich; aber gewöhnlich sieht man nur das Offert, man sieht weder die Ware, noch sieht man sie zu dem billigen Preise, wie sie in dem Offert angeboten wird. Was der freie Handel bis jetzt auf dem Wege eines mehr oder minder großen Schleichhandels hereingebracht hat, waren Luxusgegenstände. So haben wir Sardinen, Trüffel, Chianti, Borhörnchen bekommen, aber keine Ware, die wirklich verwendbar war. Da möchte ich vor allem eines sagen: Wir haben gesehen, daß, wenn der freie Handel einführt — das ist vor allem in Tirol der Fall gewesen — und zu Preisen einführt, die die Bevölkerung nicht zahlen kann, er einfach zur Versorgung der Bevölkerung nicht beiträgt. Es ist in Tirol Seife eingeführt worden, das Kilo zu 28 bis 30 K, die auch in Innsbruck schon in den Geschäften zu haben ist, aber die Bevölkerung kann diese Seife

nicht kaufen und kann sie nicht verwenden, und infolgedessen ist auch die Einfuhr dieser Seife nicht geeignet, die Versorgung der Bevölkerung in dieser Beziehung zu verbessern. (Zwischenrufe.) Es ist also absolut notwendig, daß der Staat sich eine Kontrolle über diese Einfuhrmöglichkeiten offenhält, es geht nicht an, daß wir einfach sagen, jeder kann machen, was er will, und jeder kann mit unserer Valuta wirtschaften, wie er es für gut findet; denn Sie können überzeugt sein, wir werden dann sehr viel Luxusware hereinkommen, weil Luxuswaren den höchsten Preis haben.

Wir werden französische Hüte und französische Seidenkleider, wir werden Champagner und Weine hereinkommen, aber wir werden nicht das bekommen, was die große Masse des Volkes tatsächlich braucht. Es ist ganz sicher — und darüber sind wir uns vollständig klar —, daß wir langsam zum Abbau der Kriegswirtschaft kommen müssen. Aber, meine Herren, es kommt darauf an, wie man abbaut, in welchem Tempo man abbaut und wann man abbaut. Und solange unsere Valuta so schlecht ist, wie sie heute ist, können wir an einen Abbau unserer kriegswirtschaftlichen Organisationen nicht denken, wir können nicht wahllos und ziellos und planlos einführen. Es ist ganz unmöglich, daß man die Grenzen einem jeden öffnet, der sie offen haben will. Wenn Sie die Freiheit des Handelsverkehrs wollen, dann helfen Sie uns erst einmal eine ordentliche, ausreichende Vermögensabgabe zu machen, unsere Valuta zu verbessern (Zwischenrufe), und wenn alle Klassen der Gesellschaft diese Vermögensabgabe nicht nur angenommen, sondern auch geleistet haben werden, dann wird sich unsere Valuta verbessern und dann werden wir schnell zum Abbau der Kriegswirtschaft kommen müssen. Aber wir können nicht erst die Kriegswirtschaft abbauen, nicht erst unsere Valuta noch mehr verschlechtern und dann, wenn diese Valuta noch weniger wert ist, als sie ohnehin ist, können wir nicht erst anfangen, die Valuta zu verbessern. Vor allem aber müssen wir uns vollständig darüber klar sein, daß es ganz unmöglich ist, daß wir diese Kriegswirtschaft abbauen, ohne eine organisatorische Beobachtung und Führung von seiten des Staates. Wir werden das genau untersuchen müssen und wenn die Herren sagen, diese Kommission soll schnell arbeiten, so wollen wir, daß sie nicht nur schnell, sondern auch gut und mit der notwendigsten Vorsicht und Gewissenhaftigkeit untersuche, welche zentrale Bewirtschaftung überhaupt aufgebaut werden kann. Und diese Untersuchungen werden wir nicht führen dürfen nach den demagogischen Rufen, die heute durch die Lande gehen; wir werden sie nicht durchführen dürfen nach jenem Schlagworte, welches heute in großen Versammlungen in die Masse geschleudert wird: Aufhebung der Kriegswirtschaft und freier Handel, bei welchem

Milch und Honig fließt, sondern wir werden der Bevölkerung mit aller Deutlichkeit sagen müssen: auch wenn wir die Kriegswirtschaft abbauen, werden wir nicht zu einem Überfluß kommen, denn wir sind ein viel zu armes Volk, als daß wir imstande wären, Überfluß zu erlangen. Wir sind viel zu arm, um überflüssige Käufe zu machen. Es muß jemand da sein, der darüber entscheidet, was wichtiger ist, ob die einen oder die anderen Dinge. Wir werden uns vielleicht manchmal entschließen müssen, kein Glas einzuführen und bei zerbrochenen Fensterscheiben in den Eisenbahnwaggons zu frieren, weil es notwendiger ist, andere Dinge einzuführen, die zur Erhaltung unserer Volkswirtschaft notwendig sind. Wir können auch nicht zugeben, daß jedermann einführt, was er will, daß er, wenn er will, fertige Ware oder Rohstoffe einführt. Wir werden den größten Wert darauf legen müssen, daß wir wo möglich weniger Fertigfabrikate einführen von jenen Waren, die wir selbst im Lande erzeugen können, und wir werden Wert darauf legen müssen, daß wir jene Rohstoffe und Halbfabrikate bekommen, die wir hier verarbeiten können, denn, meine Herren, wir haben ein großes Industrievolk zu ernähren, wir haben eine Industrie zu ernähren, die für unseren kleinen Staatskörper wie ein ungeheurer Wasserkopf ist, den er nicht zu tragen imstande ist, und gerade Wien hat ein lebhaftes Interesse daran, daß nicht fertige Luxuswaren eingeführt werden, sondern jene Rohprodukte, die wir für unsere Luxusindustrie brauchen. Es geht also nicht an, daß man auf diesem Gebiete mit Schlagworten arbeitet. Auf diesem Gebiete muß man vor allem mit Verantwortunglichkeit und mit Vernunft arbeiten.

Nun möchte ich noch ein paar Worte zu den vielen Dingen sagen, die meine Herren Vorredner vorgebracht haben. Der Herr Berichterstatter hat gemeint: War denn unsere Ernährung immer so schlecht? Sehr geehrter Herr Berichterstatter: War denn immer Krieg? War denn immer Krieg in dem Lande und hat man denn jemals fünf Jahre so mit den Lebensmitteln wirtschaften müssen? Erinnern Sie sich daran, wie viele Lebensmittel im Krieg an den Fronten zugrunde gegangen sind und teilweise auch zugrunde gehen mußten, weil sie einfach der Feind weggenommen hat? Wenn Sie nur hören, was in den Stappen in der Zeit des Zusammenbruches stecken geblieben ist, wieviel Zucker, wieviel Mehl die Italiener gegessen haben, das uns gehört hat. In einer Zeit, wo solche Dinge vorkommen, kann man doch nicht sagen: Hatten wir immer eine so schlechte Ernährung? Vor allem aber: Haben wir Wiener denn von Deutschösterreich gelebt? Uns hat doch niemals Niederösterreich, Oberösterreich und Steiermark ernährt, wir sind ernährt worden von Galizien, wir sind ernährt worden von Ungarn, wir sind ernährt worden von dem ganzen Osten. Man

kann also nicht sagen: Die ganze Not des Krieges ist nur dadurch hervorgerufen worden, daß man versucht hat, die Hydra der kapitalistischen Gesellschaft in eine festere gemeinwirtschaftliche Organisation zu fassen.

Nun hat der Herr Berichterstatter auch gesagt: Bei der Zwangswirtschaft des Krieges haben alle Kreise ihren Vorteil gefunden, es hat die Industrie bewilligt bekommen, was sie gefordert hat, es ist dem Arbeiter bewilligt worden, was er verlangt hat; nur der arme Landwirt hat nicht bekommen, was er gefordert hat. *(Zustimmung.)* Meine sehr geehrten Herren! Ich möchte nur fragen: Warum gibt es auf dem Lande fast gar keine Hypotheken mehr? Warum hat die niederösterreichische Landes-Hypothekenanstalt die größte Schwierigkeit? *(Abgeordneter Eisenhut: Das ist vom Getreide nicht, gnädige Frau! — Abgeordneter Volkert [auf eine Geste des Abgeordneten Dr. Gimpl reagierend]: Das ist doch frech von dem Burschen!)* Ich bitte schön, wenn es den Herren Vergnügen macht, stören Sie! *(Zwischenrufe des Abgeordneten Eisenhut. — Rufe: Das geht nicht gegen Sie, Herr Abgeordneter Eisenhut! — Ruf: Ein Frechdachs!)*

Präsident: Herr Abgeordneter Volkert, der Ausdruck „frech“ ist nicht zulässig. *(Abgeordneter Volkert: Das mag schon sein, aber das ist auch nicht zulässig!)*

Abgeordnete Freundlich: Wir haben jedenfalls, wenn wir die bäuerliche Wirtschaft überblicken, doch nicht nur mit dem zu rechnen, was der Bauer am Getreide verdient; er verdient selbstverständlich an allen Produkten und das, was er an Getreide nicht verdient hat, hat er eben auf andere Weise verdient, denn wie wäre es sonst möglich, daß gerade in den ländlichen Sparkassen, in den Raiffeisenkassen, daß in allen Kreditinstituten, die mit der ländlichen Bevölkerung in Berührung stehen, die allergrößten Spareinlagen während des Krieges gemacht wurden, weit höhere Spareinlagen als in jenen Gegenden, wo der Arbeiter lebt, der eben das, was er an Lohnerhöhungen gewonnen hat, restlos in Lebensmittel umsetzen mußte. *(Abgeordneter Eisenhut: Wir haben nichts auszugeben gehabt!)* Das ist auch nur bis zu einem gewissen Grade richtig. Die Arbeiter haben ja auch auf nichts anderes Geld ausgeben können als auf Lebensmittel. Sie haben keine Schuhe, sie haben keine Kleider gekauft, ihr ganzer Lohn ist restlos auf die Anschaffung der allerminimalsten Lebensmittel aufgegangen. Ich möchte da wiederholen, was ich schon einmal hier im Hause ausgeführt habe: Wenn wir alle im Kriege unter dem Zwange der Not des Krieges gelitten haben, so hat doch am meisten der gelitten, der keine Lebensmittel im Hause hatte und der zu seiner Not noch jeden Tag den Hunger seiner

Kinder, die Unterernährung seiner Kinder und die Not seiner Kinder anschauen mußte. Und wenn wir heute vom Auslande Lebensmittel bekommen, so geschieht das doch zum großen Teil deshalb, weil auch die Entente nicht mehr mitansehen kann, wie unsere Kinder in den Städten verhungern. Das ist der Erfolg, den Sie heute als eine besondere Bevorzugung hinstellen, den die Arbeiterschaft im Gegensatz zu der Landwirtschaft während des Krieges gehabt hat. Nein, meine Herren, gelitten hat unter dem Kriege vor allem die industrielle Bevölkerung. Zugrunde gegangen ist vor allem das Industrievolk. (Abgeordneter Stocker: Durch die Schuld der Zentralen!) Das ist nicht die Schuld der Zentralen, sondern die Schuld der Tatsache, daß die ganzen produzierenden Kreise ihre gemeinschaftliche Pflicht nur zum ganz geringen Teil erfüllt haben. (Zustimmung.)

Wir hätten niemals den Schleichhandel, den wir heute haben, und wenn hier gesagt wurde, man solle trachten, daß die Leute Saatgut haben, so ist darauf zu erwidern: Wenn nicht immer so viel Saatgut in den Schleichhandel gewandert wäre, so hätten wir mehr Saatgut gehabt, als zum Anbau und zur Bepflanzung der Felder notwendig ist. (Zustimmung.) Aber das Saatgut ist zu einem großen Teil in den Schleichhandel übergegangen. Wenn keine anderen Kartoffel mehr da waren, hat man Saatkartoffel um 4, 5 und 6 K verkauft. (Abgeordneter Eisenhüt: Aber der Landwirt hat sie nicht verkauft!) Aber es müssen doch Landwirte das getan haben, denn woher wären sonst die Kartoffel in den Schleichhandel gekommen? Die Städte haben keine Kartoffel zu verkaufen. Der Schleichhandel mit all diesen Dingen ist immer vom Lande ausgegangen, weil jeder gesagt hat: ich tue meine Pflicht gegenüber der Allgemeinheit nicht, ich will lieber höhere Preise haben und will die Pflicht der Ablieferung nicht erfüllen. Das ist illustriert durch alle die Tatsachen, die wir während des Krieges erlebt haben. (Zustimmung.)

Nun zur Frage des Importes. Ich glaube, der Herr Staatssekretär für Volksernährung hat es heute in seinen Ausführungen sehr deutlich gesagt: Solange wir einen Import haben, der immer noch mit der Ration rechnen muß, solange brauchen wir natürlich eine Erfassung der inländischen Produktion. Denn ich kann nur rationieren, wenn ich die ganze zur Verfügung stehende Menge in einer Hand vereine. Solange wir also rationieren müssen, solange wir nicht so viel Lebensmittel haben, daß jeder kaufen kann, was er mag — und solange wir von der Gnade der Entente leben müssen, haben wir diesen Überfluß an Lebensmitteln nicht; lassen Sie sich nicht durch Offerte täuschen; selbst in den östlichen Staaten, die heute mit der

Entente so eng verbunden sind, wie zum Beispiel Rumänien, kann man die Leute nicht einfach einkaufen lassen, was sie wollen, weil die Entente nicht imstande ist, solche ungeheure Mengen an Lebensmitteln zur Verfügung zu stellen, wie man das der Bevölkerung immer weismachen will. Amerika muß heute ganz Europa ernähren und auch Amerika hat keine so unerschöpfliche landwirtschaftliche Produktion, um Europa im Überflusse zu ernähren. Solange wir einen Mangel in ganz Europa haben, solange die europäische Hungersnot und namentlich die Hungersnot in Mitteleuropa und im Osten Europas besteht, solange müssen wir mit der Rationierung rechnen. Und solange wir mit der Rationierung rechnen müssen, solange brauchen wir eine staatliche Bewirtschaftung.

Wenn der Herr Abgeordnete Friedmann heute über das Kontingentierungssystem nach Professor Sedlmayr gesprochen hat, so dürfen wir doch zwei Dinge nicht vergessen. Als wir vor ungefähr einhalb Jahren das Kontingentierungssystem abgelehnt haben, geschah es doch in einer Zeit, wo wir vom Auslande nichts bekamen und wo wir einfach auf die Ausbringungen des Inlandes angewiesen waren, wo wir uns nicht das Experiment leisten konnten, einem Kontingentierungssystem zuzustimmen, das bei der Kartoffelbewirtschaftung — denken Sie nur an die Ura Seidler — so absolut versagt hat. Da hatten wir zwar die Kontingentierung; aber Wien hat vier Monate nicht eine Kartoffel gehabt, trotz des Kontingentierungssystems; denn man hat nicht abgeliefert und hat auf der anderen Seite auch noch das, was man als Kontingent abliefern sollte, dem Schleichhandel anheingegeben. Heute, wo wir nicht mehr von dem allein leben können, was wir im Lande ausbringen, heute, wo wir vom Import leben, heute können wir eher mit dem Kontingentierungssystem rechnen, obzwar wir die Frage, welche Erfahrungen wir mit dem Kontingentierungssystem machen werden, alle erst in einem Jahre werden restlos beantworten können, wenn wir wissen werden, wie uns das Kontingentierungssystem versorgt hat.

Der Herr Abgeordnete Friedmann hat davon gesprochen, daß hier Schmalz zu 21 K das Kilogramm angeboten wurde, daß man aber das Schmalz nicht einfuhrte, weil der Anbotszwang da ist und weil man nicht alles selbst verkaufen darf, sondern einen Teil der staatlichen Bewirtschaftung zuführen muß. Es ist ganz merkwürdig; der freie Handel hat solange Courage einzukaufen, solange er das Gefühl hat, wenn ich das Schmalz zu 21 K nach Deutschösterreich einführe, dann kann ich das Schmalz, wenn ich es nicht der zentralen Bewirtschaftung zuführen muß, mit 50 und 60 K verkaufen. (Sehr richtig!) Der Herr Staatssekretär für Volksernährung, der Herr Staatssekretär des Innern Elderich und auch ich, wir könnten Ihnen

lange Geschichten erzählen, wie viele Leute täglich kommen und sagen: wir könnten das oder jenes einführen; wenn man ihnen aber antwortet: „Bitte, führt ein, wir werden euch alle Erleichterungen verschaffen, aber wir wünschen Einfluß auf die Preis-erstellung“, so erklären diese Herrschaften, das fällt uns nicht ein. Um der schönen Augen Deutschösterreichs willen, um die Not des Volkes zu lindern, dazu führen wir doch nicht ein, sondern weil wir im freien Handel endlich einmal Geschäfte machen wollen. Das wirtschaftliche Leben liegt brach, wir können nicht mehr verdienen, wie wir in den fünf Kriegsjahren verdient haben, wir wollen also das Ganze oder bemüht euch selber!

An solchen Beispielen können Sie sehen, wohin wir kommen würden, wenn wir den Anbotzwang bei solchen Sachen aufheben würden. *(Zwischenrufe.)* Das ist noch die Frage. *(Ruf: Nachdem der Staat das Fleisch um 30 K ausgibt, kann man doch nicht das Schmalz unter diesen Betrag abgeben!)* Man bringt es natürlich um 50 und 60 K jehr leicht an, weil sich die armen Leute das Fleisch nicht kaufen können. *(Ruf: Auch die Reichen haben es nicht gekauft!)* Weil es ihnen zu schlecht ist, weil sie das gesalzene Fleisch nicht essen und sich lieber Schweine- und Kalbfleisch um 60, 80 und 100 K das Kilogramm kaufen. Es kauft heute nur derjenige das Salzfleisch, der nicht imstande ist, 60 und 80 K im Schleichhandel für ein anderes zu bezahlen. Deshalb bleibt das amerikanische Fleisch übrig und deshalb gibt es dabei so große Rückstände. *(Zwischenrufe.)*

Es ist also ganz sicher, daß wir vom Anbotzwang bei Lebensmitteln vorderhand nicht abgehen können, weil wir sonst Preise bekommen, die einfach unerhört sind. Ich möchte nur eines mitteilen: Ich habe vor ungefähr drei Wochen Gelegenheit gehabt, mit dem jugoslawischen Volkswirtschaftsminister zu sprechen, und er hat mir erzählt, in Jugoslawien trägt man sich jetzt mit dem Gedanken, die staatliche Bewirtschaftung einzuführen, weil die Preise derart in die Höhe gehen, auch durch die Importe, die über Italien hereinkommen, daß man fürchtet, daß man in kurzer Zeit zu furchtbaren Preis-erstellungen kommen muß, so wie man wieder die Grenzen öffnet. Sie sehen, auch in diesem Lande will man heute lieber die staatliche Bewirtschaftung einführen und nicht abbauen, weil man sieht, daß man die Wirtschaft in der Zeit des Überganges nicht vollständig freilassen kann. Haben wir einmal diese schwerste Zeit überwunden, so sind die Dinge wieder anders, aber vorderhand können wir die staatliche Bewirtschaftung nicht einfach in den freien Handel überführen, sondern wir werden da mit sehr viel Vorsicht und Klugheit vorgehen müssen.

Es ist sehr viel über die Preise bei der Rauh- und Futtermittelbewirtschaftung gesprochen worden. Es ist doch so gewesen: Auf der einen Seite hat die Zentrale im Inlande aufgebracht, auf der anderen Seite ist aus dem Auslande eingeführt worden, und zwar dank unserer schlechten Valuta gewöhnlich zu viel höheren Preisen. Man mußte also einen Preisausgleich herstellen, und das war nur möglich, indem diese Zentrale alle Produkte, die sie bewirtschaftete, einer gleichmäßigen Preis-erstellung unterwarf. Es sind also diese Dinge einfach dadurch erklärlich, daß wir außerstande waren, uns im Inlande zu ernähren und zu versorgen und jeder Import naturgemäß zur Verteuerung der Produkte führen mußte, weil unsere Valuta schon seit langem viel zu schlecht ist, um im internationalen Verkehr wirklich gute Einkäufe tätigen zu können.

Wenn wir also dem Antrage zustimmen, daß eine solche kriegswirtschaftliche Kommission — etwas anderes als eine Wiederauferstehung der kriegswirtschaftlichen Kommission des Abgeordnetenhauses wird dieses neue Komitee sicher nicht sein — eingesetzt werde, tun wir es vor allem, weil wir es für notwendig halten, daß einmal objektiv und ohne jede Sensationshascherei, ohne jede Demagogie und ohne jede Wählerpolitik sehr ernstlich geprüft werde, inwieweit wir unsere kriegswirtschaftliche Organisation reorganisieren müssen, inwieweit wir sie abbauen können und wie wir diesen Abbau zu vollziehen haben. Aber wir sind überzeugt, meine Herren, es wird auch die neue kriegswirtschaftliche Kommission eines Tages dort stehen, wo die alte gestanden ist. Man hat wochenlang verhandelt und der Schluß war immer: Wir kommen von der kriegswirtschaftlichen Organisation nicht los, solange wir noch unter den Nachwirkungen des Krieges und der Kriegswirtschaft zu leiden haben. Wir werden prüfen, wir werden überlegen und wir werden dann wahrscheinlich alle darin einig sein, daß wir sehr vieles von der Kriegswirtschaft erst abbauen können, wenn unsere Geldverhältnisse, unsere Valutaverhältnisse bessere geworden sind, wenn wir auf dem internationalen Markte kaufkräftiger sind und dort nicht als ein Bettelvolk auftreten, das nicht mit Münzen und nicht mit Scheinen, sondern mit ganz gewöhnlichem Papier einkaufen muß, wenn wir wirklich wieder ein zahlungskräftiges und ein leistungsfähiges Volk geworden sind, bis dahin, meine Herren, werden wir von der Kriegswirtschaft nicht loskommen, wir mögen noch so viel dagegen sprechen. Man hat ja im Ausschuß für Handel, Industrie und Gewerbe sehr deutlich gesehen, daß zum Schluß die Herren alle, auch die, die mit der festen Überzeugung in den Ausschuß gekommen sind, daß die sofortige Aufhebung der zentralen Bewirtschaftung notwendig sei — es sind ja solche An-

träge vorgelegen —, darüber einig waren, daß wir erst einmal prüfen, daß wir erst einmal untersuchen, und dann, wenn wir genau untersucht haben, den rechten Weg und das rechte Maß finden werden, um langsam aus dem Krieg hinüberzukommen in eine bessere Wirtschaft des Friedens. (*Lebhafter Beifall und Händeklatschen.*)

Präsident: Ich breche die Verhandlungen ab und schreite zum Schlusse der Sitzung.

Das Ausschußmandat hat zurückgelegt der Abgeordnete Leuthner als Ersatzmann des Sozialisierungsausschusses.

Mit Zustimmung der Versammlung werde ich die erforderliche Ersatzwahl sofort vornehmen lassen und ersuche die Mitglieder, die Stimmzettel abzugeben. (*Nach Abgabe der Stimmzettel:*) Die Stimmenabgabe ist geschlossen. Das Skrutinium wird unverweilt vorgenommen und sein Ergebnis bekanntgegeben werden.

Ich werde zuweisen: dem Finanz- und Budgetausschusse:

den Antrag der Abgeordneten Dr. Wutte, Dr. Waber, Dr. Straffner und Genossen, betreffend die Einstellung der Aktivitätsbezüge für die mit Vorbehalt der Wiederverwendung entlassenen k. k. Minister (*235 der Beilagen*);

den Antrag der Abgeordneten Paulitsch, Dr. Seipel und Genossen, betreffend die Gleichstellung der Militärpensionisten, der Witwen und Waisen nach Militärpersonen in ihren Bezügen mit denen der Staatsbeamten im Ruhestande (*236 der Beilagen*); ferner

den in der Sitzung vom 27. März d. J. dem Ausschusse für soziale Verwaltung zugewiesenen Antrag des Abgeordneten Spalowsky und Genossen, betreffend eine Personalzulage für die Arbeiterschaft der deutschösterreichischen Tabakregie (*14 der Beilagen*);

dem Ausschusse für Handel und Gewerbe, Industrie und Bauten:

den Antrag des Abgeordneten Dr. Angerer und Genossen, betreffend die Umgestaltung der Handels- und Gewerbekammern (*234 der Beilagen*);

dem Ausschusse für Heerwesen:

den Antrag des Abgeordneten Dr. Angerer und Genossen, betreffend den Abbau der Volkswehr und Schaffung einer Wehrmacht im Sinne des schweizerischen Milizsystems (*237 der Beilagen*);

dem Ausschusse für soziale Verwaltung:

den Antrag der Abgeordneten Dr. Ignaz Seipel, Dr. Josef Resch und Genossen, betref-

send die Durchführung einer Entschuldungsaktion für die Privatangestellten (*233 der Beilagen*).

Wenn die Herren Antragsteller keine Einwendung dagegen erheben, würde ich den Namen des Herrn Antragstellers Dr. Resch streichen, weil dem Herrn Unterstaatssekretär als Mitglied der Regierung selbst Gelegenheit geboten ist, im Kabinette Anträge zu stellen.

Sind die Herren damit einverstanden? (*Zustimmung*).

Dem Verfassungsausschusse:

den Antrag der Abgeordneten Dr. Michael Mayr, Dr. Simpl, F. Födermayer, W. Miklas, Paulitsch, Dr. Kamek, Dr. Schneider und Genossen, betreffend die Grundzüge der deutschösterreichischen Verfassung (*231 der Beilagen*);

dem Ausschusse für Verkehrswesen:

den Antrag des Abgeordneten Dr. Straffner und Genossen, betreffend Elektrifizierung der Teilstrecke Innsbruck Westbahnhof—Telfs der Staatsbahnlinie Innsbruck—Bregenz (*230 der Beilagen*).

Bei der Wahl eines Ersatzmannes für den Sozialisierungsausschuss wurden 80 Stimmen abgegeben. Die absolute Stimmenmehrheit beträgt 41, mit 80 Stimmen ist als Ersatzmann der Herr Abgeordnete Anton Weber gewählt.

Die nächste Sitzung schlage ich vor für Freitag, den 23. Mai d. J., 3 Uhr nachmittags, mit folgender Tagesordnung:

1. Fortsetzung der heute abgebrochenen Debatte.

2. Bericht des Verfassungsausschusses, betreffend die Immunitätsangelegenheit des Abgeordneten Josef Stöckler (*227 der Beilagen*).

3. Bericht des Ausschusses für Land- und Forstwirtschaft über die Vorlage der Staatsregierung, betreffend die Wiederbesiedelung gelegter Bauerngüter und Häusleranwesen (Wiederbesiedelungsgesetz) (*194 der Beilagen*).

4. Bericht des Finanz- und Budgetausschusses über die Vorlage der Staatsregierung, betreffend die Außerkraftsetzung des Gesetzes vom 22. November 1918, St. G. Bl. Nr. 36, über die Verwendbarkeit der von der Salzburger Landesversammlung auszugebenden Teilschuldverschreibungen zur fruchtbringenden Anlegung von Stiftungs-, Pupillar- und ähnlichen Kapitalien (*239 der Beilagen*).

Wird gegen diese Tagesordnung und Tagesstunde ein Einspruch erhoben? (*Rufe: 2 Uhr!*)

Wir halten gewöhnlich Sitzungen um 3 Uhr, und darauf sind die Herren schon eingestellt. Wir haben auch schon vormittags Sitzungen gehabt, aber es gab große Schwierigkeiten, weil Ausschusssitzungen stattfanden. Die Ursache dieses Wunsches ist ja, daß die meisten Herren Freitag abends wegfahren wollen. Dazu wird sich Gelegenheit bieten, weil die vorliegende Tagesordnung nicht mehr so viel Zeit in Anspruch nimmt. Dann können die Herren am Freitag abends wegfahren. Wenn wir am Samstag, Sonntag und Montag keine Sitzungen abhalten

und in den vier Tagen vormittags nicht einmal Zeit haben, zu Ausschusssarbeiten zu kommen, ist eine Arbeit überhaupt nicht möglich.

Wenn aber ein bestimmter Antrag gestellt wird, werde ich darüber abstimmen. *(Nach einer Pause:)* Ein bestimmter Antrag ist nicht gestellt worden, es ist keine Einwendung erhoben worden, es bleibt bei meinem Vorschlage.

Die Sitzung ist geschlossen.

Schluß der Sitzung: 7 Uhr abends.

